

Glanz und Elend der deutschen Geschichte 1870 bis 1933 Band 1

Die verspätete Nation

Band 1/117: 10.01.1918 – 31.12.1918

10.01.1918

USA: Der deutsche Journalist Bruno Bandulet berichtet später in seinem Buch "Als Deutschland Großmacht war" über ein gemeinsames Gebet der Abgeordneten des US-Kongresses während der Eröffnung der neuen Sitzungsperiode am 10. Januar 1918 (x847/...): >>Du weißt, O Herr, daß wir in einem Kampf auf Leben und Tod stehen, mit einer der schändlichsten, gemeinsten, gierigsten, geizigsten, blutdürstigsten, wollüstigsten und tückischsten Nationen, die jemals die Seiten der Geschichte entehrt haben.

Wir bitten Dich, entblöße Deinen mächtigen Arm und schlage zurück das große Pack hungriger, wölfischer Hunnen, von deren Fängen Blut und Geronnenes tropfen.

Und Dir sei Lob immerdar durch Jesus Christus, Amen.<<

13.01.1918

Deutsches Reich: Der deutsche Nationalökonom und Soziologe Max Weber schreibt am 13. Januar 1918 über die geplante Frühjahrsoffensive, die endlich die Entscheidung im Westen bringen soll (x267/282-283): >>Die große Offensive im Westen ist beschlossen; die Verluste für uns sind auf 600.000 Tote allein (!) kalkuliert. ...

Politisch ist das hier ein Irrenhaus, und die verständigen Leute sind machtlos. ...

Was im Osten zustande kommt (Brest-Litowsk), weiß niemand ... Ludendorff ist in allem Nichtmilitärischen völlig blind. ...<<

15.01.1918

Großbritannien: Der britische Premierminister Lloyd George unterstützt am 15. Januar 1918 die polnischen Gebietsforderungen und definiert Polen wie folgt (x064/125): >>... umfassend all jene wahrhaft polnischen Elemente, die wünschen, Teil Polens zu werden ...<<

20.01.1918

Rußland: Lenin rechtfertigt am 20. Januar 1918 die deutsch-russischen Friedensverhandlungen (x191/20): >>Indem wir einen Separatfrieden schließen, befreien wir uns ... für den gegebenen Augenblick ... von beiden einander bekämpfenden imperialistischen Gruppen, nutzen ihre Feindschaft und ihren Krieg ... aus, bekommen für eine gewisse Periode die Hände frei, um die sozialistische Revolution fortzusetzen und zu festigen.<<

Januar 1918

Ententemächte: In England und Frankreich übernehmen Anfang 1918 Lloyd George und Georges Clemenceau die Leitung des Krieges (Oberbefehl: Frankreich).

Der britische Premierminister David Lloyd George (Mitglied des Obersten Kriegsrates der Entente) vertritt die bedingungslose "Knock-out-Methode" (x041/68).

Britische und französische Befürworter eines Verständigungsfriedens werden damals kurzerhand verhaftet (x054/184).

09.02.1918

Ostkrieg: Das Deutsche Reich schließt mit der Ukraine am 9. Februar 1918 einen Friedens-

vertrag (sogenannter "Brotfrieden"). Die Ukraine erhält äußerst günstige Westgrenzen und Autonomie-Zusagen für Ostgalizien. Die Mittelmächte sollen dafür Getreidelieferungen bekommen (x092/760).

18.02.1918

Ostkrieg: Nach dem Scheitern der deutsch-russischen Friedensverhandlungen greifen die deutschen Truppen am 18. Februar 1918 erneut an.

24.02.1918

Estland: Nach erfolgreichen Freiheitskämpfen gegen die Bolschewisten entsteht am 24. Februar 1918 die Republik Estland (Hauptstadt = Reval). Estland wird aus den russischen Provinzen Estland und Nordlivland gegründet.

Im Jahre 1935 beträgt die Bevölkerung rd. 1.128.000 Einwohner (87,7 % Esten, 10 % Russen, 1,7 % Deutsche, 0,6 % Sonstige). Konfession: 79 % Protestanten, 19 % griechisch-orthodox (x019/136).

Größere Städte sind z.B.: Narwa, Dorpat, Reval, Fellin, Pernau, Wesenberg.

03.03.1918

Ostkrieg: Die sowjetisch-russische Regierung kapituliert am 3. März 1918 und erkennt das "deutsche Friedensdiktat" von Brest-Litowsk an.

Infolge der Kriegsmüdigkeit der russischen Soldaten und der bevorstehenden Kämpfe gegen die "Weiße Armee" (russische Gegenrevolution bzw. Bürgerkrieg) schließen die Kommunisten schließlich nach schwierigen Friedensverhandlungen notgedrungen den "russisch-deutschen Frieden um jeden Preis". Sowjet-Rußland verzichtet auch auf seine bisherigen Hoheitsrechte in Polen, Litauen und in Kurland. Die Ukraine und Finnland werden als selbständige Staaten anerkannt, während Estland und Lettland zunächst deutsche Besatzungsgebiete bleiben.

Der russische Bürgerkrieg von 1918-20

Rußland wurde von 1918-20 durch einen verheerenden Bürgerkrieg verwüstet. Während des russischen Bürgerkrieges bekämpften sich die Truppen der "Roten Armee" und der "Weißen Armee" mit gnadenloser Härte. Nach den erbitterten Kämpfen wurden oftmals alle Gefangenen niedergemetzelt oder z.B. in Säcke gesteckt und in der Wolga ertränkt. Unzählige Frauen und Mädchen fielen barbarischen Massenvergewaltigungen zum Opfer.

Ein Zeitzeuge berichtet Ende 1920 in der "Brünner Zeitung" über die Revolution in Sowjet-Rußland (x120/33): >>... Ich sah die Schreckenstaten der bolschewistischen Revolution mit meinen eigenen Augen. Sie enthüllten eine fast barbarische Grausamkeit ... Ich fühlte den tiefsten moralischen Abscheu für die offensichtlich überflüssige Opferung menschlicher Leben.<<

Der deutsche Historiker Jörg Baberowski schreibt später über das Schicksal der Kosaken am Don in den Jahren 1919-1920 (x289/30-31): >>... Im Januar 1919 erteilte das Zentralkomitee der Roten Armee den Befehl, "Massenterror" gegen die Kosaken in der Don-Region auszuüben und ihre Oberschicht "vollständig zu vernichten". Allein im Februar 1919 verurteilten die Revolutionstribunale mehr als 8.000 Kosaken zum Tod, und auch in den nachfolgenden Monaten setzte sich das Morden fort. Während des Jahres 1920 wurden 300.000 Kosaken aus ihrer Heimat vertrieben, in Konzentrationslager eingesperrt oder als Zwangsarbeiter in die Industriezentren des Donbass verschleppt.

Auch in anderen Regionen entfachten die Bolschewiki solchen Terror: gegen ethnische Minoritäten, renitente nationale Eliten und Bauern, die sich ihnen widersetzten. Die Bolschewiki eroberten die Macht unter den Bedingungen des Bürgerkrieges, und sie machten die Erfahrung, daß in diesem Krieg nur obsiegen konnte, wer seine Feinde vernichtete oder auf eine Weise niederwarf, daß sie sich nicht mehr erheben konnten.

Die Bolschewiki fanden, wovon sie ohnehin überzeugt waren, daß nämlich soziale und ethni-

sche Gegensätze Bürgerkriege und Anarchie hervorriefen. Deshalb begannen sie nach dem Krieg, an der Neuordnung des Imperiums zu arbeiten.<<

Der französische Historiker Nicolas Werth schreibt später über das Schicksal der Kosaken am Don und am Kuban in den Jahren 1919-1920 sowie über die sowjetischen Massaker auf der Krim Ende 1920 (x265/117,122): >>... In den Kosakengebieten am Don und Kuban zahlte man für den Widerstand gegen die Bolschewiki einen hohen Preis. Nach den glaubwürdigsten Schätzungen wurden in den Jahren 1919 und 1920 zwischen 300.000 und 500.000 Menschen getötet oder deportiert, wobei die Zahl der Gesamtbevölkerung nicht über drei Millionen hinausging.<<

>>... Auf der Krim erreichten die Massaker bei der Evakuierung der letzten weißen Einheiten Wrangels und der Zivilisten, die vor dem Vormarsch der Bolschewiki geflüchtet waren, ihren Höhepunkt. In den wenigen Wochen von Mitte November bis Ende Dezember 1920 wurden an die 50.000 Menschen erschossen oder erhängt. Zahlreiche Hinrichtungen fanden kurz nach der Einschiffung der Wrangel-Truppen statt. Am 26. November wurden in Sewastopol mehrere hundert Hafentarbeiter erschossen, weil sie bei der Evakuierung der Weißen geholfen hatten. ...<<

Während Nordamerika im Verlauf des Ersten Weltkrieges mindestens 1,4 Millionen US-Soldaten und gewaltige Kriegsmateriallieferungen nach Europa schickte, um das "gefährliche" Deutsche Reich zu zertrümmern und den Weltfrieden zu retten, wurde die Gefahr, die von den radikalen sowjetischen Kommunisten drohte, völlig falsch eingeschätzt bzw. ignoriert.

Als sich die kriegsmüden europäischen Westmächte und die gleichgültigen Japaner ab September 1918 in Nordrußland bzw. in Sibirien am russischen Bürgerkrieg beteiligten, stellte Nordamerika vorübergehend nur etwa 35.000 Soldaten.

Anstatt die gemäßigten bürgerlichen Kräfte der "Weißen Armee" mit allen Mitteln zu unterstützen, um den "sowjetischen Weltfrieden" bzw. die "kommunistische Weltrevolution" bereits im Keim zu ersticken, zog Nordamerika bereits 1920 alle US-Truppen aus Rußland ab.

Nach dem nordamerikanischen Rückzug verließen auch die Briten, Franzosen und Japaner die russischen Bürgerkriegsgebiete, so daß sich schließlich die linksradikalen Bolschewisten bzw. Kommunisten (bis 1917 = Bolschewisten, "Mehrheitler") nach ungewöhnlich verlustreichen Kämpfen durchsetzen konnten.

Der russische Bürgerkrieg von 1918-20 und während des Krieges auftretende Epidemien forderten mindestens 6,0 Millionen Todesopfer (x076/287).

21.03.1918

Westkrieg: Die Oberste Heeresleitung (OHL) ordnet am 21. März 1918 an der Westfront eine Reihe von Offensiven an, um den "Siegfrieden" durchzusetzen.

Juni 1918

Westkrieg: Im Verlauf der letzten großen deutschen Westoffensive (März bis Juni 1918) können die deutschen Truppen (200-220 Divisionen mit 3,5-4,0 Millionen Soldaten) bei Amiens und an der Aisne erstmalig im März 1918 durch die feindlichen Fronten brechen (x041/-71, x065/366). Aufgrund fehlender "Beweglichkeit", Treibstoff- und Munitionsmangel sowie totaler Erschöpfung müssen die deutschen Truppen im Juni 1918 jedoch alle eroberten Stellungen wieder aufgegeben und den Rückzug hinter die bisherigen Frontlinien antreten.

Rußland: Im Juni 1918 landen die ersten US-Marinetruppen in Murmansk, um die Gegner der Bolschewisten zu unterstützen.

Der Chef der Tscheka (Lenins geheime Staatspolizei, die nach der "Oktoberrevolution" von 1917-22 unter diesem Namen operiert) berichtet im Juni 1918 (x243/126): >>... Wir treten für den organisierten Terror ein. ... Terror ist in Zeiten der Revolution eine absolute Notwendigkeit. ... Die Tscheka ist verpflichtet, die Revolution zu verteidigen und den Gegner zu vernichten, auch wenn das Schwert manchmal die Köpfe von Unschuldigen trifft. ...<<

04.07.1918

USA: US-Präsident Wilson erklärt am 4. Juli 1918, daß die neuen Grenzen auch die Interessen von ethnischen Gruppen und die Volkszugehörigkeit berücksichtigen müssen (x028/41).

10.07.1918

Sowjet-Rußland: Am 10. Juli 1918 wird die erste Verfassung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR) angenommen.

17.07.1918

Sowjet-Rußland: Lenin läßt am 17. Juli 1918 den letzten russischen Zaren Nikolaus II. Alexandrowitsch Romanow (1868-1918) mit seiner gesamten Familie in Jekaterinburg erschießen (x080/178).

Lenin erklärt später, daß der Terror für das kommunistische System in manchen Situationen dringend erforderlich ist (x099/58, x245/176): >>... Es ist unsere Pflicht als Kommunisten alle Kampfformen zu beherrschen ... und unsere Taktik jeweils der Lage anzupassen. ...

Die eigenen Hände im voraus zu binden, dem gegenwärtig besser bewaffneten Feind offen zu verkünden, ob und wann wir beginnen, ist Dummheit, aber keine Revolution. ...

Der Terror ist eine nützliche, ja in manchen Augenblicken eine lebenswichtige militärische Operation. ...<<

>>... Die Sowjetrepublik ist eine vom Weltkapital belagerte Festung. ... Daraus ergibt sich unser Recht und unsere Pflicht, die Bevölkerung restlos für den Krieg zu mobilisieren. ...

Wir kennen den "Nährboden", der konterrevolutionäre Unternehmungen, Putsche, Verschwörungen usw. hervorbringt. Wir kennen dieses Milieu sehr gut. Das ist das Milieu der Bourgeoisie, der bürgerlichen Intelligenz, der Kulaken auf dem Lande, des "parteilosen" Publikums überall, dann der Sozialrevolutionäre und Menschewiki.

Die Überwachung dieses Milieus muß verdreifacht und verzehnfacht werden. Die Wachsamkeit muß verzehnfacht werden, denn konterrevolutionäre Anschläge von dieser Seite her sind im gegenwärtigen Augenblick und in der nächsten Zukunft absolut unvermeidlich. ...<<

Die Sozialistin Rosa Luxemburg (gründet 1917 mit Karl Liebknecht den Spartakusbund) kritisiert später Lenins Terrormethoden (x243/127): >>Lenin vergreift sich völlig im Mittel. ...

Der einzige Weg zur Wiedergeburt ist die Schule des öffentlichen Lebens selbst, uneingeschränkste breiteste Demokratie, öffentliche Meinung. Gerade die Schreckensherrschaft demoralisiert. ...

Mit dem Erdrücken des politischen Lebens im ganzen Lande muß auch das Leben in den Sowjets immer mehr erlahmen. Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in dem die Bürokratie allein das tätige Element bleibt.

Das öffentliche Leben schläft allmählich ein, einige Dutzend Parteiführer von unerschöpflicher Energie und grenzenlosem Idealismus dirigieren und regieren, unter ihnen leitet in Wirklichkeit ein Dutzend hervorragender Köpfe, und eine Elite der Arbeiterschaft wird von Zeit zu Zeit zu Versammlungen aufgeboten, um den Reden der Führer Beifall zu klatschen, vorgelegten Resolutionen einstimmig zuzustimmen, im Grunde also eine Cliquenwirtschaft – eine Diktatur allerdings, aber nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer Handvoll Politiker, d.h. eine Diktatur im bürgerlichen Sinne. ...

Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für die Mitglieder einer Partei – mögen sie auch noch so zahlreich sein – ist keine Freiheit. Freiheit ist immer nur Freiheit des anders Denkenden. ...<<

18.07.1918

Westkrieg: Mit ausgeruhten, frischen Truppen (unterstützt von 9 nordamerikanischen Divisionen) und unerschöpflichen Kriegsmaterialvorräten beginnen die Ententetruppen am 18. Juli 1918 eine großangelegte Gegenoffensive, aber die abgekämpften deutschen Kampfverbände

wehren sich erbittert.

08.08.1918

Westkrieg: Nach harten Kämpfen brechen am 8. August 1918 etwa 450 britische und nord-amerikanische Panzer bei Amiens durch die deutsche Front (x041/71). Die deutschen Truppen ziehen sich danach in schweren Abwehrschlachten auf die Antwerpen-Maas-Stellungen zurück, die man bis zum Kriegsende halten kann.

Ludendorff bezeichnet den 8. August 1918 später als den "Schwarzen Tag des deutschen Heeres".

Erich Maria Remarque (1898-1970, deutscher Schriftsteller, Soldat im Ersten Weltkrieg) berichtet später in seinem Roman "Im Westen nichts Neues" über die Schlaukämpfe an der Westfront (x105/154-155): >>... Unsere Linien werden zurückgenommen. Es gibt drüben zu viele englische und amerikanische Regimenter. Es gibt zu viel Corned beef und weißes Weizenmehl. Und zu viel neue Geschütze. Zu viel Flugzeuge.

Wir aber sind mager und ausgehungert. Unser Essen ist so schlecht und mit so vielen Ersatzmitteln gestreckt, daß wir krank davon werden. Die Fabrikbesitzer in Deutschland sind reiche Leute geworden – uns zerschneidet die Ruhr die Därme. Die Latrinestangen sind stets dicht gehockt voll; - man sollte den Leuten zu Hause diese grauen, elenden, ergebenen Gesichter hier zeigen, diese verkrümmten Gestalten, denen die Kolik das Blut aus dem Leibe quetscht und die höchstens mit verzerrten, noch schmerzbebenden Lippen sich angrinsen: "Es hat gar keinen Zweck, die Hose wieder hochzuziehen –"

Unsere Artillerie ist ausgeschossen – sie hat zu wenig Munition – und ihre Rohre sind so ausgeleiert, daß sie unsicher schießen und bis zu uns herüberstreuen. Wir haben zu wenig Pferde. Unsere frischen Truppen sind blutarme, erholungsbedürftige Knaben, die keinen Tornister tragen können, aber zu sterben wissen. Zu Tausenden. Sie verstehen nichts vom Kriege, sie gehen nur vor und lassen sich abschießen. Ein einziger Flieger knallte aus Spaß zwei Kompanien von ihnen weg, ehe sie etwas von Deckung wußten, als sie frisch aus dem Zuge kamen.

...

Die Tanks sind vom Gespött zu einer schweren Waffe geworden. Sie kommen, gepanzert, in langer Reihe gerollt und verkörpern uns mehr als anderes das Grauen des Krieges.

Die Geschütze, die uns das Trommelfeuer herüberschicken, sehen wir nicht, die angreifenden Linien der Gegner sind Menschen wie wir – aber diese Tanks sind Maschinen, ihre Kettenbänder laufen endlos wie der Krieg, wenn sie fühllos in Trichter hineinrollen und wieder hochklettern, unaufhaltsam, eine Flotte brüllender, rauchspeiender Panzer, unverwundbare, Tote und Verwundete zerquetschende Stahltiere – wir schrumpfen zusammen vor ihnen in unserer dünnen Haut, vor ihrer kolossalen Wucht werden unsere Arme zu Strohhalmen und unsere Handgranaten zu Streichhölzern.

Granaten, Gasschwaden und Tankflottillen – Zerstampfen, Zerfressen, Tod.

Ruhr, Grippe, Typhus – Würgen, Verbrennen, Tod.

Graben, Lazarett, Massengrab – mehr Möglichkeiten gibt es nicht. ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über den Verlauf des Ersten Weltkrieges von 1914-1918 (x068/190-194): >>... In den ersten fünf Wochen des Krieges schien es, als sei der Sieg Deutschlands fast sicher. Der Schlieffenplan - nach der durch Nachfolger Moltke veränderten Vernichtungsstrategie des preußischen Generalfeldmarschalls praktiziert - lief ab wie auf dem Papier. Und in den letzten zwei Kriegsjahren wurde das deutsche Heer durch Materialmangel nie ernsthaft behindert. Ja, die Pulverproduktion, die zunächst seine Schlagkraft beeinträchtigt hatte, erklimmte im Oktober 1918 den Höchststand.

Bei den Westmächten aber folgt im vorletzten Jahr des Krieges ein Mißerfolg und Rückschlag dem anderen. Der uneingeschränkte U-Boot-Krieg Deutschlands - am 31. Januar 1917 (den

USA) angekündigt, am 1. Februar begonnen - kulminierte bald. Die deutschen U-Boote schickten Schiff um Schiff auf den Meeresgrund, monatlich 500.000 bis 600.000 Tonnen, von Februar bis September 1917 beinahe 4,7 Millionen Tonnen, im ganzen Jahr 1917 rund 6.500.000 Tonnen, während die Alliierten nur 2.700.000 bauten.

"Sie werden gewinnen", sagte der britische Admiral Sir John Jellicoe zu US-Admiral Sims, "wenn wir unsere Verluste nicht aufhalten können - und zwar sehr schnell". Die Lebensmittelversorgung wird prekär: England hat im April 1917 Vorräte für nur noch zwei Monate.

Die französischen Offensiven scheitern, Meutereien beginnen. Die britische Somme-Offensive bricht zusammen.

Wichtige Verbündete scheiden mehr oder weniger aus. Rußland ist am Ende und kapituliert (wenn auch die faktische Beendigung des Kampfes für die Mittelmächte zu spät kommt, weil die USA eben schon in den Krieg eingetreten waren). Die im Süden angreifenden Italiener erleiden im Oktober 1917 eine katastrophale Niederlage, die Mittelmächte durchstoßen die Isonzofront. Italien, Frankreich und England bitten um sofortige militärische Hilfe, und Wilson erklärt prompt auch Österreich-Ungarn den Krieg, da die Donaumonarchie "augenblicklich nicht ihr eigener Herr sei, sondern Vasall der deutschen Regierung".

Gewiß waren die Kräfteverhältnisse auch ohne Amerikas Eingreifen zugunsten der Entente, war sie an Menschen und Material überlegen. Im Herbst 1916 treffen auf 7.345.000 Soldaten der Mittelmächte 14.308.000 der Entente, auf 20.042 Maschinengewehre der Mittelmächte 76.276 der Entente, auf 1.200 Flugzeuge der Mittelmächte 3.163 der Entente. Aber der britische Marschall Douglas Earl of Haig betonte mit Recht am 25. Oktober 1918 gegenüber Marschall Foch: "Germany is not broken in a military sense".

Gewiß drohte auch Deutschland der Ermattungsstrategie seiner Gegner zu erliegen. Konnte es doch nicht, wie sie, wichtige Bedarfsgüter aus Übersee beziehen. Und gerade die an sich großen Erfolge seiner Rüstungsproduktion nach 1916 führten zu immer ernsteren Funktionsstörungen der deutschen Volkswirtschaft insgesamt.

Doch die deutschen Armeen standen noch nach der Niederlage auf französischem Boden. Und ohne die militärische Intervention der Vereinigten Staaten, die eine Division nach der anderen an die Fronten warfen, die in dem Augenblick in den Krieg eintraten, als die Alliierten ihn zu verlieren drohten, hätten sie ihn wohl auch verloren - wie wahrscheinlich ebenso den Zweiten Weltkrieg. Jedenfalls veränderte erst der Kriegseintritt der USA das Kräfteverhältnis entscheidend. Er machte die Blockade gegen die Mittelmächte weltweit wirksam, auch China und lateinamerikanische Staaten erklärten jetzt Deutschland zumindest formal den Krieg.

Zwar waren die USA, versessen auf das große Geschäft, weniger vorbereitet, den Krieg zu führen, als darauf, jene, die ihn führten, zu schröpfen. Kriegsminister Newton D. Baker, wie sein Chef Pazifist, hatte nur ein stehendes Heer von allenfalls 300.000 Mann, Nationalgarde und Reserve eingeschlossen. Doch wie der Chef bezwang auch Baker seinen Abscheu vor jedem Militarismus. Schon im Mai 1917 verfügte man die Wehrpflicht, schon im Juni wurden zehn Millionen Mann gemustert. Und ... (im Juni) 1917 landeten die ersten Amerikaner unter John J. Pershing, dem Oberkommandierenden des Expeditionsheeres, in Europa. Der General hatte bereits Erfahrungen in Kuba gesammelt, auf den Philippinen, beim Raubkrieg in Mexiko. Und war sein Erscheinen gewiß auch noch keine materielle Hilfe, so doch eine starke "moralische".

Immer neue US-Einheiten wurden nach Frankreich verschifft, auf englisch-amerikanischen Truppentransportern, wovon infolge des hervorragenden Geleitschutzes angeblich nur zwei torpediert worden sind und nur ein einziges Schiff sank. Während der Offensive in der Champagne griffen bereits acht US-Divisionen ein.

Im September stürmte die Erste amerikanische Armee unter Pershings persönlichem Befehl die Höhe Saint-Mihiel, eroberte 443 Kanonen und machte 16.000 Gefangene. Und Ende 1918

beliefen sich die Expeditionstruppen auf mehr als zwei Millionen Mann, auf 42 Infanterie-Divisionen (die allerdings, um Zeit und Schiffsraum zu sparen, erst in Europa ausgerüstet worden sind). Insgesamt dienten im November 1918 fast 4.800.000 amerikanische Männer und Frauen in der Armee, und 24,2 Millionen hatte das Selective Service Act bereits im Mai 1918 für den Militärdienst erfaßt.

Wie entscheidend Amerikas Kriegseintritt war, zeigt auch die Versorgung Frankreichs mit Nahrungsmitteln. Seine Getreideernte fiel von ihrem Durchschnitt von 8,5 Millionen Tonnen in den unmittelbaren Vorkriegsjahren auf 3,1 Millionen Tonnen 1917. Einmal hatte selbst die französische Armee Getreidevorräte nur noch für zwei Tage. Die Zufuhr aus Übersee verhinderte die Katastrophe.

Bis November 1918 befördern alliierte Handelsschiffe nicht weniger als 4,4 Millionen Tonnen Nachschubgüter nach Frankreich. Selbst die französische Industrie, die eigentliche Waffenschmiede der Alliierten im Ersten Weltkrieg, geriet zeitweise "ins Stolpern", doch erhielt man knapp werdende kriegswichtige Güter von Großbritannien oder den Vereinigten Staaten. Gerade die Käufe in Übersee ermöglichten es den Franzosen, ihre eigenen Ressourcen in großem Umfang auf die Rüstungsproduktion und den Kampf an der Front zu konzentrieren. Fast alle Geschütze und Tanks der Expeditionstruppen stammten von den Franzosen, ebenso zehn Millionen 7,5-cm-Granaten und 4.791 von insgesamt 6.287 Flugzeugen.

Es ist klar, zu den größten Kriegsgewinnlern, neben den Finanziers, gehörte die Kriegsindustrie auf allen Seiten. Also hatte auch sie wohl, neben den Finanziers, das größte Interesse gehabt, den Kriegsausbruch zu betreiben. ...

In Frankreich übernahm schließlich statt des Kriegsministers das Rüstungsministerium unter Étienne Clémentel die Führung bei der Koordinierung der Kriegsproduktion. Eine ökonomische Kooperation zwischen Frankreich, England und Italien begann, die auch im Frieden das industrielle Übergewicht dieser Staaten über Deutschland sichern sollte.

Doch die USA fürchteten diesen entstehenden Wirtschaftsblock, und nach ihrem Eintritt in den Krieg mußte Clémentel seine Pläne mit Rücksicht auf den amerikanischen Argwohn und die amerikanische Industrie begraben.<<

14.08.1918

Westkrieg: Da die drohende Niederlage unabwendbar und die Fortführung des Krieges aussichtslos ist, drängt die Oberste Heeresleitung den Kaiser und die deutsche Reichsregierung am 14. August 1918, Friedensverhandlungen einzuleiten (x099/44).

Deutsches Reich: Kaiser Wilhelm II. erklärt danach am 14. August 1918 vor hohen Generälen und Beamten (x059/26): >>Der Krieg muß beendet werden! ...<<

Das Protokoll der Sitzung des Kronrats vom 14. August 1918 lautet wie folgt (x237/239):

>>Der Reichskanzler ausführt die innere Lage. Stimmung kriegsmüde – Ernährung unzureichend, noch schlimmer Bekleidungsmangel, Wahlrechtsreform ...

Der Staatssekretär (Außenminister) äußert sich über die äußere Lage. Die Siegeszuversicht des Feindes und sein Kriegswille seien zur Zeit gehobener denn je.

Der Grund seien zum Teil die letzten militärischen Erfolge im Westen; der Hauptpunkt aber sei die ursprüngliche und stets zunehmende Überzeugung, daß die Alliierten mit ihren vergleichsweise unerschöpflichen Reserven an Menschen, Rohstoffen und Fabrikaten allein mit der Zeit die verbündeten Zentralmächte zerschmettern müßten. Nach Ansicht unserer Feinde arbeitet die Zeit für sie. ...

Verbündete: Österreich erklärt, ... daß es am Ende seiner Kräfte angelangt sei. ...

Der Chef des Generalstabes des Feldheeres hat die kriegerische Situation dahin definiert, daß wir den Kriegswillen unserer Feinde durch kriegerische Handlungen nicht mehr zu brechen hoffen dürfen. ...<<

Österreich-Ungarn: Gemäß alter Habsburger Tradition versucht der österreichische Kaiser

Karl I. noch rechtzeitig, das "sinkende Schiff" zu verlassen. Er bittet US-Präsident Wilson am 14. August 1918 um separate Friedensverhandlungen, aber alle österreichischen Versprechungen und Geheimverhandlungen sind letzten Endes vergeblich (x041/72).

05.09.1918

Sowjet-Rußland: Lenin fordert am 5. September 1918 die Einrichtung von "Konzentrationslagern" und "summarische Erschießungen".

Die Tscheka (von 1917-1922 staatliche Geheimpolizei der Bolschewisten) richtet danach innerhalb von 2 Monaten etwa 10.000-15.000 Menschewiken, Adelige, Offiziere, Polizisten, Verwaltungsbeamte und sonstige "Staatsfeinde" hin (x087/125).

14.09.1918

USA: US-Präsident Wilson lehnt separate Friedensverhandlungen mit Österreich-Ungarn am 14. September 1918 ab (x041/72).

19.09.1918

Sowjet-Rußland: Der bolschewistische Parteiführer Grigorij Sinowjew (1883-1936, eigentlicher Name: Hirsch Apfelbaum, hingerichtet) fordert am 19. September 1918 in der Zeitung "Servernaja Kommuna", daß von den 100 Millionen Einwohnern Rußlands etwa 10 Millionen durch den eigenen sozialistischen Terror vernichtet werden müssen (x046/189, x087/125).

26.09.1918

Frankreich: Masaryk (Staatspräsident) und Benesch (Außenminister) bilden am 26. September 1918 in Paris eine provisorische tschechoslowakische Regierung.

Ententemächte: Frankreich, England, Italien und die USA erkennen am 26. September 1918 in Pittsburg die Selbständigkeit der Tschechoslowakei an.

27.09.1918

USA: US-Präsident Wilson wirbt am 27. September 1918 in einer Rede in New York für einen dauerhaften Frieden (x149/6): >>Wenn es wirklich und wahrhaftig das gemeinsame Ziel der gegen Deutschland verbündeten Regierungen und der Länder, die sie regieren, ist, durch die kommenden Regelungen ... einen sicheren und dauerhaften Frieden zu erzielen, wird es notwendig sein, daß alle ... bereit und gewillt sind, den Preis zu bezahlen, den einzigen Preis, der den Frieden herbeiführt ...

Dieser Preis ist unparteiische Gerechtigkeit in jedem Punkt der Regelungen, ganz gleich, wessen Interessen berührt werden, und ... die Zustimmung der einzelnen Völker, deren Schicksal betroffen ist.<<

September 1918

Sowjet-Rußland: Im September 1918 kämpfen etwa 900.000 Europäer, Japaner und Nordamerikaner sowie weißrussische und mongolische Truppen gegen die Bolschewisten (x068/190).

01.10.1918

Deutsches Reich: Die deutsche Regierung berichtet über ein Telegramm der deutschen Heeresleitung vom 1. Oktober 1918 (x243/10): >>General Ludendorff bat, ... seine dringende Bitte zu übermitteln, daß unser Friedensangebot sofort hinausgehe.

Heute halte die Truppe, was morgen geschehen könne, sei nicht vor auszusehen. ...<<

03.10.1918

Westkrieg: Die deutsche Heeresleitung (Generalfeldmarschall von Hindenburg) teilt der deutschen Regierung am 3. Oktober 1918 per Telegramm den bevorstehenden Zusammenbruch mit (x191/21-22): >>Die Oberste Heeresleitung bleibt auf ihrer am Sonntag, dem 29. September 1918, gestellten Forderung der sofortigen Herausgabe des Friedensangebotes an unsere Feinde bestehen. Infolge ... der Unmöglichkeit, die in den Schlachten der letzten Tage eingetretenen sehr erheblichen Verluste zu ergänzen, besteht nach menschlichem Ermessen keine Aussicht mehr, dem Feind den Frieden aufzuzwingen.

Der Gegner seinerseits führt ständig neue frische Reserven in die Schlacht.

Unter diesen Umständen ist es geboten, den Kampf abubrechen, um dem deutschen Volke und seinen Verbündeten nutzlose Opfer zu ersparen. Jeder versäumte Tag kostet Tausenden von tapferen Soldaten das Leben.<<

Deutsches Reich: Prinz Max von Baden (1867-1929) wird am 3. Oktober 1918 zum Reichskanzler ernannt. Er bildet danach eine Regierung der Mehrheitsparteien (Sozialdemokraten, Links- und Nationalliberale, Zentrum).

Der letzte Reichskanzler des deutschen Kaiserreiches, Prinz Max von Baden, unterbreitet US-Präsident Wilson in der Nacht vom 3. zum 4. Oktober 1918 ein deutsches Waffenstillstandsangebot, auf der Grundlage des 14-Punkte-Programms (x243/12): >>Die deutsche Regierung ersucht den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, die Herstellung des Friedens in die Hand zu nehmen. ...

Sie nimmt das von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika in der Kongreßbotschaft vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Kundgebungen ... aufgestellte Programm als Grundlage für die Friedensverhandlungen an. ...<<

04.10.1918

Österreich-Ungarn: Österreich-Ungarn tritt dem deutschen Waffenstillstandsangebot am 4. Oktober 1918 bei.

06.10.1918

Österreich-Ungarn: Das provisorische österreichische Parlament erklärt am 6. Oktober 1918 (x028/43): >>Wir erkennen das Selbstbestimmungsrecht der slawischen und romanischen Nationen Österreichs an und nehmen das gleiche Recht für das Volk Österreichs in Anspruch

...

Wir erklären, daß sich das deutsche Volk Österreichs mit allen Mitteln dagegen wehren wird, daß seine staatsrechtliche Stellung oder diejenige eines seiner Teile über seinen Kopf hinweg durch die Staatsgewalt oder das Schwert eines fremden Eroberers bestimmt wird. Jedem solchen Versuch gegenüber wird das deutsche Volk in Österreich sein unbeschränktes Selbstbestimmungsrecht mit allen Mitteln verteidigen.<<

08.10.1918

Polen: Roman Dmowski (1864-1939, Führer der antisemitischen und antideutschen polnischen Nationaldemokraten) verlangt am 8. Oktober 1918 die polnischen Grenzen von 1772 und fordert die Abtretung von Ost- und Westpreußen, Oberschlesien, von großen Teilen Mittelschlesiens sowie die Eingliederung dieser "unzweifelhaft polnisch besiedelten Gebiete" (x070/146).

USA: US-Präsident Wilson lehnt am 8. Oktober 1918 das deutsche Waffenstillstandsangebot und jegliche Friedensverhandlungen ab (x243/12): >>... (Kein) Waffenstillstand ... solange die fremden Heere auf (fremdem) Boden stehen. ...<<

13.10.1918

Österreich-Ungarn: Der Bund der Deutschen in Böhmen protestiert am 13. Oktober 1918 (x206/25): >>Die deutschen Gebiete in Böhmen dürfen nie und nimmer einem tschechoslowakischen Staat einverleibt werden ...<<

14.10.1918

Westkrieg: Trotz der ausweglosen militärischen Lage weigert sich die deutsche Heeresleitung am 14. Oktober 1918, eine Kapitulation ohne verbindliche Zusagen abzuschließen.

USA: Wilson fordert am 14. Oktober 1918, mit äußerster Schärfe gegen die Kriegsverursacher vorzugehen (x063/502): >>... Vernichtung jeder militärischen Macht überall, welche es in Händen hat, allein, geheim und auf eigene Willensbestimmung den Weltfrieden zu stören, falls diese Macht gegenwärtig nicht vernichtet werden kann, wenigstens ihre Herabminderung bis zur tatsächlichen Ohnmacht. ...<<

17.10.1918

Österreich-Ungarn: Als Ungarn nachträglich über die österreichischen Geheimverhandlungen vom 14. September 1918 informiert wird, kommt es am 17. Oktober 1918 zum endgültigen Bruch mit Österreich.

Ungarn proklamiert am 17. Oktober 1918 die Unabhängigkeit und am 16.11.1918 die Gründung der Republik Ungarn (x041/72).

21.10.1918

Österreich: Die provisorische österreichische Nationalversammlung erklärt am 21. Oktober 1918 (x028/43): >>Das deutsche Volk in Österreich ist entschlossen, seine künftige staatliche Ordnung selbst zu bestimmen, einen selbständigen deutsch-österreichischen Staat zu bilden und seine Beziehungen zu den anderen Nationen durch freie Vereinbarungen mit ihnen zu regeln.

Der deutsch-österreichische Staat beansprucht die Gebietsgewalt über das ganze deutsche Siedlungsgebiet, insbesondere aber auch in den Sudetenländern. ...

Jeder Annexion von Gebieten, die von deutschen Bauern, Arbeitern oder Bürgern bewohnt werden, durch andere Nationen wird sich der deutsch-österreichische Staat widersetzen ...<<

Die sudetendeutschen Abgeordneten erklären während dieser Sitzung (x028/43): >>Wir, vom deutschen Volk Böhmens auf Grund des allgemeinen gleichen und unmittelbaren Wahlrechts gewählte Abgeordnete, haben uns zu dieser vorläufigen Landesversammlung vereinigt, um auf Grund des allgemein anerkannten Selbstbestimmungsrecht der Völker und der Beschlüsse der deutsch-österreichischen Nationalversammlung in unserem Siedlungsgebiet eine geordnete Verwaltung aufzurichten und so unser Volk vor Fremdherrschaft und wirtschaftlichem Elend zu bewahren ...

... Die Provinz Deutschböhmen steht somit zu gleichen Rechten und Pflichten den übrigen Ländern Deutsch-Österreichs zur Seite und gelobt, deren Schicksal mit unverbrüchlicher Gemeinschaft und Treue zu teilen.<<

23.10.1918

CSR: Die Tschechoslowakische Republik (Tschechoslowakei) bzw. Ceskoslovenska Republika (CSR) wird am 28. Oktober 1918 offiziell in Prag gegründet.

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1957 über das Deutschtum in der Tschechoslowakischen Republik nach dem Ersten Weltkrieg (x004/3-11): >>... **I. Siedlungsgebiete und Bevölkerungszahl.**

Die Sudetendeutschen sind die größte Gruppe der außerhalb des Reiches in den Grenzen von 1937 ansässigen Deutschen, die nach 1945 aus ihrer Heimat vertrieben wurden. Ihre Siedlungsgebiete, die sich in einem im 11./12. Jahrhundert beginnenden geschichtlichen Prozeß geformt haben, zogen sich in einem bald breiter, bald schmaler werdenden Streifen entlang der Böhmen und Mähren-Schlesien umschließenden Randgebirge; in einzelnen Sprachinseln ragten sie ins Innere Böhmens und Mährens hinein.

Während sie in ihrem Hauptbestand einen Teil des geschlossenen deutschen Sprachgebietes bildeten, war das von Deutschen bewohnte Gebiet um Zwittau, Landskron und Mährisch Trübau, der sogenannte Schönhengstgau, durch den tschechisch besiedelten Streifen von Hohenstadt und Senftenberg vom geschlossenen deutschen Sprachgebiet getrennt.

Südwestlich davon, auf der Böhmischemährischen Höhe, lag um Stecken und Iglau eine weitere größere Sprachinsel. Kleinere Inseln bildeten noch in Innermähren die geschlossenen Siedlungen bei Konitz, Wischau und südlich von Olmütz und Brünn. Außerdem befanden sich starke Kolonien alteingesessener Deutscher in den städtischen Zentren Prag, Brünn und Olmütz und in den Bezirken um Mährisch Ostrau, Pilsen und Budweis.

Infolge der weiten Verstreutheit ihrer Heimatgebiete mit zum Teil engnachbarlicher Anlehnung an die verschiedenen deutschen Stammlandschaften erhielt sich bei den Sudetendeut-

schen stammesmäßige Vielfalt und landsmannschaftliche Eigenart. Wenn sie auch in der alten österreichischen Monarchie durch gemeinsame Schicksale verbunden waren, so war doch ihr politisches Bewußtsein bis 1918 mehr gesamtösterreichisch oder gesamtdeutsch als böhmisch oder "sudetendeutsch".

Erst nach der Errichtung der Tschechoslowakischen Republik, die sich ohne ihre Beteiligung vollzog, und in der Auseinandersetzung mit deren nationalstaatlichem Zentralismus wurde ein Gemeinschaftsbewußtsein der Deutschen in Böhmen und Mähren-Schlesien geweckt. Jetzt erst setzte sich der Sammelbegriff "Sudetendeutsche" durch, der allerdings schon seit Beginn dieses Jahrhunderts in wissenschaftlichen und politischen Publikationen als Bezeichnung für alle Deutschen in Böhmen und Mähren-Schlesien aufgetaucht war.

Mit den in den dreißiger Jahren verstärkt einsetzenden innen- und außenpolitischen Diskussionen um den Status der deutschen Volksgruppe in der CSR wurde diese Bezeichnung ein fester Begriff der internationalen Publizistik.

Die Sudetenländer - Böhmen und Mähren-Schlesien - sind das klassische Feld des Nationalitätenkampfes innerhalb der österreichisch-ungarischen Monarchie seit der Revolution von 1848 und später innerhalb der I. Tschechoslowakischen Republik von 1918-1938 gewesen. Eine Lösung ist weder in jener noch in dieser geglückt, abgesehen von Teilentscheidungen wie dem sogenannten Mährischen Ausgleich von 1905.

Während es in der alten Monarchie nicht gelang, zwischen dem Anspruch der Tschechen auf das "Böhmische Staatsrecht", d.h. die staatsrechtliche Einheit der Kronländer Böhmen, Mähren und Schlesien und ihre Heraushebung aus den übrigen Ländern der westlichen Reichshälfte, und auf der anderen Seite dem ererbten Führungsanspruch der Deutschen im österreichischen Gesamtstaat einen Ausweg zu finden, ist später das Sudetendeutschtum nicht zum echten Partner der Staatsgründung von 1918/19, höchstens zur tolerierten Minderheit geworden. Das von Eduard Benes auf der Pariser Friedenskonferenz beschworene Modell einer neuen Schweiz wurde nicht verwirklicht; die tschechische Nation ging grundsätzlich nicht davon ab, den tschechoslowakischen Staat als ihren Nationalstaat zu betrachten und unternahm keine Schritte, ihn zu einem föderalistischen Nationalitätenstaat umzugestalten.

Die Sudetendeutschen waren an der Staatsschöpfung der Republik nicht beteiligt worden, und sie lehnten ihrerseits anfangs die Zugehörigkeit zu ihr ab. Sie standen zunächst fast geschlossen auf dem Boden des nationalen Selbstbestimmungsrechtes und gingen später zur Forderung der nationalen Autonomie innerhalb der CSR über.

Seit 1926 beteiligten sich "aktivistische" deutsche Parteien (Bund der Landwirte, Christlich-soziale Volkspartei, Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei) an Koalitionsregierungen der Republik; an den staatlichen Grundverhältnissen vermochten sie im Prinzip kaum etwas zu ändern, wenn sich auch einige neue Möglichkeiten für eine Neugestaltung des Verhältnisses der Deutschen zum tschechoslowakischen Staat zu öffnen schienen.

Seit 1933 und dann 1938 begann mit der nationalsozialistischen Expansionspolitik eine neue Phase: Die sudetendeutsche Autonomieforderung, aus der eigenen politischen Tradition erwachsen und lange festgehalten, wird überspielt von Hitlers Willen zur Angliederung der böhmischen Randgebiete an das Reich und zur Zerschlagung der Tschechoslowakei.

Das Sudetendeutschtum, das sich bei den Parlamentswahlen von 1935 zu zwei Dritteln zur Sudetendeutschen Partei Konrad Henleins bekannt hatte, hat, enttäuscht von den Erwartungen auf eine Lösung des deutschen Problems im Rahmen der Tschechoslowakischen Republik und in besonderem Maße von der Wirtschaftskrise betroffen, den Gedanken des Anschlusses an das "Großdeutsche Reich" aufgenommen, wenn dies auch - selbst innerhalb der Sudetendeutschen Partei - keineswegs einhellig geschah.

Aber spätestens seit dem Frühjahr 1938 hatte die politische Führung des Sudetendeutschtums die Initiative an Hitler und die nationalsozialistische Reichspolitik verloren, die im Münche-

ner Abkommen vom 29. September 1938 die Abtretung der sudetendeutschen Randgebiete an das Reich erzwang.

Das geschlossene deutsche Siedlungsgebiet in Böhmen und Mähren-Schlesien mit einer erheblichen tschechischen Minderheit fiel damit an das Deutsche Reich; nur eine deutsche Minderheit, die hauptsächlich in den größeren Städten Innerböhmens und -mährens wie Prag und Brunn und in den von tschechischem Siedlungsgebiet umgebenen Sprachinseln Stecken-Iglau, Wischau und Konitz beheimatet war, verblieb im tschechoslowakischen Reststaat bzw. nach dessen Auflösung im "Protektorat Böhmen und Mähren", innerhalb dessen ihre Glieder die unmittelbare Staatsangehörigkeit des Reiches erhielten.

Bei der Eingliederung in das Deutsche Reich konnte infolge der geographischen Lage das auseinandergezogene und im Osten durch tschechische Bezirke unterbrochene sudetendeutsche Gebiet nicht zu einer Verwaltungseinheit zusammengefaßt werden. Aus den Kreisen längs der schlesischen Gebirge, des Erzgebirges und Oberpfälzer Waldes, in denen der größte Teil der Sudetendeutschen wohnte, wurde der "Reichsgau Sudetenland" mit den Regierungsbezirken Troppau, Aussig und Eger und der Hauptstadt Reichenberg gebildet. Der Regierungsbezirk Troppau blieb durch das von Tschechen bis zur alten Reichsgrenze bewohnte Gebiet zwischen Oberelbe und Glatzer Kessel von dem übrigen Sudetenland getrennt.

Das Hultschiner Ländchen, das im Versailler Vertrag 1919 vom Deutschen Reich abgetrennt worden war, kam wieder an den oberschlesischen Regierungsbezirk Oppeln zurück. Das nördliche Böhmerwaldgebiet mit den Kreisen Markt Eisenstein, Bergreichenstein und Prachatitz wurde in den Regierungsbezirk Niederbayern-Oberpfalz, im südlichen Böhmerwaldgebiet die Kreise Kaplitz und Krumau in den "Reichsgau Oberdonau", der Kreis Neubistritz mit dem sudetendeutschen Teil von Gmünd und die süd-mährischen Kreise Znaim und Nikolsburg mit den sudetendeutschen Teilen von Horn und Waidhofen in den "Reichsgau Niederdonau" eingliedert.

Der Teil des Teschener Landes (Olsa-Gebiet), der nach dem polnischen Ultimatum vom 30. September 1938 von der CSR an Polen abgetreten worden war, wurde nach der deutschen Okkupation Polens im September 1939 dem neugebildeten Regierungsbezirk Kattowitz zugeschlagen.

Um eine Grundlage für die Ermittlung der im Gesamtgebiet von Böhmen und Mähren-Schlesien 1945 vorhandenen deutschen Bevölkerung zu schaffen, geht man zweckmäßigerweise von der tschechoslowakischen Volkszählung vom 1. Dezember 1930 aus. Diese enthält die letzte amtliche Nationalitätenstatistik für die I. Tschechoslowakische Republik und zugleich die letzten amtlich ermittelten Zahlen der Einwohner deutscher Volkszugehörigkeit in ganz Böhmen und Mähren-Schlesien.

Nach den Ergebnissen dieser Zählung betrug die Zahl der in Böhmen und Mähren-Schlesien anwesenden Personen deutscher Volkszugehörigkeit 3.149.820; von diesen wohnten in Böhmen 2.326.090, in Mähren 823.730, d.h. 30,38 % der Gesamteinwohnerzahl dieser Gebiete (10.674 386) bekannten sich zum Deutschtum.

Bei einem Vergleich der Ergebnisse der Zählung von 1930 mit denen der amtlichen Volkszählung vom 15. Februar 1921, bei der in Böhmen und Mähren-Schlesien 3.061.369 Personen deutscher Nationalität ermittelt wurden, ergibt sich für die Deutschen eine Zunahme um 88.451, für die Tschechen und Slowaken um 574.324 Personen. Der deutsche Bevölkerungszuwachs (2,6 %) war demnach wesentlich geringer als der tschechoslowakische (8,5 %).

Der Unterschied erklärt sich einmal aus dem verhältnismäßig geringen Geburtenzuwachs bei den Sudetendeutschen. Er ist zum anderen aber auch auf die unterschiedliche Praxis in den beiden Volkszählungen bei der Ermittlung der Nationalität zurückzuführen. Im Jahre 1921 wurde in der "Anleitung zur Ausfüllung der einzelnen Bogenspalten" in § 8 bestimmt:

"Unter Nationalität ist die Stammeszugehörigkeit zu verstehen, deren äußeres Hauptmerkmal

in der Regel die Muttersprache ist. Juden können die jüdische Nationalität anführen. Es ist unzulässig, statt der Nationalität die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Gebiet anzuführen; es darf somit z.B. nicht eingetragen werden: Hanake, Schlesier und dgl."

In der "Regierungsverordnung vom 26. Juni 1930" wurde dagegen unter § 21 angeordnet: "Die Nationalität wird in der Regel nach der Muttersprache eingetragen. Eine andere Nationalität als jene, für welche die Muttersprache zeugt, kann nur dann eingetragen werden, wenn die gezählte Person ihre Muttersprache weder in ihrer Familie noch im Haushalt spricht und wenn sie die Sprache jener Nationalität vollkommen beherrscht. Juden können jedoch immer die jüdische Nationalität einbekennen. - Es darf nur eine Nationalität eingetragen werden. Bekennt jemand zwei Nationalitäten ein oder keine, so ist die Nationalität nach der Muttersprache einzutragen."

Die Verordnung von 1930 "objektivierte" den Begriff der Nationalität, der Zugehörigkeit zu einem Volkstum, indem sie die Muttersprache als allein entscheidendes Kriterium für die Ermittlung der Nationalität und die Beherrschung der Sprache als Norm für die Änderung der Nationalität festsetzte. Den politischen Behörden wurde dadurch die Möglichkeit gegeben, in dem gemischtsprachigen Gebiet entlang der Sprachgrenze, in dem ein Teil der Bevölkerung beide Sprachen beherrschte, und in den Fällen von nationalen Mischehen oder von schwankendem Nationalbewußtsein zu Gunsten der tschechischen und slowakischen Nationalität zu entscheiden.

Die verschiedene Dynamik der Bevölkerungsbewegung bei Tschechen und Sudetendeutschen, wie sie in den Volkszählungsergebnissen zum Ausdruck kommt, war also zum Teil nur ein statistischer Vorgang, zum Teil wurde sie durch die Zählpraktiken im Dienste des Staatsvolkes herbeigeführt, zum anderen Teil allerdings war sie der Ausdruck der Verschlechterung der wirtschaftlichen und sozialen Lage des Sudetendeutschums, wie sie seit der Auflösung der alten Monarchie sich vor allem für die deutsche Industrie in den böhmischen Randgebieten ergeben hatte.

Diese hatte 1918 das große Absatzgebiet der österreichisch-ungarischen Monarchie verloren und sah sich, besonders seit dem Beginn der Weltwirtschaftskrise, vor wachsenden Schwierigkeiten. So waren die sudetendeutschen Gebiete am stärksten von der Arbeitslosigkeit betroffen.

Die Bevölkerungsverhältnisse in den sudetendeutschen Gebieten sind aber auch noch in anderer Weise durch die Begründung des tschechoslowakischen Nationalstaats beeinflusst worden: seit 1918 beginnt ein starker Einstrom tschechischer Bevölkerung in das geschlossene deutsche Sprachgebiet, in erster Linie von Militärpersonen, Verwaltungs- und Polizeibeamten mit ihren Familien.

Die deutschen Sprachinseln Innerböhmens und Mährens waren in besonderem Maße von einer teilweise planmäßig gelenkten tschechischen Expansionsbewegung und Bodenpolitik gefährdet, eine Tatsache, die schon vor dem I. Weltkrieg zu verfolgen war, sich nach der tschechischen Staatsgründung aber noch erheblich verstärkte. ...<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1957 über die Siedlungsgebiete und Bevölkerungszahl der Slowakei-Deutschen (x004/137-147):

>>... **I. Siedlungsgebiete, Bevölkerungszahl und soziale Struktur der Deutschen in der Slowakei.**

... Im Gegensatz zu den Sudetendeutschen, deren Siedlungsgebiete sich fast ausschließlich unmittelbar an das geschlossene deutsche Sprachgebiet anlehnten, lebten die Karpatendeutschen in einzelnen Streusiedlungen, als kleine Splittergruppen in den auf deutsche Gründungen zurückgehenden und nun slowakischen Städten und in den schon stark von Slowaken durchsetzten Sprachinseln: der Zips, dem Hauerland und dem Preßburger Raum.

Mit ihrer bis ins 12. Jahrhundert zurückreichenden historischen und kulturellen Tradition kann

die Zips als die bekannteste deutsche Sprachinsel in der Slowakei gelten. Sie teilte sich in zwei geschlosseneren und nur lose zusammenhängende Gebiete. Im Tal der Popper und ihren Nebentälern am Fuße der Hohen Tatra zog sich von Poprad (Deutschendorf) im Westen und Leutschau im Süden bis über den politischen und kulturellen Mittelpunkt Käsmark nach Nordosten auslaufend die siedlungsgeschichtlich ältere Oberzips hin. Südlich davon, im Flußgebiet der Hernad und Göllnitz, dehnte sich von Zipser Neudorf im Norden bis Untermetzenseifen im Süden die Unterzips oder der Gründner Boden aus.

Ober- und Unterzips, die bereits seit dem 13. Jahrhundert von Deutschen besiedelt waren, bildeten ursprünglich ein zusammenhängendes deutsches Siedlungsgebiet, das jedoch schon verhältnismäßig früh wieder eingeeignet wurde.

Die Hussiteneinfälle in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts vernichteten die deutschen Siedlungen zwischen den beiden Sprachinseln ebenso wie die im oberen Waagtal, die bis dahin die Verbindung zum Hauerland aufrechterhalten hatten. Später dezimierten die Kämpfe des protestantischen Adels gegen die katholische Dynastie die Zahl der deutschen Ortschaften, und die Konfessionspolitik der Habsburger, die ganze Gemeinden der evangelischen Zipser aussiedelten und durch katholische Slowaken ersetzten, trug viel zur Entdeutschung einzelner Landstriche bei.

In den einst deutschen Städten der weiteren Umgebung der Zips - zwischen Dobschau im Westen, Kaschau im Süden und Preschau im Osten - hatten sich nur kleinere deutsche Splittergruppen gehalten. Ebenso bekannten sich in Bartfeld, Homenau und Michalovce in der Ostslowakei nur noch einige Hundert Einwohner zum Deutschtum. Aber auch das Kerngebiet der Zips war von Slowaken und im Süden von Madjaren durchsetzt.

Die Ergebnisse der Volkszählung von 1930 ergaben folgendes Zahlenbild: Oberzips 25.162 Deutsche, Unterzips 13.141 Deutsche.

Zu diesen 38.303 Zipser Deutschen müssen noch Splittergruppen des Vorlandes hinzugerechnet werden.

Von den im 13. Jahrhundert gegründeten Bergbaustädten der Mittelslowakei waren im 14. Jahrhundert in den walddreichen Flußtälern deutsche Rodungsdörfer angelegt worden. Die für die Rodungen gebräuchliche Bezeichnung "Hau" kehrt in den Ortsnamen häufig wieder, und danach erhielt diese Sprachinsel den Namen Hauerland.

Das Deutschtum in den Städten, als den wirtschaftlichen Mittelpunkten, ist im Laufe der Jahrhunderte fast verschwunden: es wanderte aus oder wurde slowakisiert. Nur die abgelegenen dörflichen Siedlungen hatten ihren deutschen Charakter auch in der Zusammensetzung der Bevölkerung fast rein bewahrt. Es sind dies 25 Ortschaften, die in zwei benachbarten Sprachinseln um die Hauptorte Kremnitz im Quellgebiet der Turz und Deutsch Proben am Oberlauf der Neutra liegen.

Die zahlenmäßig stärkste deutsche Gruppe mit 24.415 Seelen wohnte um Deutsch Proben; in der Kremnitzer Sprachinsel lebten 10.622, in der etwas abseits liegenden Siedlung Hochwies-Paulisch 4.692 und verstreut in einzelnen slowakischen Orten der Umgebung, besonders in den Städten, noch 1.226 Deutsche. Insgesamt lebten (1930) im Hauerland 41.255 Einwohner deutscher Volkszugehörigkeit.

Preßburg, die Hauptstadt der Slowakei, gehört noch zu den Ausläufern des geschlossenen bayrisch-österreichischen Siedlungsgebietes. Der während des Mittelalters rein deutsche Charakter der Stadt begann zu verblasen, als sie nach der Schlacht von Mohacs (1526) die Hauptstadt des Königreichs Ungarn wurde und ihre Tore den madjarischen Untertanen öffnete, die dann besonders in den letzten Dezennien der ungarischen Herrschaft immer zahlreicher einströmten. Gleichzeitig setzte die Zuwanderung der umwohnenden Slowaken und auch der Tschechen ein; sie vervielfachte sich, als die Grenzziehung von 1919 die Stadt aus ihren alten politischen Bindungen löste und zur Tschechoslowakei schlug.

Die Deutschen, durch Seuchen und Kriege dezimiert, konnten wohl gleichfalls durch Zuzug aus dem benachbarten geschlossenen deutschen Siedlungsgebiet ihren Bestand von rund 32.000 Seelen kontinuierlich halten, ihr prozentualer Anteil an der Gesamtbevölkerung sank aber gegenüber dem sprunghaft anwachsenden Slowaken- und Tschechentum stark ab und betrug 1930 nur noch 28 vom Hundert. Trotzdem blieb Preßburg bis 1945 die Stadt mit dem größten deutschen Bevölkerungsanteil in der Slowakei.

In der Umgebung Preßburgs befand sich in den von Slowaken durchsetzten Weinbauerndörfern am Südosthang; der Kleinen Karpaten und im Westzipfel der hauptsächlich von Madjaren bewohnten Großen Schüttinsel eine dichtere deutsche Streusiedlung, die sich eng an die Hauptstadt anlehnte. Die deutsche Bevölkerung der Umgebung Preßburgs kann mit etwa 19.000 Personen angegeben werden. -

Die Zahl der Deutschen in und um Preßburg betrug damit ca. 52.000. Insgesamt lebten in der Slowakei - nach den Ergebnissen der tschechoslowakischen Volkszählung von 1930 - 154.821 Deutsche, von denen 147.501 tschechoslowakische Staatsbürger waren. Zum Zeitpunkt der slowakischen Volkszählung von 1940 betrug die Zahl der Deutschen in der Slowakei nach dem Gebietsstand von 1937 rund 155.000.

Uneinheitlich wie Herkommen und Siedlungsgeschichte der einzelnen deutschen Sprachgruppen in der Slowakei war auch ihre soziologische Struktur. Die deutsche Bevölkerung der Zips stellte einen entsprechenden Anteil an allen Berufsgruppen: Kaufleute, Handwerker, Bauern, Fabrik- und Waldarbeiter. Im Hauerland dagegen hielten sich die Deutschen nur in dem Rückzugsgebiet der abgelegenen Rodungsdörfer als Kleinbauern, Kätner und Wanderarbeiter. Die städtischen Berufsschichten waren fast völlig im Slowakentum aufgegangen.

Das Preßburger deutsche Bürgertum jedoch hatte trotz starker madjarischer, slowakischer und tschechischer Konkurrenz einen Teil der städtischen Berufe des Handels und Gewerbes in seiner Hand behalten. Daneben fristete aber ein erheblicher Teil der Deutschen sein Dasein als Arbeiter und Häusler. Die in der Umgebung der Stadt lebende deutsche Bevölkerung gehörte bis auf wenige Ausnahmen dem Bauern- (Weinbauern-) und Arbeiterstand an. - An der Zivil- und Militärverwaltung hatte das Slowakeideutschtum kaum einen Anteil.

Auch in der Verteilung des religiösen Bekenntnisses glich keine der einzelnen Sprachinseln der anderen. Die Zipser Deutschen gehörten zu 60 bis 70 % der evangelischen Kirche an, der Rest der römisch-katholischen. Im Hauerland dagegen bekannte sich die überwiegende Mehrheit der Deutschen zum römisch-katholischen Glauben. Das Preßburger Deutschtum war zu zwei Dritteln römisch-katholisch, zu einem Drittel evangelisch.

II. Die politische Struktur des Karpatendeutschtums.

Für das Verständnis der politischen Situation, in der sich die Karpaten-deutschen befanden, ist es notwendig, die politischen Verhältnisse und Kräfte in der Slowakei selbst zu skizzieren. Bei der Zerschlagung der habsburgischen Doppelmonarchie am Ende des Ersten Weltkrieges, die in den Friedensverträgen von Saint Germain und Trianon sanktioniert wurde, wurden die in der überwiegenden Mehrheit von Slowaken und im Ostteil von Ukrainern (Ruthenen) bewohnten oberungarischen Komitate der Nordkarpaten und des Karpatenvorlandes aus dem Staatsverband des Königreiches Ungarn herausgelöst und der neugegründeten Tschechoslowakischen Republik eingegliedert.

Die in dem neuen Staat offenbar werdenden zentralistischen Tendenzen, die vor allem von den das politische Geschehen beherrschenden tschechischen Politikern und Parteien und der von ihnen unterstützten und geförderten slowakischen zentralistischen Parteien, von denen die Agrar-Partei unter Milan Hodza die bedeutendste war, durchgesetzt wurden, riefen bald die Opposition der politischen Kräfte hervor, die für eine Eigenständigkeit der Slowakei eintraten. Das Ringen um die den Slowaken vor der Errichtung des Staates versprochene, aber bis 1938 nicht gewährte Autonomie prägte die innenpolitische Situation des Landes bis zur Zerschla-

gung der Tschechoslowakei.

Träger der Autonomiebewegung war die von Monsignore Andrej Hlinka gegründete Slowakische Volkspartei und daneben die unbedeutendere Slowakische Nationalpartei unter Martin Ruza. Beiden Parteien gelang es zunächst nicht, die Slowaken, deren Mehrheit kaum am öffentlichen Leben teilnahm, für sich zu gewinnen. Das slowakische Volk, zu einem großen Teil ohne eine eigene historische und politische Tradition, war jahrhundertlang durch die ungarische Politik bevormundet worden.

Erst im Laufe der Jahre konnten die Autonomisten durch ihre intensive, auf die nationale Eigenständigkeit der Slowaken gegenüber der tschechischen politischen und kulturellen Bevormundung gerichtete Propaganda die Zahl ihrer Anhänger vermehren. Der starke Zustrom tschechischer Beamter und Lehrer, hervorgerufen und begünstigt durch das Fehlen einer ausreichenden slowakischen Intelligenzschicht, die fast gänzlich im Madjarentum aufgegangen war, gab ihnen gegen den Zentralismus gerichteten Argumenten neue Nahrung.

Das innenpolitische Spannungsfeld wurde noch durch das Vorhandensein einer starken madjarischen Minderheit bestimmt, die, bekannt für ihr stark ausgeprägtes Nationalgefühl und ihre irredentistische Politik, eine schwere Belastung für den neuen Staat bedeutete. Da die slowakisch-ungarische Grenze ausschließlich zugunsten der Slowakei gezogen worden war, schloß sie im Süden des Landes ein fast geschlossenes madjarisches Siedlungsgebiet in die CSR ein. Bis zum Ende der I. Tschechoslowakischen Republik besaß das Problem der madjarischen Minderheit im slowakischen Teil des Staates die gleiche Bedeutung wie die sudetendeutsche Frage im tschechischen.

Der Zurückdrängung des madjarischen Einflusses im kulturellen und politischen Bereich der Slowaken galt daher das besondere Interesse der tschechoslowakischen Behörden, und aus dieser Politik konnte die zahlenmäßig geringe und politisch wenig hervortretende deutsche Minderheit zunächst großen Nutzen ziehen.

Der Prozeß ihres Zusammenwachsens vollzog sich allerdings nur allmählich, denn die weit auseinandergezogenen, von Slowaken durchsetzten deutschen Sprachinseln, voneinander getrennt durch die bewaldeten und schwer passierbaren Höhenzüge der Nordkarpaten, hatten bis zur staatlichen Neuordnung nach dem Ersten Weltkrieg ein isoliertes Dasein geführt und vermochten es nicht, nun aus eigener Kraft zu einer einheitlichen Gruppe zusammenzufinden. Die großartige Vergangenheit, wie sie in der reichen Architektur, den Urkunden und Museen der mit wenigen Ausnahmen schon lange slowakisierten Städte in die Gegenwart herüberreichte oder in der Fülle des Brauchtums und der Volkstrachten der Zips oder des Hauerlandes lebte, änderte nichts an der Tatsache, daß das Deutschtum in der Slowakei eine in ihrem Bestand schwer gefährdete Volksgruppe war. Die Gründe hierfür waren mannigfaltig.

Die Veränderung der wirtschaftlichen Struktur im Nordkarpatenraum, vor allem das Versiegen des Bergbaus, die Verlagerung der Handelswege, die beginnende Industrialisierung und die damit verbundene soziologische Umschichtung hatten die frühere Sonderstellung des Deutschtums schon lange aufgehoben.

Dazu kam, daß eine tatkräftige geistige und materielle Unterstützung aus den kerndeutschen Gebieten fehlte. Zum geschlossenen deutschen Volksgebiet bestanden kaum noch Beziehungen; das Verhältnis zu Österreich war mit starken Ressentiments belastet, denn gerade die Konfessions-, Handels- und Verwaltungspolitik der Habsburger hatte in den letzten drei Jahrhunderten wesentlich zum Niedergang des Slowakeideutschtums beigetragen.

Die Folge dieser Entwicklung war auf der einen Seite eine durch die wirtschaftliche Zwangslage bedingte starke Auswanderung in die ungarischen Städte, vorwiegend in das um Budapest liegende Industriegebiet, aber auch nach Amerika, auf der anderen Seite eine stärkere Anlehnung an das Staatsvolkstum, die bis 1918, gefördert durch die ungarische Verwaltungspraxis und Schulpolitik, zur Madjarisierung insbesondere der Intelligenz- und Bürgerschicht ge-

führt hatte.

Diesem Prozeß wurde durch die Errichtung der Tschechoslowakischen Republik Einhalt geboten, denn der neue Staat versuchte - zumindest in den ersten Jahren - durch Errichtung deutscher Minderheitsschulen die engen Beziehungen zwischen der deutschen und der wegen ihrer Irredentapolitik gefährlicheren madjarischen Minderheit zu unterbrechen.

Dieses Wohlwollen der tschechoslowakischen Behörden gegenüber dem deutschen Schulwesen in der Slowakei sticht erheblich von der Praxis gegenüber den deutschen Schulen in den Sudetenländern ab. Wie weit aber die Madjarisierung bereits fortgeschritten war, zeigen die Widerstände einzelner deutscher Gemeinden gegen die Errichtung deutscher Schulen; sie forderten statt dessen die Beibehaltung der madjarischen.

Erst allmählich wurde sich die deutsche Minderheit ihrer nationalen Eigenständigkeit bewußt. Gefördert wurde diese Entwicklung durch den starken Rückhalt, den sie im neuen Staat beim Sudetendeutschtum fand. Der Deutsche Kulturverband dehnte seine Tätigkeit auch auf die Slowakei aus und trug durch geistige und materielle Unterstützung der Schulen und durch Gründung deutscher Kulturvereinigungen und Ausbau des Genossenschaftswesens wesentlich zur Stärkung des deutschen Volksbewußtseins bei.

Da das geeignete Lehrpersonal für die errichteten Schulen fehlte, kam eine beträchtliche Anzahl sudetendeutscher Lehrer ins Land. Auch das Genossenschaftswesen konnte auf Grund der langjährigen Erfahrungen des Sudetendeutschtums ausgebaut werden.

Wie sehr sich aber das in mehrere Gruppen zerfallende Slowakeideutschtum von dem geschlossenen Block der Sudetendeutschen unterschied, geht aus seiner parteipolitischen Struktur hervor. Gerade hier blieb die alte Anhänglichkeit an das Madjarentum erhalten. Bis zum Beginn der dreißiger Jahre sah ein großer Teil der deutschen Wähler seine politische Vertretung in der "Deutschen Sektion" der Madjarischen Christlichsozialen Partei und - soweit es die Zips betraf - in der Zipser Deutschen Partei, deren Abhängigkeit von der Madjarischen Nationalpartei offenkundig war. Ein nicht geringer Teil der deutschen Stimmen fiel auch den slowakischen und tschechoslowakischen Parteien zu.

Um den madjarischen kultur- und parteipolitischen Einflüssen innerhalb der deutschen Minderheit zu begegnen und dem Slowakeideutschtum eine geschlossenere parteipolitische Repräsentation zu verschaffen, gründeten einige um die Erhaltung und Förderung des Deutschtums verdiente Männer kurz vor den Parlamentswahlen von 1929 die Karpatendeutsche Partei. Sie schloß mit der "aktivistischen", in der tschechoslowakischen Regierung mitwirkenden sudetendeutschen Partei des Bundes der Landwirte (Minister Spina) und der Deutschen Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft (Rosche-Gruppe) ein Wahlbündnis, ohne aber ein Mandat erringen zu können.

Erst nach dem von der jüngeren Generation durchgesetzten Wahlbündnis mit der Sudetendeutschen Heimatfront (späteren Sudetendeutsche Partei - SdP) Konrad Henleins vor den Wahlen von 1935 konnte sie die Zahl ihrer Anhänger vermehren.

Die weitere Folge der Anlehnung an die nach dem Führerprinzip aufgebaute SdP war die im November 1935 vollzogene Union mit dieser Partei. Konrad Henlein übernahm auch den Vorsitz in der Karpatendeutschen Partei, sein Stellvertreter für die Karpatenländer wurde der spätere Volksgruppenführer Franz Karmasin. Die Karpatendeutsche Partei wurde organisatorisch der SdP angeglichen und schließlich im September 1938 gleichzeitig mit dieser verboten.

Das darf aber nicht zu der Annahme führen, als ob die Karpatendeutsche Partei für das Deutschtum der Slowakei die gleiche Bedeutung besessen hätte wie die SdP in den Sudetenländern. Als Repräsentantin der großen Mehrheit der Slowakeideutschen konnte sie zu diesem Zeitpunkt nicht gelten. Die entscheidende Veränderung der politischen Struktur des Karpatendeutschtums brachte erst die Zerschlagung der Tschechoslowakei, die durch das Münchener Abkommen eingeleitet wurde. ...<<

USA: US-Präsident Wilson fordert in der dritten Note vom 23. Oktober 1918 den Rücktritt des deutschen Kaisers, um Friedensverhandlungen zu ermöglichen (x243/12): >>(Der) Waffenstillstand (muß) ... eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten seitens Deutschland unmöglich ... machen. ...

Die ... Vereinigten Staaten (werden nur) ... mit Vertretern des deutschen Volkes verhandeln. ... Wenn mit den militärischen Beherrschern und monarchistischen Autokraten Deutschlands jetzt verhandelt werden muß, ... kann Deutschland über keine Friedensbedingungen verhandeln, sondern muß sich ergeben. ...<<

24.10.1918

Deutsches Reich: Am 24. Oktober 1918 wird in Preußen das seit 1849 gültige Dreiklassenwahlrecht aufgehoben und durch ein "gleiches Wahlrecht" ersetzt.

Westkrieg: Nach dem Abzug der ungarischen Truppen brechen am 24. Oktober 1918 die italienischen Truppen an der unteren Piave (Fluß in Norditalien) durch die österreichische Front.

28.10.1918

CSR: Die Tschechoslowakische Republik (Tschechoslowakei) bzw. Ceskoslovenska Republika (CSR) wird am 28. Oktober 1918 offiziell in Prag gegründet.

30.10.1918

Osmanisches Reich: Nach Zerschlagung der türkischen Palästinafront gibt das Osmanische Reich den erbitterten Widerstand auf und schließt am 30. Oktober 1918 einen Waffenstillstand.

03.11.1918

Deutsches Reich: Matrosen der Kriegsmarine rufen am 3. November 1918 in Kiel zum Aufstand auf, der in den folgenden Tagen auch auf viele große deutsche Städte übergreift.

Der russische Schriftsteller Nicolai Starikow schreibt später über die deutsche Revolution im November 1918 (x337/147): >>Warum also fand die Revolution statt? Weil sie in Gang gesetzt wurde.

Die gleichen Kräfte, die das russische Reich im Februar und Oktober (1917) zu Boden warfen, standen nun bereit, seinen zweiten geopolitischen Rivalen zu begraben - das Reich Kaiser Wilhelms. Und begraben haben sie es! Der künstliche Zusammenbruch Deutschlands schuf den fruchtbaren Boden für die Nazis. ...<<

Österreich: Österreich und die Ententemächte schließen am 3. November 1918 einen Waffenstillstand (x041/77). Damit beendet Österreich den Ersten Weltkrieg genauso eigenmächtig wie es den Krieg eröffnet hatte.

05.11.1918

Frankreich: Die deutsche Waffenstillstandskommission wird am 5. November 1918 durch Marschall Foch empfangen.

07.11.1918

Deutsches Reich: In Berlin verlangt die SPD am 7. November 1918 den sofortigen Rücktritt des Kaisers.

In München bricht am 7. November 1918 eine Revolution aus. Als in München ein Soldaten-, Arbeiter- und Bauernrat gebildet wird, flieht der König von Bayern.

08.11.1918

Deutsches Reich: Der Arbeiter- und Soldatenrat in Berlin fordert am 8. November 1918 die Einführung eines Rätestaates (x243/19): >>Wir fordern nicht Abdankung einer Person, sondern (die) Republik! Die sozialistische Republik mit allen ihren Konsequenzen. ...

Heraus aus den Betrieben, heraus aus den Kasernen! ...<<

Der radikale USPD-Politiker Kurt Eisner (1867-1919) proklamiert am 8. November 1918 in München die Räterepublik Bayern.

Der damalige Kölner Erzbischof Felix Kardinal von Hartmann (1851-1919, ein persönlicher

Freund des deutschen Kaisers Wilhelm II.) schreibt am 8. November 1918 an den damaligen Münchener Erzbischof Eugenio Pacelli, den späteren Papst Pius XII. (x340/116): >>Seine Majestät der Kaiser läßt mir soeben mitteilen, daß nach ihm gestern zugegangenen Nachrichten der Groß-Orient beschlossen habe, zunächst alle Souveräne in erster Linie ihn, den Kaiser, abzusetzen etc. und schließlich eine Weltrepublik unter Führung des amerikanischen Großkapitals auf den Trümmern der bisherigen bürgerlichen Gesellschaft aufzurichten. Die deutschen Freimaurer seien dem Kaiser treu (was sehr zu bezweifeln ist!) und hätten ihn das wissen lassen. ...

Ich habe geglaubt, verpflichtet zu sein, dies Euer Excellenz zur Kenntnis zu bringen, und muß Eurem weisen Ermessen überlassen, ob ihr die Mitteilung nach Rom weitergeben wollt. Das stürmische Verlangen der Sozialdemokraten, der Kaiser solle abdanken, gibt der Nachricht eine gewisse Bestätigung. ...<<

Frankreich: Die deutsche Waffenstillstandskommission (Verhandlungsführer: Matthias Erzberger, ab 1919 Finanzminister, wird später als "Novemberverbrecher" von Rechtsradikalen ermordet) verhandelt vom 8. bis zum 11. November 1918 in Compiègne (französische Stadt an der Aisne) über die Waffenstillstandsbedingungen.

Marschall Ferdinand Foch (1851-1921, französischer Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte) lehnt während der rücksichtslosen Verhandlungen fast alle Änderungswünsche der Deutschen ab.

09.11.1918

Deutsches Reich: In Berlin bricht eine Revolution aus. Am Morgen ruft der Berliner Arbeiter- und Soldatenrat zum Generalstreik auf. Trotz Massendemonstrationen von Arbeitern und Soldaten erhält das Militär um 13 Uhr Schießverbot.

Reichskanzler Prinz Max von Baden gibt am 9. November 1918 eigenmächtig, ohne die Zustimmung des Kaisers, den Rücktritt des deutschen Kaisers Wilhelm II. bekannt und tritt danach ebenfalls zurück.

Die 2. Extraausgabe der SPD-Zeitung "Vorwärts" (Berliner Volksblatt) berichtet am 9. November 1918 (x256/38): >>Der Kaiser hat abgedankt!

Der Reichskanzler hat folgenden Erlaß herausgegeben:

Seine Majestät der Kaiser und König haben sich entschlossen, dem Throne zu entsagen.

Der Reichskanzler bleibt noch so lange im Amte; bis die mit der Abdankung Seiner Majestät, dem Thronverzicht Seiner Kaiserlichen und Königlichen Hoheit des Kronprinzen des Deutschen Reiches und von Preußen und der Einsetzung der Regentschaft verbundenen Fragen geregelt sind.

Er beabsichtigt, dem Regenten die Ernennung des Abgeordneten Ebert zum Reichskanzler und die Vorlage eines Gesetzentwurfs wegen der Ausschreibung allgemeiner Wahlen für eine verfassungsgebende Nationalversammlung vorzuschlagen, der es obliegen würde, die künftige Staatsform des deutschen Volks einschließlich der Volksteile, die ihren Eintritt in die Reichsgrenzen wünschen sollten, endgültig festzustellen.

Berlin, den 9. November 1918.

Der Reichskanzler.

Prinz Max von Baden.

Es wird nicht geschossen!

Der Reichskanzler hat angeordnet, daß seitens des Militärs von der Waffe kein Gebrauch gemacht werde.<<

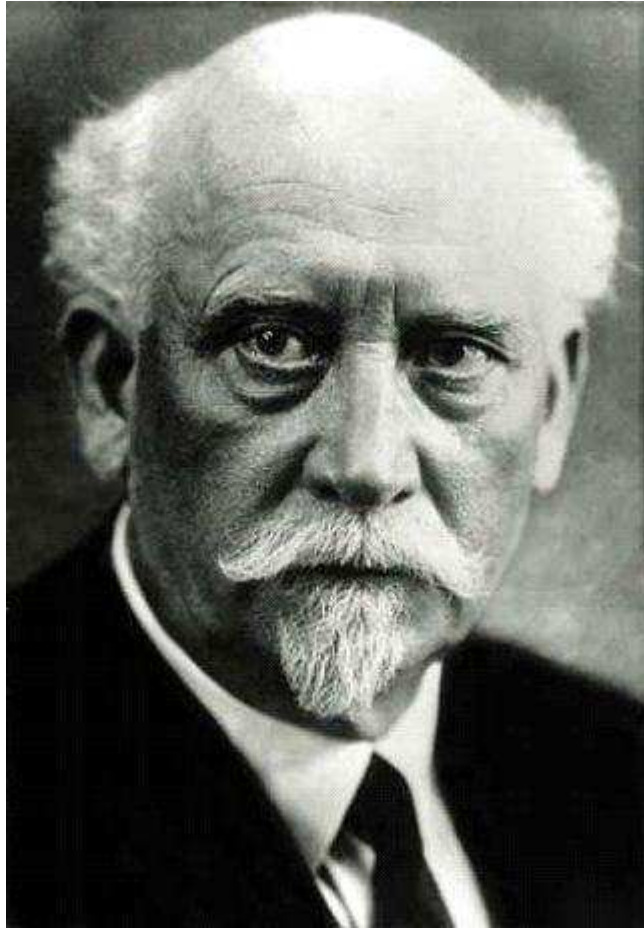


Abb. 53 (x051/514): Philipp Scheidemann

Philipp Scheidemann (1865-1939, SPD-Politiker, emigriert 1933) verkündet am 9. November 1918, um 14.00 Uhr, die Bildung der vorläufigen "Deutschen Republik" und überträgt die Regierungsgeschäfte an den SPD-Vorsitzenden Friedrich Ebert (x191/25): >>Arbeiter und Soldaten!

Das deutsche Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt. Das Alte, Morsche ist zusammengebrochen; der Militarismus ist erledigt. Die Hohenzollern haben abgedankt!

Es lebe die Deutsche Republik!

Der Abgeordnete Ebert ist zum Reichskanzler ausgerufen worden. Ebert ist damit beauftragt worden, eine neue Regierung zusammenzustellen. Dieser Regierung werden alle sozialistischen Parteien angehören.

Jetzt besteht unsere Aufgabe darin, diesen glänzenden Sieg, diesen vollen Sieg des deutschen Volkes nicht beschmutzen zu lassen, und deshalb bitte ich Sie, sorgen Sie dafür, daß keine Störung der Sicherheit eintrete!

Wir müssen stolz sein können, in alle Zukunft auf diesen Tag! Ruhe, Ordnung und Sicherheit das ist das, was wir jetzt brauchen! ...

Es lebe die Deutsche Republik!<<

Der neue Reichskanzler Friedrich Ebert fordert am 9. November 1918 die Bevölkerung in einer schriftlichen "Kundgebung" zur Ruhe und Ordnung auf (x256/67):

>>**Mahnung zur Ruhe und Ordnung!**

Mitbürger!

Der bisherige Reichskanzler, Prinz Max von Baden, hat mir unter Zustimmung sämtlicher Staatssekretäre die Wahrnehmung der Geschäfte des Reichskanzlers übertragen. Ich bin im Begriffe, die neue Regierung im Envernehmen mit den Parteien zu bilden und werde über das

Ergebnis der Öffentlichkeit in Kürze berichten.

Die neue Regierung wird eine Volksregierung sein. Ihr Bestreben wird sein müssen, dem deutschen Volke den Frieden schnellstens zu bringen und die Freiheit, die es errungen hat, zu befestigen.

Mitbürger!

Ich bitte Euch alle um Eure Unterstützung bei der schweren Arbeit, die unserer harret. Ihr wißt, wie schwer der Krieg die Ernährung des Volkes, die erste Voraussetzung des politischen Lebens, bedroht.

Die politische Umwälzung darf die Ernährung der Bevölkerung nicht stören, es muß erste Pflicht aller in Stadt und Land bleiben, die Produktion von Nahrungsmitteln und ihre Zufuhr in die Städte nicht zu verhindern, sondern zu fördern. Nahrungsmittelnot bedeutet Plünderung und Not mit Elend für Alle. Die Ärmsten würden am schwersten leiden, die Industriearbeiter am bittersten betroffen werden.

Wer sich an Nahrungsmitteln oder sonstigen Bedarfsgegenständen oder an den für ihre Verteilung benötigten Verkehrsmitteln vergreift, versündigt sich auf das Schwerste an der Gesamtheit.

Mitbürger!

Ich bitte euch dringend, verlaßt die Straßen! Sorgt für Ruhe und Ordnung!

Berlin, den 9. November 1918.

Der Reichskanzler

Ebert.<<

Die Unabhängigen Sozialdemokraten (der Spartakusbund und andere radikale Gruppen) verlangen am 9. November 1918 die Errichtung eines Rätestaates nach dem Vorbild Sowjet-Rußlands. Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Karl Radek, die tatkräftigen und zielbewußten Anführer der Spartakisten, fordern die sofortige Verstaatlichung der gesamten Wirtschaft.

Der Spartakusbund-Mitbegründer Karl Liebknecht proklamiert am 9. November 1918, um 16 Uhr, vom kaiserlichen Schloß in Berlin die "Freie Sozialistische Republik Deutschland" (x191/25-26): >>Der Tag der Revolution ist gekommen ...

Die Herrschaft der Hohenzollern, die in diesem Schloß jahrhundertlang gewohnt haben, ist vorüber. In dieser Stunde proklamieren wir die freie sozialistische Republik Deutschland, ... die alle Stämme umfassen soll, in der es keine Knechte geben wird, in der jeder ehrliche Arbeiter den ehrlichen Lohn seiner Arbeit finden wird. Die Herrschaft des Kapitalismus, der Europa in ein Leichenfeld verwandelt hat, ist gebrochen. ...

Wenn auch das Alte niedergerissen ist, dürfen wir doch nicht glauben, daß unsere Aufgabe getan sei. Wir müssen alle Kräfte anspannen, um die Regierung der Arbeiter und Soldaten aufzubauen und eine neue Ordnung des Proletariats zu schaffen, eine Ordnung des Friedens, des Glücks und der Freiheit unserer deutschen Brüder und unserer Brüder in der ganzen Welt. Wir reichen ihnen die Hände und rufen sie zur Vollendung der Weltrevolution auf.<<

10.11.1918

Westkrieg: Die deutsche Heeresleitung (Generalfeldmarschall von Hindenburg) telegraphiert am 10. November 1918 an die Deutsche Waffenstillstandskommission (x243/10): >>In den Waffenstillstandsbedingungen muß versucht werden, Erleichterungen ... zu erreichen. ... Gelingt Durchsetzung ... nicht, so wäre trotzdem abzuschließen. ... Flammenden Protest unter Berufung auf Wilson ... erheben. ...<<

Deutsches Reich: Kaiser Wilhelm II. flieht am 10. November 1918 nach Holland. Alle deutschen Landesfürsten treten anschließend widerstandslos zurück.

Das "Berliner Tageblatt" berichtet am 10. November 1918 über das unrühmliche Ende der Monarchie (x191/26): >>Eine riesige Militärorganisation schien alles zu umfassen, in den Ämtern und Ministerien thronte eine scheinbar unbesiegbare Bürokratie. Gestern früh war das

alles noch da, gestern nachmittag existierte nichts mehr davon. ...<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den letzten deutschen Kaiser "Wilhelm II." (x051/645): >>Wilhelm II., geboren in Potsdam, 27.1.1859, gestorben in Doorn (Niederlande) 4.6.1941, deutscher Kaiser und König von Preußen (1888-1918).

Der von starkem monarchischem Sendungsbewußtsein durchdrungene Wilhelm geriet nach der Thronbesteigung rasch in Konflikt mit dem Reichsgründer Bismarck, der im Innern seinem Popularitätsdrang (sozialpolitische Scheinprogressivität) entgegenstand und es nach außen nach Wilhelms Meinung an selbstbewußtem Auftreten fehlen ließ.

Die Nach-Bismarck-Ära war dann auch gekennzeichnet von sozialpolitischen Rückzügen und konzeptlos-martialischem Auftreten. Konnten die innenpolitischen Gegensätze noch durch eine relative Prosperität unter Kontrolle gehalten werden, so führte das außenpolitische Draufgängertum (Flottenrüstung, wechselnde Annäherungen, "Nibelungentreue" zu Wien, naive Taktlosigkeiten) zur außenpolitischen Isolierung des Reiches und in den Ersten Weltkrieg.

Nach dem Sturz der Monarchie ging Wilhelm am 10.11.18 ins holländische Exil, dankte am 28.11.18 ab und setzte auf baldige Restauration in Deutschland. V.a. vom nationalsozialistischen Aufstieg erhoffte er sich die Rückberufung (Januar 31 und Mai 32 Besuche Görings in Doorn), mußte aber nach Hindenburgs Tod (2.8.34) diese Illusion begraben und sprach vom Dritten Reich fortan nur als "Mostrichrepublik" ("braun und scharf").

Beim Einmarsch deutscher Truppen in Holland 1940 war höheren Offizieren der Kontakt mit Wilhelm untersagt, dem aber militärische Ehren bei der Beisetzung gewährt wurden. Den heutigen Leser der Reden und Notizen Wilhelms erstaunt die Ähnlichkeit mit Hitlers Simplifizierungen, nur waren sie im Gegensatz zum Diktator beim Kaiser bloße Pose.<<

Die Deutschen fühlen sich von der Staatsführung hintergangen. Besonders in der Arbeiterschaft regt sich offene Feindschaft gegen den Kaiser. Der Adel und das Großbürgertum, die größtenteils ebenfalls nicht informiert sind, reagieren ratlos und verwirrt.

Die Spartakisten rufen am 10. November 1918 in Berlin zum Sturz der "Deutschen Republik" auf (x073/100-101): >>Arbeiter und Soldaten!

Eine jahrtausende alte Knechtschaft geht zu Ende; aus den unsäglichen Leiden eines Krieges steigt die neue Freiheit empor. Vier lange Jahre haben die Scheidemänner, die Regierungssozialisten, euch durch die Schrecken eines Krieges gejagt, haben euch gesagt, man müsse "das Vaterland" verteidigen, wo es sich nur um die nackten Raubinteressen des Imperialismus handelte.

Jetzt, da der deutsche Imperialismus zusammenbricht, suchen sie für die Bourgeoisie zu retten, was noch zu retten ist, und suchen die revolutionäre Energie der Massen zu ersticken.

Es darf kein "Scheidemann" mehr in der Regierung sitzen; es darf kein Sozialist in die Regierung eintreten, solange ein Regierungssozialist noch in ihr sitzt. Es gibt keine Gemeinschaft mit denen, die euch vier Jahre lang verraten haben.

Nieder mit dem Kapitalismus und seinen Agenten! Es lebe die Revolution! Es lebe die Internationale!<<

Die "Rote Fahne" veröffentlicht am 10. November 1918 in Berlin das Kampfprogramm der Spartakusgruppe (x128/102):

>>1. Entwaffnung der gesamten Polizei, sämtlicher Offiziere sowie der Soldaten, die nicht auf dem Boden der neuen Ordnung stehen; Bewaffnung des Volkes; alle Soldaten und Proletarier, die bewaffnet sind, behalten ihre Waffen.

2. Übernahme sämtlicher militärischen und zivilen Behörden und Kommandostellen durch Vertrauensmänner des Arbeiter- und Soldatenrates.

Übergabe aller Waffen- und Munitionsbestände durch den Arbeiter- und Soldatenrat.

4. Kontrolle über alle Verkehrsmittel durch den Arbeiter- und Soldatenrat.

5. Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit. Ersetzung des militärischen Kadavergehorsams durch freiwillige Disziplin der Soldaten unter Kontrolle des Arbeiter- und Soldatenrates.
6. Beseitigung des Reichstages und aller Parlamente sowie der bestehenden Reichsregierung; Übernahme der Regierung durch den Berliner Arbeiter- und Soldatenrat bis zur Errichtung eines Reichs-Arbeiter- und Soldatenrates.
7. Abschaffung aller Dynastien und Einzelstaaten; unsere Parole lautet: einheitliche sozialistische Republik Deutschland.
8. Wahl von Arbeiter- und Soldatenräten in ganz Deutschland, in deren Hand ausschließlich Gesetzgebung und Verwaltung liegen. Zur Wahl der Arbeiter- und Soldatenräte schreitet das gesamte erwachsene werktätige Volk in Stadt und Land und ohne Unterschied der Geschlechter.
9. Sofortige Aufnahme der Verbindung mit allen in Deutschland bestehenden Arbeiter- und Soldatenräten und den sozialistischen Bruderparteien des Auslandes. ...<<

General Wilhelm Groener (1867-1939, seit Oktober 1918 Nachfolger Ludendorffs als Generalquartiermeister der Obersten Heeresleitung, leitet nach dem Kriegsende die Rückführung und Demobilisierung des deutschen Heeres) führt am 10. November 1918 geheime Verhandlungen mit Friedrich Ebert.

Polen: Pilsudski trifft nach der Haftentlassung am 10. November 1918 in Warschau ein.

11.11.1918

Westkrieg: Nach ausdrücklicher Zustimmung der deutschen Heeresleitung unterzeichnen die deutschen Unterhändler am 11. November 1918, um 11.55 Uhr, ein Waffenstillstandsabkommen, daß wesentliche Vereinbarungen des nordamerikanischen "14 Punkte-Friedens" enthält. Danach schweigen an den europäischen Fronten die Waffen.

Der nordamerikanische Journalist Oswald G. Villard, der sich nach dem Waffenstillstand in Deutschland aufhält, schreibt damals über die allgemeine Stimmung (x063/521-522): >>... Man hörte keine Haßgesänge, keine Revanchereden; weder Engländer noch Franzosen ... waren unbeliebt; Amerikaner wurden als die besten Freunde willkommen geheißen ...<<

Der Abschluß des Waffenstillstandes ist völkerrechtlich keine bedingungslose Kapitulation, sondern ein rechtsverbindlicher Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und den Ententemächten. Die deutschen Truppen sind zum Zeitpunkt der Friedensverhandlungen zwar schwer angeschlagen, aber bis zum Waffenstillstand können fast keine feindlichen Truppen in das Deutsche Reich eindringen. Nur einige Gebiete in Elsaß-Lothringen sind bereits von französischen Truppen besetzt.

Nach dem 11. November 1918 ist das Deutsche Reich schließlich den Siegern auf Gedeih und Verderb ausgeliefert. Die Waffenstillstandsbedingungen der Siegermächte sind ungewöhnlich brutal und gnadenlos. Auch die unmenschliche Hungerblockade bleibt weiterhin in Kraft.

Die Deutschen müssen innerhalb von 15 Tagen alle besetzten Gebiete sowie Elsaß-Lothringen räumen und sämtliche Waffen abliefern (x041/78). Der Rückzug der riesigen deutschen Truppenverbände wird termingerecht durchgeführt. Nach dieser erstaunlichen Leistung des deutschen Heeres befinden sich Ende November 1918 alle deutschen Truppen 50 km östlich des Rheins. Das Deutsche Reich muß alle Kriegsgefangenen entlassen, während die deutschen Kriegsgefangenen zunächst nicht heimkehren dürfen.

Der Waffenstillstand wird monatlich erneuert, so daß die Sieger jeweils neue Forderungen durchsetzen können (x054/186). Für die mehrmalige Verlängerung des Waffenstillstandes muß das ausgehungerte Deutsche Reich später 140.000 Milchkühe, 120.000 Schafe, eine Unmenge Pferde, landwirtschaftliche Maschinen und den größten Teil der Handelsflotte an die Siegermächte abliefern (x069/114).

Der englische Nationalökonom John Maynard Keynes (1883-1946) schreibt später über den Abschluß des rechtsverbindlichen Waffenstillstandsvertrages (x063/514): >>Die Natur des

Abkommens zwischen Deutschland und den Alliierten ist auf Grund des Austausches der Urkunden klar und eindeutig.

Die Friedensbedingungen (so war vereinbart) sollten die in den Ansprachen des Präsidenten genannten sein und die Aufgabe der Friedenskonferenz, "die Einzelheiten ihrer Anwendung zu besprechen".

Das Zustandekommen des Vertrages vollzog sich auf ungewöhnlich feierliche und rechtsverbindliche Art; eine der Bedingungen war die Zustimmung zu dem Waffenstillstandsabkommen, das so gehalten war, daß es Deutschland wehrlos machen würde.

Nachdem Deutschland sich im Vertrauen auf den Vertrag selber wehrlos gemacht hatte, wurde es zu einer besonderen Ehrenpflicht der Alliierten, ihren Teil des Vertrages zu erfüllen und etwaige Zweifelsfragen nicht auf Grund ihrer Machtstellung auszunützen.<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über Wilsons berühmtes "Vierzehn-Punkte-Programm" (x068/194-195): >>**Heil Wilson, dem Gerechten!**

Am 8. Januar 1918 gab Wilson in einer Rede vor dem Kongreß sein berühmtes Vierzehn-Punkte-Programm für den Frieden bekannt. Es enthielt die Forderung öffentlicher Verhandlungen ohne Geheimverträge, allgemeine Grundsätze wie Freiheit der Meere, Beschränkung der Rüstung, Aufhebung wirtschaftlicher Barrieren, unparteiische Lösung des Kolonialproblems sowie gerechte und maßvolle Regelung territorialer Fragen. Am 11. Februar ergänzte der Präsident dieses Programm durch die "Four Principles", am 27. September durch die "Five Particulars", die wieder große Allgemeinheiten brachten. Beides sollte den Abschluß eines Friedensvertrages mit den Mittelmächten begründen.

Bevor Deutschland 1918 aufgab, gelang es seiner Führung, den Waffenstillstandsvertrag ausdrücklich auf der Grundlage der 14 Punkte und der "Prinzipien" Wilsons abzuschließen, was auch Franzosen und Briten, mit drei unbedeutenden Einschränkungen akzeptierten.

Als Wilson am 5. Dezember 1918, labil, krank, doch hochgradig von sich überzeugt, an Bord des Riesendampfers George Washington unter Salutschüssen, begleitenden Flugzeugen das Flaggenmeer des New Yorker Hafens verließ, wartete Europa auf ihn wie auf einen Erlöser. Wo immer er dann einzog, in Paris, London, in Rom, überall erlebte er sagenhafte Triumphe, Ovationen der Massen, die sich da und dort zu Adorationen (Anbetungen) steigerten, geradezu hysterische Formen annahmen. In Polen grüßten einander Gebildete mit dem Ruf "Wilson!" In Italien entzündeten Bauern Opferkerzen vor seinem Bild. Und als er am 14. Dezember 1918, von Volksmassen umjubelt, die Champs-Elysees entlang fährt, überspannt ein großes Spruchband die Straße: "Heil Wilson, dem Gerechten!"

Woodrow Wilson, der 13 für seine Glückszahl hielt, war am 13. Dezember 1918, einem Freitag, auf französischem Boden gelandet. Ob in guter, in böser Absicht, wer weiß es. Wer weiß, ob er mit seiner Friedensordnung die Mittelmächte von Anfang an getäuscht, bewußt in Sicherheit gewogen, ob er ihr Vertrauen in den zu schließenden Vertrag arglistig erschlichen hat. Nach außen zumindest tat er, als ginge es ihm nicht um Vernichtung, nicht einmal um Sieg, hielt er doch an seiner Formel "Frieden ohne Sieg" anscheinend fest, an den hehrsten Zielen, den höchsten Idealen Amerikas.

Tatsächlich aber trat er nicht mehr dafür ein, nachdem der Gegner gefallen war. Ganz bewußt hatte das Deutsche Reich sein Waffenstillstandsgesuch nicht an den Obersten Kriegsrat der Alliierten gerichtet, sondern an den höchsten Repräsentanten der USA, der freilich in Paris jeder Kraftprobe, die er, wie die Dinge standen, hätte bestehen können und müssen, bald mehr und mehr aus dem Weg ging.

Dabei war der Schottenabkömmling, der Mann mit dem grobknöchigen Kleppergesicht, dem angriffigen Kinn, der Mensch, von dem ein Freund meinte, Gott habe ihn häßlich geschaffen, aber er selbst sich ein gutes Aussehen gegeben, dabei war dieser Präsident doch sonst so

selbstsicher, so von sich eingenommen, daß er in seinem intellektuellen Hochmut kaum zugänglich für andere Ansichten war, daß er keinen Widerspruch duldete und gern bemerkte: "Ein Yankee glaubt immer, daß er Recht hat, ein Schotte weiß, daß er Recht hat".

Ja, dieser Präsident hielt sich für so messiasgleich, daß Journalisten höhnten, er sei inmitten des Atlantiks vom Schiff in die Tiefe gesprungen, Begleitern, die ihn hindern wollten, zurend: "Er ist doch auch auf dem Meere gewandelt!" (Indes war Wilson nicht verrückt, wie ... Pius XL, der Verkünder der Päpstlichen Unfehlbarkeit, der nicht nur das Christuswort "Ich bin der Weg, die Wahrheit und das Leben" auf sich angewandt, sondern 1870 durch den Zuruf an einen Krüppel "Stehe auf und gehe!", auch eine mißglückte Wunderheilung zu verzeichnen hatte). ...<<

Der englische Nationalökonom John Maynard Keynes (1883-1946) schreibt später über den Abschluß des rechtsverbindlichen Waffenstillstandsvertrages (x321/40-44): >>**Falsche Versprechungen**

Deutschland willigte nur in den Waffenstillstand ein, weil es sich auf die Zusagen des amerikanischen Präsidenten verließ, die in einem diplomatischen Notenwechsel gegeben worden waren.

... Zwei Pläne für die zukünftige Gestaltung der Welt machten sich den Platz streitig: die 14 Punkte des Präsidenten und der Karthago-Friede* Clemenceaus. ...

* Anspielung auf die totale Zerstörung Karthagos durch das Römische Reich. ...

Wilson's Erklärung

Am 5. November 1918 übermittelte der Präsident Deutschland die Antwort, die er von den mit ihm verbündeten Regierungen bekommen hatte, und fügte hinzu, daß Marschall Foch* bevollmächtigt worden sei, gehörig beglaubigten Vertretern die Waffenstillstandsbedingungen mitzuteilen.

In dieser Antwort "erklärten die verbündeten Regierungen mit den folgenden Einschränkungen ihre Bereitwilligkeit zum Friedensschluß mit der deutschen Regierung aufgrund der Friedensbedingungen, die in der Ansprache des Präsidenten an den Kongreß vom 8. Januar 1918 sowie der Grundsätze, die in seinen späteren Ansprachen niedergelegt sind". ...

Die Natur des Abkommens zwischen Deutschland und den Alliierten, die sich aus diesem Notenwechsel ergibt, ist klar und unzweideutig. Die Friedensbedingungen sollen den Ansprachen des Präsidenten gemäß sein, und der Zweck der Friedenskonferenz ist, "die Einzelheiten ihrer Anwendung zu erörtern". Die Umstände des Abkommens trugen ein ungewöhnlich feierliches und verpflichtendes Gepräge, denn eine dieser Bedingungen war, daß Deutschland Waffenstillstandsbedingungen annehmen sollte, die es wehrlos machen würden.

Nachdem Deutschland sich im Vertrauen auf das Abkommen wehrlos gemacht hatte, erforderte es die Ehre der Verbündeten, auch ihre Verpflichtungen zu erfüllen und, wenn es Zweideutigkeiten enthielt, aus ihrer Lage keinen Vorteil zu ziehen.

* Ferdinand Jean Marie Foch (1851-1929), Marschall von Frankreich im Ersten Weltkrieg. ...

Die deutsche Antwort

Die deutschen Bemerkungen über den Friedensvertragsentwurf bestanden größtenteils in einem Vergleich zwischen den Bedingungen des Abkommens, aufgrund dessen das deutsche Volk eingewilligt hatte, die Waffen niederzulegen, und den wirklichen Bestimmungen der Urkunde, die ihm dann zur Unterzeichnung vorgelegt wurde. Den deutschen Auslegern fiel es nicht schwer, zu zeigen, daß der Vertragsentwurf einen Bruch von Verpflichtungen und internationaler Sittlichkeit bedeute, der mit ihrer eigenen Schuld am Einfall in Belgien zu vergleichen sei. ...

Der Vertrag bezweckte die systematische Vernichtung der deutschen Wirtschaft.

... Das Wirtschaftssystem Deutschlands vor dem Kriege beruhte auf drei Hauptfaktoren: I. seinem Überseehandel, verkörpert in seiner Handelsflotte, seinen Kolonien, seinen Auslands-

anlagen, seiner Ausfuhr und den Überseeverbindungen seiner Kaufleute; II. der Ausbeutung seiner Kohle und seines Eisens und der darauf gegründeten Industrien; III. seinem Verkehrs- und Zollsystem. Von diesen Faktoren war der erste zwar nicht der wenigst wichtige, aber sicher der verwundbarste. Der Friedensvertrag bezweckt die systematische Vernichtung aller drei, vornehmlich jedoch der ersten beiden.<<

Gerd Schultze-Rhonhof (von 1959-1996 Angehöriger der deutschen Bundeswehr, seit 1991 Generalmajor, Autor des 2003 erschienenen Sachbuch-Bestsellers "1939 - Der Krieg, der viele Väter hatte") berichtet später über Wilsons Friedensangebote (x320/17): >>Das deutsche Drama nach dem Ersten Weltkrieg beginnt damit, daß US-Präsident Wilson der deutschen Seite noch während des Krieges einen Friedensschluß anbietet, den die Sieger später ignorieren. Wilsons Friedensangebot - die sogenannten 14 Punkte - endet mit den Sätzen:

"Wir sind nicht eifersüchtig auf die deutsche Größe, und es ist nichts in diesem Angebot, das sie verringert. ... Wir wünschen nicht, Deutschland zu verletzen oder in irgendeiner Weise seinen berechtigten Einfluß oder seine Macht zu hemmen. ... Wir wünschen nur, daß Deutschland einen Platz der Gleichberechtigung unter den Völkern einnimmt, statt eines Platzes der Vorherrschaft."

Dem US-Angebot folgen außerdem fünf Notenwechsel zwischen Deutschland und den USA, in denen beide Seiten die 14 Punkte als verbindlich anerkennen. Sie hatten damit den Charakter eines Vorvertrags. Die einzige Abtrennung deutsch besiedelten Gebietes, die schon dort vereinbart wird, ist die Abtretung Elsaß-Lothringens an Frankreich. Mit der Zusicherung "Wir wünschen nur, daß Deutschland einen Platz der Gleichberechtigung unter den Völkern einnimmt" legt Deutschland seine Waffen nieder und beginnt, seine Truppen aufzulösen. ...<<

Die deutschen Autoren Dr. Thomas Jung und Friedrich Georg schreiben später (im Jahre 2019) in ihrem Buch "1918 - Die Tore zur Hölle. Die verheimlichte Wahrheit über den Untergang des deutschen Kaiserreiches", daß US-Präsident Wilsons "14-Punkte-Friedensplan" nicht der letzte große Betrug der globalen Kriegstreiber bleibt (x340/216-217): >>... Die Kriegstreiber von heute sind wie 1914 und 1939 kühl kalkulierende, machtbesessene und menschenverachtende Hasardeure. Sie finden sich unter Spekulationsbankern und Inhabern von Rüstungsgrößkonzernen, vor allem in den transnationalen Konzernen und dem transnationalen Kapital.

Es gibt also erneut Warnungen, Wetterleuchten und Vorbeben vor einem Unglück, das sich wie schon einmal vor 1914 kaum jemand vorstellen kann. Das Ereignis ist nicht unvermeidlich, dennoch ist es wahrscheinlich.

Die endlosen Kriege der infrastrukturell und ökonomisch weitgehend verkommenen USA haben jetzt im 21. Jahrhundert nach den Worten von Willy Wimmer, einst Staatssekretär des bundesdeutschen Verteidigungsministerium, zu einer Flut von zurückkehrenden Särgen geführt, die Fragen aufwerfen. ...

Dabei deckte er eine interessante Parallele auf: Wie die Mittelmächte 1918 an einen gerechten Frieden nach den "Vierzehn Punkten" Wilsons vertrauten und die Waffen streckten, glaubte die sowjetische Führung 1990, auf die Feststellungen in den "Zwei-plus-Vier-Verträgen" zur Wiedervereinigung Deutschlands vertrauen zu dürfen, nach denen die NATO keinesfalls über die Oder als polnisch-deutsche Grenze nach Osten hinaus ausgedehnt werden sollte.

Die Russen zogen aus Osteuropa ab. Heute steht die NATO in den baltischen Staaten. Alles war Lüge.

Am Ende des Ersten Weltkrieges gingen am 11. November 1918 die Tore zur Hölle auf! Bis heute hat sie niemand wieder geschlossen.<<

Die Verluste des Ersten Weltkrieges

Der Erste Weltkrieg war mit Abstand der verlustreichste Krieg der damaligen Weltgeschichte.

Die Zahl der Kriegstoten und Verwundeten erreichte noch nicht gekannte, nie für möglich gehaltene Ausmaße. Europa ging regelrecht in Blut und Tränen unter.

Im Verlauf des Ersten Weltkrieges von 1914-18 fielen rd. 8.551.000 Soldaten (davon waren rd. 1.809.000 Deutsche) und 19.536.000 wurden verwundet (davon waren 4.247.000 Deutsche) - (x041/77, x056/319, x061/404).

Die deutsche Zivilbevölkerung blieb im Ersten Weltkrieg zwar größtenteils von direkten Kriegseinwirkungen (Kampfhandlungen, Luftangriffe etc.) verschont (Ausnahme: Ostpreußen), aber die jahrelange Hungerblockade der Ententemächte verursachte unermeßliche Leiden, Not und Entbehrungen. Während der Kriegsjahre 1914 bis 1918 erhielten die Deutschen nur unzureichende tägliche Nahrungsmittelzuteilungen, so daß in den Kriegsjahren mehr als 750.000 deutsche Zivilisten verhungerten (x049/15, x267/329).

Nach dem Waffenstillstand bekam die deutsche Bevölkerung nur noch eine tägliche Nahrungsmittelzuteilung von etwa 1.000 Kalorien (obgleich der tägliche Mindestbedarf eines Erwachsenen damals etwa 2.600 bis 3.000 Kalorien betrug). Die nach den langen Kriegsjahren ausgehungerte deutsche Bevölkerung streckte damals z.B. das Brot, indem man Getreide- und Holzmehl vermischte.

Im Verlauf der "Hungerblockade" vom 11.11.1918 bis zum 12.07.1919, die eindeutig gegen die Grundsätze des Völkerrechts verstieß, verhungerten nochmals etwa 300.000 deutsche Zivilisten, bis die Siegermächte ihren sogenannten "Friedensplan von Versailles" schließlich durchsetzen konnten (x063/521). In den anderen "Mittelmächten" starben ebenfalls Tausende den Hungertod.

Kriegsverluste des Ersten Weltkrieges (vom 19.08.1914 bis zum 11.11.1918)

Kriegsparteien, Truppenstärke, Gefallene, Verwundete und Gefangene des Ersten Weltkrieges (x041/60,77, x056/319, x061/404):

<u>Kriegsparteien</u>	<u>Truppenstärke</u> <u>1914</u>	<u>Truppenstärke</u> <u>1918</u>	<u>Gefallene</u>	<u>Verwundete</u>	<u>Kriegsgefangene</u>
Deutsches Reich	4.500.000	11.000.000	1.809.000	4.247.000	618.000
Österreich-Ungarn	3.000.000	7.800.000	1.200.000	3.620.000	2.200.000
Osmanisches Reich	-	2.800.000	325.000	400.000	.
Bulgarien	-	1.200.000	.	.	.
Mittelmächte	7.500.000	22.800.000	3.334.000	8.267.000	2.818.000
Rußland	5.970.000	12.000.000	1.700.000	4.950.000	2.500.000
Frankreich	4.020.000	7.900.000	1.280.000	2.813.000	446.000
Französische Kolonien	-	600.000	105.000	231.000	.
Großbritannien	980.000	6.704.000	705.000	1.395.000	192.000
Britisches Weltreich	-	2.296.000	242.000	727.000	.
Serbien	200.000	700.000	360.000	.	.
Italien	-	5.500.000	460.000	947.000	530.000
Rumänien	-	750.000	250.000	.	.
USA	-	1.400.000	115.000	206.000	5.000
Ententemächte	11.170.000	37.850.000	5.217.000	11.269.000	3.673.000
Gesamt	18.670.000	60.650.000	8.551.000	19.536.000	6.491.000

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet später (am 10. November 2018): >>Die Urkatastrophe

von Thorsten Hinz

Der November 1918 bescherte den Deutschen die Niederlage im Ersten Weltkrieg und die Revolution. Er markierte ein Ende und zugleich den Übergang in einen Latenzzustand, der noch hundert Jahre danach sein beunruhigendes Potential freisetzt. Um die Bedeutung und Dimension des Endes zu erschließen, muß man über den Kriegsausbruch 1914 hinaus wenigstens bis zur Reichsgründung 1871 zurückgehen.

Bis zu dem Zeitpunkt waren die deutschen Kleinstaaten und selbst Preußen als die kleinste unter den europäischen Großmächten vor allem Durchmarschgebiet, Manövriermasse, jedenfalls Objekte im europäischen Mächtespiel gewesen. Nun lebten die Deutschen im mächtigsten Land Europas, das allerdings aus geographischen, geschichtlichen und politischen Gründen permanent gefährdet war. Dieser Konflikt bildete den Ausgangspunkt für Bismarcks ausgleichende Politik, während die meisten Deutschen den rasanten Aufstieg, den das Deutsche Reich in der Wirtschaft, der Wissenschaft und dem Geistesleben nahm, für selbstverständlich und den Garanten seiner selbst hielten.

Das illusorische Gefühl der Unangreifbarkeit zeigte sich in der Erwartung eines heute vergessenen Historikers, der nächste Krieg würde "das rechte Exempel werden auf die Echtheit unserer Macht, auf die Zukunft unserer Kultur". Dieses Exempel war im November 1918 mit Aplomb gescheitert. Die deutsche Staatskunst in Berlin hatte nicht verhindern können, daß Deutschland von der halben Welt als Feind bekämpft wurde. Die Nation wurde brutal auf die Einsicht gestoßen, wie fragil der Erfolg und der Bestand ihres Nationalstaates waren.

Max Weber tobte vor Zorn

Die Reaktionen waren gespalten. Max Weber geriet außer sich vor Zorn über ein "Literatenvolk", das sich in Beichtigungen einer deutschen "Kriegsschuld" erging und den unversöhnlichen Kriegsgegnern als Kronzeuge anbot. Die Niederlage, schrieb er im Januar 1919, mußte für diese Leute unbedingt die Folge einer Schuld sein, "dann nur entsprach sie jener 'Weltordnung', welche alle solche schwachen, dem Antlitz der Wirklichkeit nicht gewachsenen Naturen allein ertragen".

Weber skizzierte hier den Typus des Unpolitischen, der die Politik aus einer rein idealistischen Perspektive betrachtet und damit verkennt. Die Neigung, politischen Herausforderungen durch moralische Selbstanklagen, den Nachweis eigener Harmlosigkeit und durch exzessive Nachgiebigkeit zu begegnen, ist bis heute eine verbreitete deutsche Eigenschaft.

Ergänzend wies der Sozialpsychologe Kurt Baschwitz auf die Wirksamkeit des "Spiegelgedankens" hin. Als die alliierte Kriegspropaganda von abgehackten belgischen Kinderhänden berichtete, projizierte sie die Praxis der belgischen Kolonialtruppen im Kongo auf Deutschland. Gleichzeitig dienten solche Greuelberichte der moralischen Selbstentlastung angesichts der über Deutschland verhängten Hungerblockade, die tatsächlich Hunderttausende deutsche Kinder Leben und Gesundheit kostete. Trotzdem waren solche Spiegelprojektionen so übermächtig - und war die deutsche Gegenpropaganda derart hilflos -, daß sie sogar bei vielen Deutschen auf Resonanz stießen.

Die Folge in der Weimarer Republik war die unversöhnliche Konfrontation zwischen Linken und Rechten, zwischen "Novemberverbrechern" und "Kriegsverbrechern", zwischen erbitterten Stahlhelmen und "Soldaten sind Mörder-Skandierern", zwischen kosmopolitischen Überzeugungstätern, die sich lieber mit dem revolutionären Rußland oder den idealisierten westlichen Demokratien identifizierten, und den zunehmend aggressiven Nationalisten. Einen nationalen Konsens für ein Gefallenen-Gedenken gab es nicht.

Es war eine europäisch-abendländische Niederlage

Diesen nach innen und außen unerträglichen Zustand hätte man nur durch eine länderübergrei-

fende "Staatsklugheit" (Baschwitz) überwinden können. Der braune Zampano aber, der 1933 die Macht ergriff, führte die innere Befriedung dadurch herbei, daß er das Pazifisten-Lager kurzerhand mit Gewalt zum Schweigen brachte. Um die Position Deutschlands im internationalen Gefüge wirklich unangreifbar zu machen, ging er mit Kontrahenten und Kriegsgegnern in einer Weise um, die jenem Horrorbild entsprach, das die Alliierten im Ersten Weltkrieg fälschlich von den Deutschen gezeichnet hatten. 1945 erschien die Propaganda von damals als eine hellsichtige Prophezeiung und damit gerechtfertigt.

Entsprechend frißt die manische Vergangenheitsbewältigung, die zunächst dem NS-Jahrzwölf galt, sich immer tiefer in die deutsche Geschichte ein. Der Erste Weltkrieg ist heute in der kollektiven Erinnerung weitgehend in die Katastrophe des Zweiten Weltkriegs eingeschmolzen und gilt als zu Recht verloren. Bei den französischen Gedenkfeiern am 11. November 2009 übertrug Kanzlerin Merkel die deutschen Bußformeln, die dem Gedenken an die NS-Zeit vorbehalten sind, unbekümmert auf das Jahr 1918.

Aufmerksame Zeitgenossen bemerkten damals schon, daß die europäischen Gewinner des Krieges genauso in den Abgrund gezogen wurden wie die unterlegenen Mittelmächte. Besonders eindrücklich hat Oswald Spengler formuliert, daß die deutsche in Wahrheit eine europäisch-abendländische Niederlage war.

Indem die Nachbarländer Deutschlands sogar Hilfstruppen aus Afrika und Asien mobilisierten, um das Herzland des eigenen Kontinents zu erstürmen, hätten die europäischen Völker die Achtung der anderen verspielt und seien "von ihrem einstigen Rang herabgestiegen. Sie verhandeln heute, wo sie gestern befahlen, und werden morgen schmeicheln müssen, um verhandeln zu dürfen. Sie haben das Bewußtsein der Selbstverständlichkeit ihrer Macht verloren und merken es nicht einmal." Heute wird Wirklichkeit, was vor hundert Jahren als Flammenschrift an der Wand erschien.<<

Deutsches Reich: Die provisorische Reichsregierung veröffentlicht am 11. November 1918 folgenden Erlaß (x243/20): >>Die Staatsbehörden und die Chefs der Reichsbehörden sind von der Reichsregierung mit der vorläufigen Weiterführung der Geschäfte beauftragt worden.

Das Eindringen unbefugter Personen in die Geschäftsräume der Reichsbehörden und die Übernahme amtlicher Geschäfte durch solche Personen ist nicht gestattet. ...<<

Österreich: Kaiser Karl I. geht am 11. November 1918 in die Schweiz ins Exil.

Der provisorische österreichische Staatsrat erklärt die Republik Österreich am 11. November 1918 zum Bestandteil der Deutschen Republik (x034/10).

Polen: Nach den "polnischen Teilungen" von 1772, 1793 und 1795 erfolgt am 11. November 1918 die Neugründung des polnischen Staates bzw. der Republik Polen (x051/447).

Der deutsche Theologe Prof. Dr. Georg May berichtet später (im Oktober 1989) in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 10 - 1989 (x853/...): >>Die Wunde gegenüber Polen

(Bökmann) Das folgende Polen-Kapitel ist dem bedeutenden Werk von Professor Georg May entnommen:

Ludwig Kaas. Der Priester, der Politiker und der Gelehrte aus der Schule von Ulrich Stutz, Band I, S. 664-677, Verlag B. R. Grüner, Amsterdam 1981. ...

I.

Der neue polnische Staat

1. Abgetrennte deutsche Gebiete

Polen war aus dem Ersten Weltkrieg als eigener Staat hervorgegangen. Seine Grenzen waren überall auf Kosten der Anrainer gezogen worden. Besonders schwer betroffen war das Deutsche Reich. Der Vertrag von Versailles¹⁾ gab Polen fast die gesamte Provinz Posen, ausgenommen einen schmalen Streifen im Westen, die Provinz Westpreußen, abgesehen von den rechts der Weichsel liegenden Kreisen, die Weichselniederung, die Kreise Flatow und Schlo-

chau und Teile einiger Kreise in Ostpreußen und Niederschlesien. In einem Gebiet von ca. 43.000 km kamen beinahe drei Millionen Menschen an Polen, von denen etwa 1,1 Millionen Deutsche waren.

Danzig und ein kleines Territorium wurden zur Freien Stadt unter dem Schutz des Völkerbundes erhoben, gleichzeitig aber Polen eine bevorzugte Stellung eingeräumt. In Südostpreußen, den vier westpreußischen Kreisen, die östlich der Weichsel lagen, und in Oberschlesien wurden Volksabstimmungen angesetzt. Polen hatte mithin in Versailles eine gewaltige Beute auf Kosten Deutschlands erhalten. Das Land war daher einer der heftigsten Verfechter des Versailler Vertrages und ein zuverlässiger Verbündeter der französischen Deutschlandpolitik.

2. Polnische Gewaltakte

Gegenüber Deutschland hatten die Polen mehrfach vollendete Tatsachen zu schaffen versucht und waren zu Gewaltunternehmen übergegangen. In Posen brach Ende Dezember 1918 ein Aufstand aus, der die Polen an die Macht brachte. Im August 1919, im August 1920 und im Mai 1921 suchten polnische Aufständische Oberschlesien gewaltsam an Polen zu binden. In erbitterten Kämpfen wehrten deutsche Selbstschutzkräfte die Angriffe ab. Deutschland suchte die Weltöffentlichkeit über die brutale Haltung Polens zu unterrichten.

Vor allem trachtete die deutsche Regierung danach, den Heiligen Stuhl über die polnischen Gewalttaten in Oberschlesien aufzuklären und seine moralische Unterstützung bei der Abwehr der polnischen Übergriffe zu gewinnen. In diese Bemühungen war auch Kaas eingeschaltet. Im Jahre 1921 reiste er im Auftrag des deutschen Reichsaußenministers Friedrich Rosen (1856-1935) nach Rom, um Papst Benedikt XV. (1914-1922) über den deutschen Standpunkt bezüglich der Abstimmung in Oberschlesien zu unterrichten. Spätestens seit dieser Zeit wandte Kaas dem deutschen Osten, vor allem Schlesien und den Deutschen in Polen, seine besondere Aufmerksamkeit zu.

3. Die Abstimmungen

Die Vorbereitungen zu den Volksabstimmungen arteten in regelrechte Kämpfe aus, bei denen begreiflicherweise der Klerus eine gewichtige Rolle spielte. Der Heilige Stuhl beobachtete das Geschehen durch den zunächst als Visitator, dann als Nuntius in Polen fungierenden Achille Rattill. Der Bischof von Breslau verbot am 21. November 1920 allen Geistlichen im ober-schlesischen Abstimmungsgebiet, sich politisch zu betätigen ohne Erlaubnis des Ortspfarrers. Den nicht in der Diözese Breslau inkardinierten Priestern untersagte er überhaupt jede politische Aktivität im Abstimmungsgebiet.

Er bewehrte seine Verbote mit der ipso facto eintretenden, dem Bischof zur Lossprechung vorbehaltenen Suspension. Der polnische Episkopat wandte sich gegen diesen Erlaß an den Papst, weil er angeblich die deutsche Seite begünstige. Der päpstliche Abstimmungskommissar Ognio Serra schwächte daraufhin in seinen Richtlinien vom 21. Dezember 1920 die Verordnung des Breslauer Bischofs dahin ab, daß er dem Klerus allgemein die politische Propaganda untersagte.

Die vom Versailler Frieden vorgesehenen Befragungen der Bevölkerung von Gebieten, die Polen für sich beanspruchte, fielen für Deutschland günstig aus. Die Abstimmung vom 11. Juli 1920) in Südostpreußen und Westpreußen erbrachte eine erdrückende Mehrheit für Deutschland. Die Abstimmung vom 20. März 1921 in Oberschlesien ergab knapp 60 % der Stimmen für Deutschland. In 664 Gemeinden gab es eine deutsche, in 597 Gemeinden eine polnische Mehrheit.

Unzufrieden über dieses Ergebnis, entfachte Wojciech Korfanty (1873-1939) im Mai 1921 den dritten polnischen Aufstand. Freiwilligentruppen stellten in verlustreichen Kämpfen die Ordnung wieder her. Nach dem Ergebnis der Abstimmung hätte Oberschlesien zur Gänze beim Deutschen Reich verbleiben müssen. Der Völkerbundsrat erstattete indes am 20. Oktober 1921 sein Gutachten über die ober-schlesische Frage, das auf die Teilung des Landes hi-

nauslief.

Der Botschafterrat wies dementsprechend in seiner Entscheidung vom 20. Oktober 1921 ein Viertel des Abstimmungsgebietes mit einer knappen Hälfte der Einwohner Polen zu. Dieser Beschluß war offenkundig ungerecht und parteiisch. Er beraubte Deutschland des wirtschaftlich wertvollsten Teils von Oberschlesien. Die Grenze zwischen Deutschland und Polen in Oberschlesien verlief zickzackförmig und sprach jeder Vernunft hohn.

Die Animosität in Deutschland gegen Polen

1. Die Bestreitung des Existenzrechtes

Die unangemessene Aufblähung des neuen polnischen Staates auf Kosten des Deutschen Reiches und seine deutschfeindliche Politik riefen in Deutschland starke Erbitterung hervor. Rechtsstehende Kreise wollten sich mit der Existenz des polnischen Staates nicht abfinden. Als ihr Sprecher kann der General Hans von Seeckt gelten. Er bezeichnete am 20. Februar 1920 Polen als den "Todfeind Deutschlands, Geschöpf und Bundesgenosse Frankreichs, Räuber deutschen Bodens, Vernichter deutscher Kultur". Um dieses Land vor dem Bolschewismus zu retten, "darf sich keine deutsche Hand rühren, und will der Teufel Polen holen, wir sollten ihm helfen".

Mit der letzten Bemerkung spielte Seeckt auf die damals siegreich in Polen vordringende Rote Armee an. Sie wurde später mit französischer Hilfe zurückgeworfen. Seeckt aber blieb seiner Haltung treu. Er schrieb am 11. September 1922: "Polens Existenz ist unerträglich, unvereinbar mit den Lebensbedingungen Deutschlands. Es muß verschwinden und es wird verschwinden durch eigene, innere Schwäche und durch Rußland - mit unserer Hilfe."

Seeckt glaubte nicht an eine lange Dauer des polnischen Staates. Er hielt ihn innerlich für wenig lebenskräftig, und er dachte daran, ihn durch deutsch-sowjetisches Zusammengehen zu beseitigen. Seeckts Auffassung war in Rechtskreisen weit verbreitet. Auch konfessionelle Motive wirkten bei dem Affront gegen Polen mit.

Für manche protestantische Kreise war Polen "ein konfessioneller Keil zwischen den beiden romfreien Ländern Rußland und Deutschland". Aber auch in der Zentrumspartei gab es unterschiedene Gegner Polens. Angeblich erklärte Josef Wirth am 24. Juli 1922: "Polen muß erledigt werden. Auf dieses Ziel ist meine Politik eingestellt."

2. Die Bejahung des Rechtes auf einen eigenen Staat

Kaas teilte diese Ansicht nicht. An dem Recht Polens, einen eigenen Staat zu bilden, hat er nie gerüttelt". Gewiß wollte er die Rechte der deutschen Minderheit in Polen gewahrt wissen. Aber "eine grundsätzliche Gegnerschaft gegen den polnischen Staat" lehnte er aus ethischen und praktischen Erwägungen ab. "Niemals haben wir daran gedacht, das Recht des polnischen Volkes auf eine eigene Staatlichkeit anzuzweifeln." Deutschland habe ja selbst an der Wiege des polnischen Staates gestanden".

Mit der letzteren Bemerkung spielte er auf die Vorgänge zur Gründung eines selbständigen Polens an, die ihm aus den Verhandlungen des zweiten Untersuchungsausschusses des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses vertraut waren. Die Mittelmächte hatten am 5. November 1916 das Königreich Polen ausgerufen und am 14. Januar 1917 in Warschau einen vorläufigen Staatsrat errichtet, der später durch einen Regentschaftsrat ersetzt worden war. Höchstwahrscheinlich kannte Kaas auch die harte Behandlung, die Preußen und Rußland ihren Untertanen polnischer Sprache jahrzehntelang hatten angedeihen lassen, und war der Ansicht, daß die Wiederherstellung Polens die verdiente Rehabilitation des geschundenen Volkes sei.

Die polnische Minderheitenpolitik

1. Der Versuch des Minderheitenschutzes

Polen war ein Nationalitätenstaat, der litauische, weißruthenische, ukrainische, tschechische, jüdische und deutsche Bevölkerungsanteile umfaßte. Eine im Jahre 1926 angestellte geheime

Berechnung ergab, daß mehr als 35 % der Bevölkerung des Landes keine Polen waren". Um so dringender war der Schutz der kulturellen Eigenart, der wirtschaftlichen Existenz und der politischen Gleichberechtigung der Minderheiten.

Er sollte durch völkerrechtliche Vereinbarungen gewährleistet werden. Der Minderheitenschutzvertrag vom 28. Juni 1919 zwischen den Alliierten und Assoziierten Hauptmächten und Polen sicherte den völkischen Minderheiten in Polen unter der Garantie des Völkerbundes freie Ausübung ihres kulturellen Erbes und Chancengleichheit in bürgerlicher und staatsbürgerlicher Hinsicht zu.

Die Genfer Konvention vom 15. Mai 1922 gewährleistete den Deutschen in Oberschlesien die Errichtung von Minderheitsschulen und -klassen und regelte wirtschaftliche und Verkehrsfragen, die sich aus der willkürlichen Abtrennung Ostoberschlesiens an Polen ergaben. Zwei internationale Gremien, das "Schiedsgericht für Oberschlesien" und die "Gemischte Kommission", sollten über die Einhaltung der Bestimmungen wachen.

2. Polnische Übergriffe

Die beiden Abkommen wurden jedoch von den Polen in der Praxis fast überhaupt nicht beachtet. Die kleineren Volksgruppen wurden vielmehr von dem polnischen Staatsvolk brutal unterdrückt. Gegenüber den Deutschen bestand eine weitverbreitete Feindseligkeit, die sich häufig bis zum offenen Haß steigerte. Unterlegenheitsgefühle mischten sich in wunderlicher Weise mit Anmaßung und Großmannssucht. Der polnische Chauvinismus arbeitete rücksichtslos an der Beseitigung des Deutschtums.

Die Deutschen sollten entweder im Polentum aufgehen oder das Land verlassen". In der Tat wanderten aus Posen und Westpreußen von 1919 bis 1926 teils freiwillig, teils unter Druck etwa 600.000 Deutsche in das Deutsche Reich ab. Wer in Polen blieb und an seinem Deutschtum festhielt, hatte Nachteile bis zur Existenzvernichtung zu gewärtigen. Die deutsche Sprache und die deutsche Kultur wurden systematisch unterdrückt.

3. Deutsche Proteste

Die "Germania" beobachtete die beinahe unaufhörlichen polnischen Übergriffe peinlich genau. Auch Kaas verfolgte das Wüten des polnischen Chauvinismus mit Empörung und geißelte es in der Öffentlichkeit. Im Jahre 1926 kritisierte er die intransigente Politik Polens, vor allem "seine durch skandalöse Einzelheiten belegbare, bis in das Heiligtum der kirchlichen und religiösen Freiheit brutal hineingreifende Minderheitenpolitik" und "seine vertragswidrige Schulpolitik zu offenkundigem Nachteil der deutschen Minderheiten".

Damit spielte Kaas auf polnische Geistliche an, die in vielen deutschen Gemeinden keinen deutschen Gottesdienst und keinen deutschen Religionsunterricht duldeten, und auf die Behörden, welche die deutschen Schulen zu erdrosseln suchten. Die Rettung der polnischen Wirtschaft durch den Bergarbeiterstreik in England habe "vorläufig den wirtschaftlichen Zwang zur politischen Vernunft in Polen gemildert". Kaas schloß mit den Worten: "Keine deutsche Politik kann auf die Korrektur der deutsch-polnischen Grenzfragen verzichten."

Im Reichstag brandmarkte Kaas mehrfach das gegen Völker- und Menschenrecht verstoßende Vorgehen Polens, aber auch Litauens gegen seine Minderheiten. Am 22. März 1927 sprach er von den Deutschen in Ostoberschlesien als einer "schwer bedrückten und durch eine gewalttätige Woiwodenpolitik in ihren natürlichen und vertragsmäßigen Rechten gehinderten ... Minderheit".

Am 23. Juni 1927 stellte Kaas im Namen der Regierungsparteien seine Befriedigung über "das entschiedene Eintreten der deutschen Delegation (beim Völkerbund) zugunsten der in ihren statutarisch festgelegten Rechten verletzten Memeldeutschen" fest. Darin liege die Anerkennung des Reiches "als des naturgegebenen Anwalts für die Wahrung und Sicherung der Rechte seiner jenseits der deutschen Landesgrenzen wohnenden Volksgenossen".

Gegenüber Polen erschöpfte sich selbst die Geduld des so friedfertigen und versöhnlichen

Kaas. Am 19. November 1928 stellte er fest, in der oberschlesischen Schulfrage versuche Polen immer mehr, "den deutschen Rechtsstandpunkt auszuhöhlen". Er empfahl dem Außenminister, bei künftigen Verhandlungen über die Minderheitsrechte der Deutschen in Polen "nicht mehr so kompromißwillig zu sein", wie er es früher gewesen sei.

"Ein weiteres Nachgeben auf diesem Gebiete würde eine Zerstörung, eine Kompromittierung deutschen Rechts und deutscher Zukunftsmöglichkeiten darstellen, das meine politischen Freunde und vor allem diejenigen, die diesen Verhältnissen besonders nahe stehen, nicht verantworten können." Stresemann nahm diese Warnung von Kaas ernst. Auf der Tagung des Völkerbundsrates in Lugano im Dezember 1928 trat er wegen der Minderheitenfrage dem polnischen Außenminister scharf entgegen.

Kaas war auch erbittert über die Undankbarkeit der Polen. Auf dem Ostparteitag der Zentrumspartei in Breslau am 14. April 1929 erinnerte er bezüglich der Minderheitenpolitik daran, wie sich gerade Männer des Zentrums in früherer Zeit teilweise heroisch für die Rechte der polnischen Minderheit eingesetzt hätten. Die Polen sollten jetzt ihrerseits die Rechte der deutschen Minderheit respektieren. In diesem Zusammenhang sprach Kaas die prophetischen Worte, "daß diese Minderheitenfrage der Angelpunkt des europäischen Friedens ist.

Entweder entschließen sich die durch den Krieg neu entstandenen Staaten dazu, großzügig zu sein gegen ihre Minderheiten, oder sie dürfen sich nicht wundern, wenn die so hervorgerufenen Explosivkräfte sich früher oder später gegen sie selbst wenden."

Die deutschen Delegierten beim Völkerbund und der deutsche Außenminister hätten die in den Genfer Abmachungen von 1922 festgelegten Rechte der deutschen Minderheit in Oberschlesien nicht rigoros geltend gemacht, sondern "mehr als einmal beachtliche Teile unseres geschriebenen Rechtes geopfert, um daran das Friedenskompromiß nicht scheitern zu lassen". Wenn sich das deutsche Entgegenkommen nicht auszahlen sollte, dann müsse in Zukunft energisch gefordert werden, "daß der Buchstabe des Rechts erfüllt wird, weil wir dann die Hoffnung verloren haben, daß sein Geist noch respektiert wird".

In seiner großen programmatischen Rede "Nicht rückwärts - vorwärts!" bezeichnete Kaas als die dringlichsten Fragen der deutschen Außenpolitik die Reparationsregelung, die Abrüstungsfrage und den Schutz der nationalen Minderheiten. "Was bei den polnischen Wahlen unseren deutschen Minderheiten und anderen geschehen ist, ist ein Hohn auf die Kulturschauungen des 20. Jahrhunderts."

Kaas war in seinen Äußerungen stets vorsichtig und überlegt. Wenn er gegenüber Polen so scharfe Wendungen gebrauchte, dann ergeben sich daraus die Ungeheuerlichkeit des polnischen Verhaltens ebenso wie sein eigenes leidenschaftliches Engagement in Sachen der deutschen Volksangehörigen in Polen.

IV.

Provozierende polnische Außenpolitik

1. Die Spannungen mit Deutschland

Die Außenpolitik des neuen polnischen Staates war von einem rücksichtslosen Nationalismus geprägt. Die weithin bestehende Unsicherheit gegenüber dem Deutschen Reich wurde durch provozierende Arroganz kompensiert. Von 1920 bis 1925 bestanden daher fortwährende Spannungen zwischen Deutschland und Polen. Aber auch nach 1925 besserten sich die Beziehungen der beiden Länder wenig. Kaas gab Polen die Hauptschuld an dieser Lage. Am 22. März 1927 sprach er von der "polnischen Intransigenz".

An Konfliktsherden zwischen Deutschland und Polen fehlte es nicht. Namentlich die Unklarheit der völkerrechtlichen Stellung Danzigs führte unaufhörlich Mißhelligkeiten herauf. Leonhard von Muralt nannte den Weichselkorridor und Danzig "das schwierigste, ja 'das' unlösbare Problem der Friedenspolitik. Frank Thiess sah in dem Status Danzigs und in der Existenz des "polnischen Korridors" "eine Wunde, die am Bluten gehalten wurde und, solange sie bestand,

den Frieden gefährden mußte".

Polen betrieb gegenüber seinem westlichen Nachbarn eine Politik der Drohung und der Herausforderung. Es veranstaltete an den deutschen Grenzen Manöver, die der Einschüchterung und der Abschreckung dienen sollten, und erwog zeitweilig sogar einen Präventivkrieg. In den Jahren 1930 bis 1932 wurden in Polen immer wieder Erwägungen über militärische Operationen gegen das Deutsche Reich angestellt.

Die Beziehungen zwischen Polen und dem Deutschen Reich blieben unter diesen Umständen während der gesamten Dauer der Weimarer Republik gespannt. Sie besserten sich nach der Berufung Hitlers zum Reichskanzler nicht. Am 6. März und im April 1933 traf Polen erneut militärische Vorbereitungen. Hitlers Außenpolitik gegenüber Polen schlug einen anderen Weg ein, als man ihn in der Weimarer Republik gegangen war.

2. Die Bemühungen um Ausgleich

Kaas wollte den deutschen Rechtsstandpunkt gegenüber Polen gewahrt wissen, lehnte aber den Zustand eines permanenten Konfliktes ab. Er dachte in europäischen Zusammenhängen und fürchtete die Auswirkungen der Auseinandersetzungen zwischen Deutschland und Polen auf Frankreich".

Er wußte, daß die öffentliche Meinung in Frankreich eine besondere Vorliebe für Polen hatte und heftig auf alles reagierte, was eine wirkliche oder vermeintliche Verletzung der Würde und der Integrität seines östlichen Verbündeten war. Am 22. März 1927 sprach Kaas im Reichstag die polnische "Ausweisungspraxis" und die "Niederlassungsfrage" an. Den Abbruch der Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen wegen eines ostoberschlesischen Ausweisungsfalles hielt er für eine überzogene Reaktion.

Zusammen mit der Bildung der neuen Regierung habe er "alle Geister des Mißtrauens im Ausland" geweckt. Er forderte eine Wiederaufnahme der Verhandlungen. Einen "Handelskrieg mit Polen" lehnte er ab". Die Erwartung, Polen könne durch wirtschaftlichen Druck zur Grenzrevision veranlaßt werden, sei "eine Illusion". Kaas ließ keinen Zweifel daran, daß seine Partei "an den grenzpolitischen grundsätzlichen Ansprüchen" gegenüber Polen, "an der Forderung der Korrektur des Unrechts, das in Oberschlesien, im Korridor und in Danzig geschehen ist", festhalte. Indes müsse zwischen dringlichen Gegenwartsfragen und zukünftigen Regelungen unterschieden werden.

Für jetzt seien friedliche Wirtschaftsbeziehungen und kulturelle Zusammenarbeit die beste Voraussetzung, um letztere zu erreichen. In der Behandlung der deutschen Minderheit müsse sich "nicht nur gesetzgeberisch, sondern auch in der bisher schikanösen Verwaltungspraxis" etwas ändern, wenn zwischen Polen und Deutschland ein gutnachbarliches Verhältnis hergestellt werden solle.

Diese emotionslosen Ausführungen von Kaas wiesen einen Weg, auf dem die ärgsten Spannungen ausgeräumt werden konnten. Man sollte miteinander verhandeln und wirtschaftliche Beziehungen pflegen; dadurch könne eine gewisse Annäherung erreicht werden. Die beiden Länder waren wirtschaftlich aufeinander angewiesen. Der polnische Agrarexport nach Deutschland und der deutsche Industrieexport nach Polen vermochten sich in glücklicher Weise zu ergänzen.

Die Frage der Revision der deutschen Ostgrenze war zumindest im Augenblick unlösbar; sie war auch eine schwere Hypothek für die Zukunft. Daß Polen freiwillig einer Grenzkorrektur zugestimmt hätte, ist unwahrscheinlich. Auf dem Ostparteitag des Zentrums in Breslau am 14. April 1929 griff Kaas das Thema erneut auf.

Er wünschte von Polen "einen etwas verbindlicheren Verkehrston", als er bisher üblich gewesen sei. Er stehe "auf dem Boden der Bejahung des polnischen Rechts auf einen eigenen Staat". Aber die Wirtschaftsbeziehungen müßten sich bessern, denn so, wie sie jetzt seien, litten beide Nachbarn. "Wir wollen Wirtschaftsfrieden, aber nicht unter dem Preis des Lebens

unserer Grenzlandwirtschaft."

Die versöhnlichen Worte, die Kaas an Polen richtete, wurden dort nicht honoriert. In der polnischen Presse schlug ihm vielmehr eine Welle von Beschimpfungen und Vorwürfen entgegen.

V.

Die Revision der deutschen Ostgrenze

1. Die Übereinstimmung der Regierungen und der Parteien der Weimarer Republik

Die Weimarer Republik weigerte sich beharrlich, die deutsch-polnische Grenze als endgültig anzuerkennen. Die deutschen Regierungen sahen die in Versailles diktierte deutsche Ostgrenze für ebenso unannehmbar an wie den gesamten Friedensvertrag.

Walther Hubatsch hat richtig festgestellt, daß kein einziges Kabinett in der Zeit der Weimarer Republik die deutschen Ostgrenzen "hingenommen" hat, daß vielmehr "die revisionistische Strömung gegen den Versailler Vertrag ... im Auslande auf keinem anderen Gebiet so stark gewesen (ist) wie auf dem der Grenzziehungen im Osten". Selbst der konziliante Stresemann hielt an der Revision der Ostgrenze als einer unbedingten Notwendigkeit fest.

Für ihn war die friedliche Grenzregulierung gegenüber Polen ein unverrückbares außenpolitisches Ziel. Auf der Locarno-Konferenz weigerte sich die deutsche Regierung, die ihr angebotene Garantie für die Ostgrenze abzugeben. Der Vertrag von Locarno gewährleistete daher die deutsch-polnische Grenze nicht. Die aus Angst, Haß und Erbitterung gemischte deutsch-feindliche Stimmung in Polen erklärt sich zum Teil von daher.

Die Haltung der deutschen Regierung war zum großen Teil von der Rücksicht auf die Einstellung im Volk bestimmt. Die meisten Deutschen ohne Unterschied der parteipolitischen Einstellung sahen die deutsch-polnische Grenze, wie sie der Vertrag von Versailles geschaffen hatte, als unerträglich an. Die deutschen Parteien waren sich darin einig, daß die Ostgrenze revidiert werden müsse.

Es ist richtig festgestellt worden, daß es "in den außenpolitischen Fragen der Weimarer Republik wohl kein zweites Problem" gab, "worüber solche Einstimmigkeit aller Parteien im Reichstag herrschte". Die radikalen Parteien lehnten die Locarno-Verträge u.a. deswegen ab, weil sie ihrer Meinung nach die Revision der deutschen Ostgrenze ausschlossen. Bis zum Ende der Weimarer Republik wehrten sich Vertreter aller Parteien leidenschaftlich gegen ein "Ost-Locarno".

2. Die Stellung des Zentrums

Das Zentrum machte in der Frage der Revision der deutschen Ostgrenze keine Ausnahme. Seine Sprecher drückten sich in dieser Hinsicht eindeutig aus. Ulitzka sah in der deutsch-polnischen Grenze ein Provisorium, das bereinigt werden müsse". Ebenso bezeichnete Brüning am 24. Mai 1932 im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags eine Garantie der polnischen Westgrenze als "für uns untragbar".

Kaas teilte diese Ansicht. Am 9. Mai 1927 erklärte er in Köln, eine "Locarnisierung der Ostgrenze" wäre "ein schreiendes Unrecht gegen die Existenz- und Selbstbestimmungsrechte des deutschen Volkes". Die deutsch-polnische Grenze stelle "eine politische und wirtschaftliche Unmöglichkeit" dar. Diesen Feststellungen setzte Kaas aber die Aufforderung bei, auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet zu einer erträglichen Zusammenarbeit mit Polen zu kommen. Er forderte beiderseitiges christliches Entgegenkommen, um die ungeheuren Schwierigkeiten zwischen den beiden Ländern zu überwinden.

Die letzte Bemerkung zeigt, daß Kaas unter der Tatsache litt, daß zwei christliche Völker es nicht vermochten, zu einem friedlichen und freundschaftlichen Zusammenleben zu finden. Allerdings spielte die dem Zentrum vergleichbare Partei der "Christlichen Demokratie" im politischen Leben der polnischen Republik keine große Rolle. Im übrigen wurde der Katholizismus dort zwar aus politischen Gründen betont; aber christliche Maximen wurden in der

Praxis kaum beachtet.

Auf dem Ostparteitag der DZP in Breslau am 14. April 1929 sagte Kaas, die Grenzziehung im Osten sei "ein wirtschaftlicher Nonsens, ein Experiment mit explosiven Möglichkeiten". Nicht durch kriegerische Maßnahmen, sondern durch die Waffe des Rechts kämpfe Deutschland um eine Änderung dieses Zustands. An die "Möglichkeit einer naheliegenden Grenzkorrektur" glaube er nicht. Gewaltanwendung komme nicht in Frage. Das waren mutige Worte. Denn sie stießen auf eine gerade im deutschen Osten besonders starke Animosität gegen Polen, die nicht selten mit dem Gedanken spielte, die verlorenen deutschen Gebiete durch Kampf zurückzuholen. Kaas appellierte gegenüber dieser leidenschaftlichen Ablehnung an die Vernunft und an das Recht.

Zwei Jahre später hob Kaas seinen Standpunkt erneut mutig hervor. Am 10. Februar 1931 sagte er im Reichstag in bezug auf den östlichen Nachbarn des Reiches: "Aber gegenüber der Grenzen, gegenüber dem Ausmaß, das dieser Staat in Versailles teilweise auch zum Schaden seiner eigenen wohlverstandenen Interessen gefunden hat, haben wir sachliche Bedenken, und wir müssen uns das Recht wahren, festzustellen, wo die Mindestgrenze deutschen Rechtsanspruches verläuft."

Diese Forderung brauche "nicht zu hindern, daß man auch schon in der Gegenwart versucht, zu einem nachbarlichen Verhältnis zu kommen und dadurch eine Atmosphäre zu schaffen, in der eine förderliche Weiterbehandlung der zwischen den beiden Staaten hängigen Dissonanzen überhaupt erst möglich wird". Man sieht, daß bei Kaas die Anmeldung des Revisionsanspruchs stets mit dem Appell, erträgliche Beziehungen zwischen den beiden Ländern herzustellen, gekoppelt war.

Auch im Ausland machte Kaas kein Hehl aus seiner Überzeugung, daß Deutschland im Osten verlorene Gebiete zurückerhalten müsse. Als französische Parlamentarier in Genf ihn nach dem Verhältnis Deutschlands zu Polen befragten, antwortete er, Deutschland bejahe zwar "die Existenz und Unabhängigkeit des polnischen Staates als eine europäische Notwendigkeit"; aber "die friedliche Revision" der polnischen Westgrenze sei "ebenfalls eine europäische Notwendigkeit".

Nach Kaas hätten die französischen Parlamentarier für diesen Standpunkt volles Verständnis gehabt. In der Tat gab es nicht wenige ausländische Stimmen, die den deutschen Revisionsanspruch als berechtigt anerkannten. Eine Erfüllung war ihm nicht beschieden. Als Hitler daran ging, das Problem der deutschen Ostgrenze gewaltsam zu lösen, stolperte er in den Zweiten Weltkrieg hinein. Als seine Folge verlor Deutschland mehr Gebiet im Osten, als es bei einer Revision der deutsch-polnischen Grenze hätte zurückgewinnen können. ...<<

12.11.1918

Deutsches Reich: Die provisorische deutsche Regierung (Vorsitz: Friedrich Ebert) verkündet am 12. November 1918 (x128/102-103):

>>An das deutsche Volk!

Die aus der Revolution hervorgegangene Regierung, deren politische Leitung rein sozialistisch ist, setzt sich die Aufgabe, das sozialistische Programm zu verwirklichen. Sie verkündet schon jetzt mit Gesetzeskraft folgendes:

1. Der Belagerungszustand wird aufgehoben.
2. Das Vereins- und Versammlungsrecht unterliegt keiner Beschränkung, auch nicht für Beamte und Staatsarbeiter.
3. Eine Zensur findet nicht statt, die Theaterzensur wird aufgehoben.
4. Meinungsäußerung in Wort und Schrift ist frei.
5. Die Freiheit der Religionsausübung wird gewährleistet. Niemand darf zu einer religiösen Handlung gezwungen werden.
6. Für alle politischen Straftaten wird Amnestie gewährleistet. Die wegen solcher Straftaten

anhängigen Verfahren werden niedergeschlagen. ...

9. Die seit Beginn des Krieges aufgehobenen Arbeitsschutzbestimmungen werden hiermit wieder in Kraft gesetzt.

Weitere sozialpolitische Forderungen werden binnen kurzem veröffentlicht werden, spätestens am 1. Januar wird der 8stündige Maximalarbeitstag in Kraft treten. Die Regierung wird alles tun, um für ausreichende Arbeitsgelegenheiten zu sorgen. Eine Verordnung über die Unterstützung von Erwerbslosen ist fertiggestellt. ... Die Wohnungsnot wird durch die Bereitstellung von Wohnungen bekämpft werden. Auf die Sicherung einer geregelten Volksernährung wird hingearbeitet werden.

Die Regierung wird die geordnete Produktion aufrechterhalten, das Eigentum gegen Eingriffe Privater, sowie die Freiheit und Sicherheit der Person schützen.

Alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften sind fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht aufgrund des proportionalen Wahlsystems für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen.

Auch für die konstituierende Versammlung, über die nähere Bestimmung noch erfolgen wird, gilt dieses Wahlrecht. ...<<

Österreich: Die provisorische österreichische Nationalversammlung nimmt am 12. November 1918 ein neues Verfassungsgesetz an.

Artikel I der vorläufigen österreichischen Verfassung lautet (x063/525): >>Deutsch-Österreich ist ein Bestandteil der Deutschen Republik. ...<<

Spätere Volksabstimmungen ergeben überwältigende Mehrheiten für den Anschluß an das Deutsche Reich.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den "Anschluß" Österreichs an das Deutsche Reich (x051/25-26): >>Anschluß ... Der Anschlußgedanke reichte zurück bis in die Freiheitskriege (1813/15) und meinte die Vereinigung der deutschsprachigen Gebiete Österreichs mit Deutschland. Ihr standen Partikularinteressen, Bismarcks kleindeutsche Politik und der Vielvölkercharakter der habsburgischen Monarchie lange entgegen. Erst nach deren Untergang im 1. Weltkrieg rückte ein Anschluß politisch in greifbare Nähe, gefördert noch durch wirtschaftliche Existenzsorgen des deutsch-österreichischen Rumpfstaates nach der Niederlage.

Die provisorische österreichische Nationalversammlung nahm am 12.11.18 ein Verfassungsgesetz an, das Deutsch-Österreich einschließlich des Sudetengebietes zum Bestandteil der Deutschen Republik erklärte; am 12.3.19 einstimmig bestätigt.

Der Friedensvertrag von Saint-Germain aber untersagte selbst die Bezeichnung Deutsch-Österreich, machte eine Änderung der österreichischen Selbständigkeit von der Zustimmung des Völkerbundes abhängig und damit vorerst illusorisch; in der österreichischen Bundesverfassung vom 10.10.20 fehlte daher ein Anschlußpassus, und aus der Weimarer Verfassung mußte auf Druck der Alliierten am 22.9.19 der Artikel 61 gestrichen werden, der Österreich bis zum Anschluß (eine) beratende Stimme im Reichsrat gewährte.

Diese massive Mißachtung des Selbstbestimmungsrechts trug nicht unwesentlich zur Diskreditierung der Friedensverträge bei und sicherte der Anschlußagitation weit über nationale Kreise hinaus Aufmerksamkeit. Wie wirksam sie war, zeigen die immer neuen, v.a. französischen Forderungen, Österreichs Selbständigkeit festzuschreiben: 1922 mußte Wien für 20 Jahre auf einen Anschluß verzichten, um eine Völkerbundsanleihe zu bekommen, 1931 wurde eine deutsch-österreichische Zollunion von den Großmächten torpediert, 1932 im Lausanner Protokoll eine Anleihe erneut vom Anschlußverzicht abhängig gemacht.

Das führte zu erheblichen innenpolitischen Schwierigkeiten, weil fast alle österreichischen Parteien im Programm auf den Anschluß festgelegt waren. Erst nach Hitlers Machtergreifung im Reich strichen Christlich-Soziale wie Sozialdemokraten entsprechende Forderungen; auch

die katholische Kirche wandte sich vom Anschlußgedanken ab und förderte die österreichische Eigenstaatlichkeit. Das Feld der Anschlußpolitik blieb der Großdeutschen Volkspartei und den österreichischen Nationalsozialisten überlassen.

Und das in zweierlei Sinn: Auch Hitler nämlich stellte zunächst Anschlußforderungen aus taktisch-außenpolitischen Gründen zurück, da die Redlichkeit seiner Friedensbeteuerungen nicht zuletzt am politischen Verhältnis zu seinem Heimatland gemessen werden würde; die Presse erhielt Anweisung, das Wort "deutsch-österreichischer Anschluß" zu meiden (22.6.33). Das änderte allerdings nichts an dem schon in "Mein Kampf" gleich einleitend formulierten Ziel: "Deutsch-Österreich muß wieder zurück zum großen deutschen Mutterlande", eine Kernforderung nicht nur im Rahmen der Revisionspolitik, sondern auch weltanschaulich: "Gleiches Blut gehört in ein gemeinsames Reich." ...<<

13.11.1918

Österreich: Die Sudetendeutschen erklären am 13. November 1918 den Anschluß an Deutsch-Österreich (x184/19).

14.11.1918

Afrika: In Deutsch-Ostafrika schließen die letzten deutschen Truppen (Kommandeur: Generalmajor Paul von Lettow-Vorbeck, 1870-1964) am 14. November 1918 eine Waffenstillstandsvereinbarung.

Während der Kämpfe um die deutschen Kolonien (vom 7.11.1914 bis zum 14.11.1918) setzten die Briten und Japaner über 120.000 Soldaten gegen das zahlenmäßig schwache deutsche Ostafrika-Korps ein (nur 155 deutsche Soldaten und rund 4.200 ostafrikanische Soldaten). Die deutschen Truppen verteidigten sich jedoch äußerst geschickt. Bis zum Kriegsende konnten die überlegenen Angreifer das deutsche Ostafrika-Korps, daß von tapferen und treuen afrikanischen Hilfstruppen unterstützt wurde, nicht entscheidend besiegen (x041/67).

16.11.1918

Ungarn: Am 16. November 1918 erfolgt die Gründung der Ungarischen Republik.

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1956 über das Deutschtum in Ungarn nach dem Ersten Weltkrieg (x008/3E-21E): >>... Siedlungsgebiete.

Ungarn in seinen Grenzen von 1937 - in der Literatur als Trianon-Ungarn, Rest- oder Rumpf-ungarn bekannt - umfaßte nach der amtlichen Volkszählung von 1930 eine Bevölkerung von 8.688.319 Seelen. Der am 4. Juni 1920 unterzeichnete Vertrag von Trianon hatte das alte Königreich Ungarn mit seinen Nebenländern Kroatien-Slawonien - die zusammengefaßt eine Bevölkerungszahl von 20.886.487 Menschen aufwiesen - durch radikale Gebietsbeschneidungen auf ein Kernland beschränkt, dessen Bewohner mit Ausnahme der kleinen deutschsprachigen Minderheit, die nur 6,9 %, und einiger slawischer Splittergruppen, die zusammen mit den wenigen Rumänen 3,5 % der Gesamtbevölkerung ausmachten, Madjaren waren.

Bei der staatlichen Neuordnung des Südostraums sollten vor allem die Ansprüche der von den Siegermächten unterstützten Nachfolgestaaten befriedigt werden. Es wurden daher auch die zahlreichen Gebiete mit Mischbevölkerung, die sich durch die außerordentlich starke Verzahnung der einzelnen Nationalitäten ergaben, von Ungarn abgetrennt und damit das verkleinerte Rumpfungarn von Randstaaten mit madjarischen Minderheiten umgeben.

Rücksicht auf deutsches Volkstum, das in größeren und kleineren Sprachinseln einen erheblichen Prozentsatz der Bevölkerung des alten Königreichs Ungarn ausgemacht hatte, wurde dabei nur in einem Fall, der Aufrollung der Burgenlandfrage, genommen.

Ein Teil Westungarns fiel als neuer Verwaltungsbezirk Burgenland an Österreich; ein schmaler Streifen mit deutschen Mehrheitsgemeinden, vor allem die Hauptstadt der Landschaft, Ödenburg, verblieb bei Ungarn, da sich hier in einer erzwungenen und von den ungarischen Behörden vorbereiteten Abstimmung 65 % der Bevölkerung für das Verbleiben im alten Staat

entschieden hatten. Die übrigen Grenzziehungen beachteten deutsches Siedlungsgebiet nicht, und wenn z.B. die Siebenbürger Sachsen als geschlossene Gruppe dem rumänischen Staat zufielen, so verdankten sie dies nur der Tatsache, daß Siebenbürgen als rumänisches Siedlungsgebiet angesehen wurde.

In anderen Fällen liefen die neuen Grenzen mitten durch Gebiete mit deutscher Mehrheit. Landschaften, die als zusammenhängendes deutsches Siedlungsgebiet angesehen werden mußten, wurden unter die Staatshoheit von zwei oder gar drei der neugeschaffenen Länder gestellt. Das Banater Deutschtum gehörte jetzt zu ungefähr zwei Dritteln zu Rumänien, der linke Uferstreifen der Theiß zu Jugoslawien und die nördlichen Ausläufer zu Ungarn.

Die reiche Batschka, ebenfalls deutsches Siedlungsgebiet, fiel in der Masse an Jugoslawien, die nördlichen Bezirke blieben bei Ungarn. Auch von der Schwäbischen Türkei, die Ungarn in der Mehrheit erhalten blieb, wurde das Gebiet im Winkel zwischen der Donau und dem Unterlauf der Drau - das Baranyadriek - abgetrennt und zu Jugoslawien geschlagen.

Es soll an dieser Stelle nicht untersucht werden, wie weit die neuen Grenzziehungen etwa vom Standpunkt historischer Überlieferung, geographischer Zusammengehörigkeit oder des Nationalitätsprinzips als berechtigt erschienen und ob sich günstigere Lösungen hätten finden lassen. Aus dem kurzen Überblick geht aber hervor, daß wie für die Madjaren, so auch für die "Schwaben" die Friedensschlüsse des ersten Weltkrieges eine staatliche Aufspaltung bedeuteten und daß Bezeichnungen wie "Banater Schwaben" oder "Batschka-Deutsche" nur als siedlungsgeographischer Begriff anzuwenden sind und die staatliche Aufteilung nicht berücksichtigen.

Da Ungarn durch die beiden Wiener Schiedssprüche von 1938 und 1940 sowie durch die Besetzung der Karpaten-Ukraine im Frühjahr 1939 im Norden und Osten und 1941 nach der Besetzung Jugoslawiens auch im Süden weite Gebiete an sich ziehen konnte und da alle diese Annexionen mit dem Zusammenbruch 1944/45 wieder annulliert wurden, ist es notwendig, um Mißverständnisse zu vermeiden, in dieser Betrachtung vom Staatsgebiet Ungarns zu einem bestimmten Zeitpunkt als regionaler Einheit auszugehen.

Die folgenden Ausführungen beziehen sich, soweit es nicht ausdrücklich anders vermerkt wird, ausschließlich auf das Ungarn in seinem Umfang von 1920-1937, d.h. in den im Vertrag von Trianon festgelegten Grenzen. Ausdrücke wie Batschka oder Westungarn bezeichnen damit auch immer nur den bei Restungarn verbliebenen Teil dieser Landschaften. Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß die durch die Gebietserwerbungen zwischen 1938 und 1941 unter ungarische Herrschaft gekommenen deutschen Volksgruppen die politischen und militärischen Ereignisse des Zweiten Weltkrieges ganz oder größtenteils innerhalb des ungarischen Staatsverbandes erlebten.

Das ungarländische Deutschtum bewohnte als Ganzes nicht einen in sich geschlossenen Siedlungsbereich, sondern verteilte sich über den ganzen Süden und Westen des Staates in nicht genau abgegrenzten, aber doch in sich zusammenhängenden Gebieten verschiedener Größe und Struktur.

Es ist auch geschichtlich gesehen nicht einheitlich, sondern entstammt im wesentlichen zwei Siedlungsphasen: während das Deutschtum an der Westgrenze Ungarns schon im Zuge der großen Südostbewegung des bayrisch-österreichischen Stammes diese Siedlungsgebiete erreicht hatte und damit auf das 12. und 13. Jahrhundert, in den Anfängen vielleicht sogar auf die Karolingerzeit zurückgeht, läßt sich die deutsche Bevölkerung im übrigen Ungarn geschichtlich auf die große "Impopulation" und wirtschaftliche Entwicklung Ungarns nach der Befreiung von den Türken zurückführen.

So sind die meisten deutschen Ansiedlungen im 18. Jahrhundert zwischen dem Frieden von Passarowitz (1718) und der Regierungszeit Josephs II. (1780-90) mit den Mitteln staatlich gelenkter, zum geringeren Teil grundherrschaftlicher Kolonisation entstanden.

Als größtes und geschlossenstes Siedlungsgebiet erstreckte sich in dem Winkel zwischen Donau und Drau, dicht an die Donau angelehnt und in einem Bogen um die Komitatstadt Fünfkirchen (Pécs) herum nach Norden und Westen auslaufend, die "Schwäbische Türkei", eine, wie der schon im 19. Jahrhundert gebräuchliche Name aussagt, durch ihren "schwäbischen" Charakter bestimmte Landschaft. Verwaltungstechnisch gesehen gehörte sie zu den Komitaten Baranya im Donau-Drau-Winkel, Tolna, das nördlich angrenzte, und Somogy, das das weite Tiefland im Westen bis zum Plattensee einschloß.

Ostwärts der Schwäbischen Türkei schloß sich am linken Donauufer das Komitat Bács-Bodrog mit der Restgruppe der bei Ungarn verbliebenen Batschkadeutschen an, die sich hauptsächlich in den beiden Bezirken Baja und Bácsalmás an der jugoslawischen Grenze zusammendrängten. Noch weiter nach Osten, entlang der rumänischen Grenze, fanden sich in dem Komitat Csanád-Arad-Torontál eine Reihe von Gemeinden mit deutschsprachiger Bevölkerung, die dem Banater Deutschtum zugehörten; sie wirkten im ungarischen Staatsverband wie eine Splittergruppe, da die Staatsgrenzen sie von ihren Landsleuten im jugoslawischen und rumänischen Banat abschnitten.

Eine zweite große deutschsprachige Gruppe hatte sich um Budapest angesiedelt; besonders die westlichen Vororte der Landeshauptstadt - Großgemeinden mit einem wohlhabenden Bauerntum - beherbergten eine fast rein deutsche Bevölkerung. Das Deutschtum bildete hier eine Sprachinsel, die sich besonders vom Süden und Westen her eng um die ungarische Hauptstadt herumlegte; verwaltungsmäßig gehörte sie zum Komitat Pest-Pilis-Solt-Kiskún. Im gleichen Komitat, das fast den gesamten Raum zwischen Donau und Theiß nördlich der Batschka einschloß, fanden sich noch einzelne deutsche Siedlungen, teils in rein madjarischer Umgebung wie Ceglédbercel oder donauaufwärts Harta, teils in unmittelbarer Nachbarschaft der Batschka, wie Hajos.

Von Budapest aus nach Norden in den Komitaten Nógrad, Hont und Esztergom (Gran) und nach Westen hin, im Schildgebirge und daran anschließend in dem nach Südwesten sich hinziehenden Bakonywald bis an das nördliche Ufer des Plattensees in den Komitaten Komárom, Fejér (Weißenburg) und Veszprém, dehnte sich eine weite deutsche Streusiedlung aus.

Sie hatte wohl unmittelbaren Anschluß an das Budapester Deutschtum, unterschied sich aber dadurch von ihm, daß die einzelnen deutschen Gemeinden - häufig auch hier noch deutsche Mehrheitsgemeinden - keine geschlossene Sprachinsel mehr bildeten, sondern in größeren und kleineren Zusammenballungen weil über das Land verteilt und erheblich stärker als das Kerngebiet der "Schwäbischen Türkei" oder die westlichen Vororte Budapests mit madjarischen Siedlungsgruppen durchsetzt waren.

Deutlich abgesetzt von den deutschen Streusiedlungen nördlich des Plattensees zog sich entlang der ungarisch-österreichischen Grenze ein verhältnismäßig schmaler und häufig unterbrochener Streifen alten deutschen Siedlungsgebietes hin. Es war der Teil des westungarischen Deutschtums, der bei der Abtretung des Burgenlandes an Österreich im alten Staatsverband verblieben war.

Diese einzelnen größeren oder kleineren Splittergruppen konnten also, genau wie das Banater oder Batschka-Deutschtum, nicht eigentlich als Streudeutschtum bezeichnet werden, sondern sie stellten einzelne Ausläufer des bayrisch-österreichischen Siedlungsraumes dar, von dem sie durch die Grenzziehung von 1919/21 getrennt worden waren. Die stärkste dieser Gruppen bildete das Deutschtum in der Komitatstadt Ödenburg (Sopron) und ihrer näheren Umgebung, eines Gebietes, das wie eine Halbinsel nach Österreich hineinragt.

Nach Süden schlossen sich noch einige Orte mit größerem oder kleinerem deutschen Bevölkerungsanteil an, so vor allem die Städte Güns (Köszeg) und Steinamanger (Szombathely) und mehrere Dörfer im Bezirk Szentgotthárd (Sankt Gotthard an der Raab) des Komitats Vas. Zum westungarischen Deutschtum sind auch noch einige deutsche Mehrheitsgemeinden im

sog. "Heideboden" zu rechnen, der im Norden an die Donau angrenzte und im Osten sich bis zu den Städten Wieselburg (Moson) und Ungarisch Altenburg (Magyaróvár) ausdehnte. Das im übrigen Ungarn verstreute Deutschtum hatte keine regionalen Schwerpunkte.

Bevölkerungszahl.

Die Deutschen Ungarns bewohnten also einen weit ausgedehnten und nicht oder als Ganzes nur sehr locker zusammenhängenden Siedlungsraum. Dazu kommt, daß selbst die einzelnen Wohngebiete keine geschlossenen Einheiten bildeten, sondern oft mit Madjaren und kleinen slawischen Splittergruppen durchsetzt waren und daß nicht nur in der Streusiedlung, sondern auch in den deutschen Kerngebieten die sogenannte "Mehrheitsgemeinde" vorherrschte und in der Regel nicht die national homogene deutsche Gemeinde.

Das Zusammenwachsen zu einer einheitlichen deutschen Volksgruppe ist zweifellos durch diese landschaftliche Streuung, die das Ergebnis der Siedlungsgeschichte ist, erschwert worden. Weit stärker als die regionale Aufteilung wirkte sich aber in dieser Richtung die jahrzehntelange intensive Madjarisierungspolitik aus. Sie höhlte den geschlossenen Kern der deutschsprachigen Minderheit aus und förderte die Bildung einer zahlenmäßig starken, wenn auch schwer zu erfassenden Zwischenschicht, die wohl ein schwaches Bewußtsein ihrer deutschen Abstammung behielt, auch noch Schwäbisch sprach, die sich aber nicht nur politisch wie auch kulturell zu Ungarn bekannte, sondern auf dem Wege war, volksmäßig im Madjarentum aufzugehen.

Bei der Ermittlung der Zahl des ungarländischen Deutschtums mußte man daher zu erheblich voneinander abweichenden Ergebnissen kommen, je nachdem, welcher Maßstab für die Bestimmung von Volkstum und Nationalität zugrunde gelegt wurde.

Nach der amtlichen ungarischen Volkszählung vom Jahre 1941 umfaßte Restungarn 490.449 Personen deutscher Muttersprache = 5,2 % der Gesamtbevölkerung. Der Anteil der deutschsprachigen hatte sich allerdings in den letzten fünfzig Jahren trotz der natürlichen Zunahme der Gesamtbevölkerungszahl kontinuierlich von Jahrzehnt zu Jahrzehnt vermindert und war lediglich von 1930-41 annähernd konstant geblieben.

Die Verringerung war indessen nicht in einem echten Bevölkerungsrückgang - etwa bedingt durch Geburtenrückgang oder Auswanderung - sondern in einer Umschreibung in der Sprachenspalte der Zählungsbogen begründet. Es wurde bei den Volkszählungen nämlich nach der Muttersprache des Einzelnen gefragt, und zwar mit der erklärenden Definition, nach der Sprache, die der Befragte "als die Seinige einbekennt und am besten und am liebsten spricht".

Damit wurde der Begriff der Muttersprache mit dem der Umgangssprache identifiziert und Volksdeutsche, die aus noch zu schildernden Gründen vornehmlich Madjarisch sprachen, auch als "Madjaren" gezählt, eine Tatsache, die in wachsendem Maße ins Gewicht fiel.

Die Volkszählungsergebnisse zeigen, daß sich die Position des Deutschtums in den einzelnen Teilen des Siedlungsgebietes in verschiedenem Grade verschlechtert hat. So verringerte sich z.B. die Gesamtzahl der Mehrheitsgemeinden fast gleichmäßig, aber für die einzelnen Komitate ergaben sich doch erhebliche Unterschiede.

Während nämlich die Mehrheitsgemeinden in Komitaten mit relativ geschlossenem deutschen Siedlungsgebiet und mit größtenteils bäuerlicher Bevölkerung - also besonders in der Baranya, aber auch in Sopron (Ödenburg) und Tolna - erhalten blieben oder nur geringfügige Einbuße erlitten, wiesen die Komitate mit deutscher Streusiedlung - Veszprém, Esztergom (Gran) - oder mit städtischer Industriebevölkerung, wie das rund um Budapest gelagerte Pest-Pilis-Solt-Kiskún, ganz erhebliche Verluste auf.

Ebenso waren die Randbezirke der deutschen Siedlungsgebiete stärker dem madjarischen Druck ausgesetzt als die Ortschaften innerhalb der vom "schwäbischen" Volkstum bestimmten Landschaften.

Noch sichtbarer als in den ländlichen Gebieten wird die Bevölkerungsumschichtung in den

Städten. Hier spielte neben der weit schnelleren und radikaleren Assimilierung auch die Unterwanderung durch die Madjaren eine wesentliche Rolle. Das wohl eindrucksvollste Beispiel für die madjarische Unterwanderung einer ursprünglich deutschen oder zum mindesten deutschbestimmten Stadt stellt Ödenburg (Sopron) dar, das noch im alten deutschen Siedlungsraum an der westungarischen Grenze lag.

Bis 1920 hielt sich dort die deutschsprechende Einwohnerschaft absolut in fast gleicher Stärke, im Verhältnis zur schnell anwachsenden madjarischen Bevölkerung sank ihr Anteil dagegen von 73,7 % im Jahre 1880 auf 48,0 % im Jahre 1920 ab.

Entscheidend für diese ins Auge fallende Verminderung der deutschen Stadtbevölkerung in Ungarn war aber im ganzen gesehen nicht so sehr die Unterwanderung als vielmehr der starke Sog des Madjarentums, der sich in der Stadt weit intensiver auswirkte als in den dörflichen Gemeinden und zu einer ständig weitergreifenden Assimilierung führte. In keiner ungarischen Stadt ist das deutschsprachige Element nach den Daten der einzelnen Volkszählungen trotz wachsender Bevölkerungszahl prozentual mitangestiegen.

In Budapest sank sogar die Zahl der Deutschen in zehn Jahren von 60.503 auf 38.460, in Raab von 1.389 auf 801. Da auf der anderen Seite das Verhältnis zwischen Madjarisch- und Deutschsprechenden in den Landgemeinden im großen gesehen konstanter blieb, inmitten dichter deutscher Siedlungsgebiete sich sogar eine für das Deutschtum günstige Tendenz zeigte, hielt sich der Verlust auf ganz Ungarn berechnet noch in mäßigen Grenzen. Immerhin betrug er in dem einen Jahrzehnt von 1920-1930 13,2 %, eine Zahl, die die Intensität des Madjarisierungsprozesses durchaus erkennen läßt.

Das Gefährliche war die Stetigkeit des Vorganges über Jahrzehnte hin; dabei brauchte es nicht zu großen Siegen und ausgesprochenen Augenblickserfolgen zu kommen, es sei denn, die Zählungsergebnisse wurden von den übereifrigen Zählern frisiert, um eine madjarische Mehrheit vorzutäuschen.

Derartige Unkorrektheiten bei der Durchführung der Befragung waren nicht selten und sie veranlaßten nicht-madjarische Kreise in Ungarn, schon für die Zählung von 1920 eine zusätzliche Auswertung der amtlichen Sprachkenntniserhebung durchzuführen. Von ihr wurden alle Ungarn erfaßt, die neben Madjarisch noch andere Sprachen - Deutsch, Kroatisch, Slowakisch, Serbisch - beherrschten und aus diesem Grunde dem entsprechenden Volkstum als ursprünglich zugehörig betrachtet wurden.

Im großen und ganzen war dieses Vorgehen bei den einzelnen slawischen Minderheiten gerechtfertigt, bei der deutschen allerdings nur mit Einschränkung, da auf Grund der früheren engen Verbindung mit Österreich nicht wenige echte Madjaren, besonders der höheren Schichten, auch Deutsch sprachen.

Außerdem gab ein großer Prozentsatz der 600.000 Juden in Ungarn Madjarisch und nicht das ihnen ebenso geläufige Deutsch als Muttersprache an. Bleiben die Ergebnisse der amtlichen Volkszählung auch weit hinter den wirklichen Verhältnissen zurück, so würde es daher doch entschieden zu hoch gegriffen sein, wenn man die durch die Sprachkenntniserhebung gewonnene Zahl von 1.398.729 Deutschsprechenden (551.211 Deutschsprechende + 808.029 neben Madjarisch- auch Deutschsprechende) für das Deutschtum in Anspruch nehmen wollte. Eigene Erhebungen der deutschen Volksgruppe ergaben für 1930 eine Zahl von 648.546, Aufstellungen der Volksgruppenführung auf Grund der Volkszählung von 1941 nannten die Zahl von weit über 800.000 Deutschen in Ungarn.

Demgegenüber hielt die ungarische Regierung die amtlichen Zahlen für die deutsche Bevölkerung ihres Staates so niedrig wie nur möglich und schreckte dabei vor ungesetzlichen Manipulationen nicht zurück, wie aus den Beschwerden und Beanstandungen der Minderheiten, nicht nur der deutschen, hervorgeht. Andererseits ist aber auch nicht zu verkennen, daß ein zahlenmäßig nicht genau bestimmbarer Teil der deutschen Bevölkerung an der Zurechnung zum

Deutschtum nicht interessiert war und die Zugehörigkeit zur deutschen Minderheit ablehnte, seitdem sich diese politisch zu organisieren begann.

Zu ihm gehörten einmal die deutschsprechenden Juden, darüber hinaus alle diejenigen, die aus politischen oder wirtschaftlichen Gründen eine Identifizierung mit der damaligen deutschen Volksgruppenpolitik zu vermeiden suchten. Bei der amtlichen Volkszählung 1941 bekannten sich 490.449 Personen zur deutschen Muttersprache, dagegen etwa 300.000 zur deutschen Nationalität.

Allerdings ist die Frage nach der "Nationalität", die 1941 zum ersten und einzigen Male gestellt wurde und neben dem objektiven Merkmal der Sprache das subjektive Bekenntnis zu ermitteln suchte, von einem großen Teil der Volksdeutschen offensichtlich nicht erfaßt worden, da besonders für den bäuerlichen Volksdeutschen die Begriffe Nationalität und Staatszugehörigkeit zusammenfielen und diese irriige Annahme noch von der madjarischen Propaganda bestärkt wurde.

Wägt man alle Faktoren gegeneinander ab, so kommt man zu dem Ergebnis, daß für die Jahre 1937-45 Schätzungen von 500.000 bis 600.000 Volksdeutschen in Ungarn eher zu niedrig als zu hoch gegriffen sind. Allerdings muß man dabei berücksichtigen, daß diese Schätzungen, ohne auf die subjektive Entscheidung des Einzelnen einzugehen, die Summe aller derjenigen erfassen, die ihrem Herkommen und ihrer Sprache nach, also nach objektiven Merkmalen, als Deutsche anzusprechen waren.

Soziale und konfessionelle Struktur des ungarländischen Deutschtums.

Im 18. Jahrhundert waren die deutschen Siedler zunächst durch die feudalen Grundherren und die Kirche, dann in späteren Jahren im Zuge der "Kameral-Kolonisierung" durch Maria Theresia und ihren Sohn Joseph II. als Bauern ins Land gerufen und zur Kultivierung der während der langen Türkenherrschaft verödeten und von Menschen entblößten Landstriche angesetzt worden. Sie sind diesem Beruf in den meisten Fällen treu geblieben; Klein- und Mittelbauern bildeten die Mehrzahl der ungarländischen Deutschen.

Während das alte Königreich Ungarn in Siebenbürgen und der Batschka ein wohlhabendes deutsches Großbauerntum aufgewiesen hatte, gab es in Rumpfungarn nur in einzelnen Gebieten, wie z.B. in der Restbatschka, größere Bauernhöfe. In den dörflichen Siedlungen und Landstädten bildete sich daneben auch ein bäuerliches Handwerk, z.B. Tischler, Maurer, Schmiede, Schuhmacher. Deutsche Handwerker, beispielsweise Friseure, aber auch Kaufleute machten sich außerdem in den größeren Städten, in erster Linie in Budapest, seßhaft.

Weiter schuf die Industrialisierung im 19. und 20. Jahrhundert Möglichkeiten, den ländlichen Bevölkerungsüberschuß aufzunehmen; es war dabei besonders günstig, daß sich das Hauptindustriegebiet im Raume deutscher Siedlungen, z.B. der Großgemeinden mit erheblicher deutscher Mehrheit rund um Budapest, entwickelte.

So entstand ein volksdeutsches Arbeitertum. Im Gegensatz dazu war der Anteil der Deutschen am Großgrundbesitz, Großhandel und an der Großindustrie, am Beamtentum des höheren Dienstes bemerkenswert gering, er lag jedenfalls statistisch erheblich unter dem Landesdurchschnitt. Die deutsche Bevölkerung scheint also nicht im gleichen Maße wie die madjarische an allen Schichten und Ständen beteiligt, sondern überwiegend auf die Schichten des Arbeiters und Bauern bis zum Handwerker und Kaufmann beschränkt gewesen zu sein.

Doch trügen die statistischen Angaben, aus denen dieser Eindruck zu gewinnen ist, in mancher Hinsicht. Das betrifft sicher nicht den Großgrundbesitz, der tatsächlich so gut wie ausschließlich im Besitz des ungarischen Adels war. In den übrigen gehobenen Ständen und Berufen jedoch war der Anteil des ungarländischen Deutschtums viel stärker als die Sprachenstatistik es erscheinen läßt; das gilt besonders für die Lehrberufe, für Kunst und Wissenschaft, für Klerus, Verwaltung und Politik.

Nur müssen alle deutschstämmigen Angehörigen dieser Intelligenzschicht in der Regel zu den

Assimilierungswilligen gerechnet werden, d.h. sie gaben bei den Volkszählungen nicht Deutsch, sondern Madjarisch als Muttersprache an und wurden damit statistisch als Madjaren erfaßt. Wollte man also die soziale Struktur des ungarländischen Deutschtums in einer geometrischen Figur darstellen, so bestand diese in Wahrheit und im Gegensatz zu dem offiziellen statistischen Diagramm nicht in einer abgeschnittenen, sondern in einer vollen Pyramide.

Die Spitze dieser Pyramide erschien in dem Ergebnis der amtlichen Volkszählungen aber als madjarisch, da die Sprachenstatistik vornehmlich die gehobene oder sich emporarbeitende Schicht für das Madjarentum reklamierte. Das Madjarische galt schlechthin als die Sprache der Gebildeten, als die staatliche Hochsprache, deren Beherrschung für den sozialen Aufstieg unumgänglich notwendig war.

Jeder, der aus der unmittelbaren bäuerlichen Umgebung herauswuchs, übernahm es wie selbstverständlich als Umgangssprache, während der Gebrauch des "Schwäbischen" auf die familiäre oder engnachbarliche Sphäre beschränkt blieb, wenn man nicht überhaupt ganz darauf verzichtete.

Besonders in den Städten war die sprachliche Umstellung selbstverständlich, denn nicht nur alle Beamten, sondern auch die freien Berufe - Ärzte, Rechtsanwälte, Kaufleute, Gewerbetreibende in nicht-deutscher Umgebung - vervollkommneten sich im eigenen Interesse in der Staatssprache und sahen darauf, daß auch ihren Kindern aus der mangelnden Beherrschung des Madjarischen kein Hindernis für eine künftige Berufswahl erwuchs.

Diese Schicht gab ganz bewußt Madjarisch als Umgangssprache an, nicht zuletzt, um damit zu dokumentieren, daß sie der bäuerlichen Herkunft entwachsen war. Ebenso brachte die Namensmadjarisierung den Einzelnen selten in Gewissenskonflikte, wenn auch hierbei Traditions- und Familiensinn oftmals hemmend gewirkt haben mögen.

Ein zweiter Grund für die fortlaufende Assimilierung des ungarländischen Deutschtums durch die Staatsnation lag darin, daß ihm die Voraussetzungen dafür fehlten, sich vom Madjarentum als kulturelle oder religiöse Sondergruppe bewußt abzusetzen.

Ganz im Gegensatz zu den sich ihrer großen historischen Vergangenheit und ihres Volksgruppencharakters wohl bewußten Siebenbürger Sachsen, die mit dem Vertrag von Trianon der rumänischen Staatshoheit unterstellt wurden, bildeten die Schwaben in Restungarn tatsächlich nur eine sprachliche Gemeinschaft, deren Kulturgut sich auf Trachten, Volksbräuche und Volkslieder und eben die schwere bäuerliche Sprache beschränkte, die einem Vergleich mit dem Hochmadjarischen nicht standhielt.

Die eigene geschichtliche Überlieferung erwies sich gegenüber der Anziehungskraft des geschichtlich und kulturell selbstbewußten Madjarentums als nicht stark genug. Alte Bindungen politischer oder kultureller Art zum Deutschen Reich gab es so gut wie gar nicht. Das Verhältnis zu Österreich, zu dem bis 1918 die keineswegs zu unterschätzende dynastische Verbindung des gemeinsamen Herrscherhauses bestanden hatte, litt anfangs unter den Nachwirkungen der Abstimmungskämpfe im Burgenland, später unter den außenpolitischen Rücksichten, die Wien auf Ungarn zu nehmen hatte und die ihm jede Beschützerrolle für das Deutschtum in Ungarn verboten.

Auch die Konfessionszugehörigkeit verband eher das ungarländische Deutschtum mit dem madjarischen Staatsvolk, als daß sie es von ihm trennte, da das katholische Element bei beiden ganz erheblich überwog. Es ergaben sich daher auf Grund der konfessionellen Gliederung im allgemeinen keine Differenzen, im Gegenteil, die alle nationalen Gruppen vereinigende Kirche konnte Spannungsmomente und Gegensätze der Nationalitäten ausgleichen.

Sicherlich vollzog sich dieser Ausgleich im wesentlichen zugunsten des Staatsvolkes, wenn auch die katholische Kirche in Ungarn keineswegs den Assimilierungsbestrebungen des Madjarentums bewußt Vorschub geleistet hat. Sie hat vielmehr durch Erhaltung von Konfessionsschulen, in denen grundsätzlich in der Muttersprache der Schüler unterrichtet wurde, wesent-

lich dazu beigetragen, daß das schwäbische Deutsch in den dörflichen Gemeinden nicht ausstarb.

Außerdem waren bekannte schwäbische Volkstumsführer wie Ladislaus Pintér oder auch der Jesuitenschüler Jakob Bleyer der Kirche eng verbunden. Aber als eine das ungarländische Deutschtum gegen die Madjarisierungstendenzen sammelnde und führende Kraft wie in anderen Ländern konnte die katholische Kirche, schon wegen ihrer engen Verbindung zum ungarischen Staat, nicht angesehen werden.

Gegen den Assimilierungsvorgang der aufstrebenden Schicht und der städtischen Bevölkerung hat sie kein Gegengewicht gebildet. Auf einem anderen Blatte steht es, daß sie sich Ende der dreißiger Jahre ganz betont gegen die nationalistische Überspitzung des Volkstumskampfes, wie sie unter dem Einfluß des reichsdeutschen Nationalsozialismus zustande kam, gewandt hat.

Madjarisierung und ungarische Schulpolitik.

Es liegt auf der Hand, daß die Assimilation von den Madjaren selbst bewußt gefördert wurde. Das Madjarentum, seines Wertes und seiner geschichtlichen Sendung bewußt, glaubte, den "Schwabern" zu sich emporzuheben, wenn er Madjare wurde, und es gewährte ihm bereitwillig alle Vorteile eines Gleichberechtigten, es forderte nur eins: die unbedingte Bereitschaft zur Assimilation.

Der Gebrauch der madjarischen Sprache, die Madjarisierung des Namens galten als natürliche und selbstverständliche Treuebeweise; sie beruhten theoretisch auf freiwilliger Entscheidung, wurden den Schwaben aber zur Erleichterung ihres sozialen und politischen Aufstiegs als unabweisbare Notwendigkeit nahegelegt. So konnte zum Beispiel der einfache Mann den erstrebenswerten Beruf eines Beamten der Staatsbahn oder der Post nur dann erreichen, wenn er einen madjarischen Namen trug.

Dasselbe galt für die Aufnahme in den Vitéz-Orden. Den Offizieren mit nichtmadjarischen Namen wurde 1930 vom damaligen Verteidigungsminister Gömbös die Namensänderung nahegelegt. Im öffentlichen Leben, in allen Berufszweigen, besonders in den Intelligenzberufen und in der Wirtschaft, überall war ein Aufsteigen sehr viel leichter, wenn der Minderheitenangehörige schon durch seinen madjarischen Namen beweisen konnte, daß er zu den "Treuen" gehörte.

Nicht eigentlich die Gesetzgebung, sondern eher die administrative Praxis der ungarischen Behörden war es also, die den Rückgang der deutschen Minderheit herbeigeführt hat. Etwas anders liegen die Dinge auf dem Gebiete der Schulpolitik, die es verstanden hat, die Zahl der deutschsprachigen Schulen im Laufe von fünfzig Jahren auf ein Minimum einzuschränken. Ihre radikale Verminderung, die dann in den zwanziger Jahren zum Halten gebracht und von einer allerdings recht langsam anlaufenden Vermehrung abgelöst wurde, ist zum großen Teil, wenn auch nicht ausschließlich, aus den gesetzgeberischen Maßnahmen zu erklären, wie sie nach dem "Ausgleich" von 1867 einsetzten.

Das Schulgesetz von 1879, das Madjarisch als Pflichtfach in allen Schulen einführte, und dann besonders die scharfe Lex Apponyi von 1907, die neben anderen einschränkenden Verfügungen das Beherrschen des Madjarischen in Wort und Schrift als Unterrichtsziel des 4. Schuljahres forderte, ließen der deutschsprachigen Schule kaum noch Raum. Gab es 1869 im Königreich Ungarn noch 1.232 deutschsprachige (und 957 gemischtsprachige) Schulen, so verminderte sich der Bestand bis 1880 auf 867 (und 919) und bis 1913 auf 447 deutschsprachige Schulen, von denen der weitaus größte Teil in Siebenbürgen lag; Rumpfungarn wies 1920 noch 14 deutschsprachige Schulen auf.

Eine Madjarisierung der Schulsprache in diesem Ausmaße war allerdings nur bei den "Schwabern" Rumpfungarns möglich, nicht bei den anderen fremdsprachigen Bevölkerungsgruppen und auch nicht bei den Siebenbürger Sachsen, da hier besondere Umstände vorlagen.

Das Nationalitätengesetz von 1868 gab der griechisch-katholischen Kirche, der ein Teil der Rumänen, und der griechisch-orthodoxen Kirche, der Rumänen und Serben angehörten, die Autonomie, ebenso der evangelischen Landeskirche der Siebenbürger Sachsen.

Damit hatten diese Volksgruppen in ihrer Kirche einen sehr fühlbaren Rückhalt und verloren nur einen geringen Teil ihrer eigensprachigen Schulen. Das übrige ungarische Deutschtum genoß keinen solchen Schutz, darin trat auch nach 1918 keine Besserung ein.

Der Passus zum Schutz der Minderheiten im Vertrag von Trianon, ebenso wie das theoretisch immer noch gültige Nationalitätengesetz von 1868 garantierten wohl allen anderssprachigen Untertanen ihre individuellen Rechte auf den Gebrauch ihrer Muttersprache, auf ihr religiöses Bekenntnis, auf volle Gleichberechtigung, und die madjarische Literatur hat nicht versäumt, immer wieder auf diese Tatsache hinzuweisen; dessen ungeachtet aber trat gegenüber der Vorweltkriegszeit keine Änderung ein.

Die madjarische Schulpolitik erreichte es vielmehr, daß um 1940 nur ein verschwindend geringer Prozentsatz der ungarischen Schwaben die deutsche Schriftsprache beherrschte. Der Volksdeutsche in Ungarn konnte, obgleich Deutsch seine Umgangssprache war, sich schriftlich in dieser Sprache meist nur in einer Art phonetischer Umschrift seines Heimatdialektes, der mit einer Fülle von Hungarismen durchsetzt war, ausdrücken.

Die politische Struktur des ungarländischen Deutschtums.

Das Deutschtum Rumpfungarns hat sich bis in die neueste Zeit hinein, d.h. bis in die Tage kurz vor dem Zweiten Weltkrieg, niemals um eine Sonderstellung als Gruppe oder gar um volle Autonomie in irgendeiner Form bemüht. Es wurden wohl deutschstämmige Abgeordnete, unter ihnen hier und dort auch einmal ein schwäbischer Bauer in das ungarische Parlament gewählt, aber nicht als Vertreter des Deutschtums, sondern als Angehörige einer allgemeinen ungarischen Partei, meist der Regierungspartei.

Es kam ebenso vor, daß einer dieser Abgeordneten oder ein Kommunalpolitiker deutscher Herkunft sich dafür verwandte, die in der Verfassung garantierte staatsbürgerliche Gleichberechtigung seiner deutschen Wähler zu sichern, aber darüber hinaus gingen die Bemühungen nicht - ein Ausdruck der Staatsloyalität des ungarländischen Deutschtums.

Sicher spielte auch die Tatsache mit, daß diesem eine ausreichende Intelligenzschicht fehlte, trotz einiger Versuche, schon vor dem Ersten Weltkrieg eine solche zu schaffen. Die Abtrennung der politisch und kulturell aktiveren deutschen Volksgruppen von Ungarn, wie sie durch die Grenzziehungen von 1919 vorgenommen wurde, hat diese Ansätze wieder unterbrochen.

So fand sich das Deutschtum in Trianon-Ungarn nach dem Ende des Ersten Weltkrieges im neuen madjarischen Nationalstaat ohne politische Tradition und Führungsschicht und sah sich dem Druck des madjarischen Nationalismus ausgesetzt, der durch den für Ungarn unglücklichen Weltkriegsausgang und die großen Gebietsverluste sich gegenüber früher noch erhitzt hatte.

Das vorhandene landsmannschaftliche oder stammhafte Gefühl, zum "Schwabentum" zu gehören, reichte nicht aus für ein eigenes politisches Programm, wie es schon die Siebenbürger Sachsen vorweisen konnten. Jakob Bleyer, die zweifellos bedeutendste Persönlichkeit des ungarländischen Deutschtums seit dem Ersten Weltkrieg, erkannte am schärfsten diesen Mangel und suchte in den 20er Jahren das ungarländische Deutschtum durch bewußte Volkstums- und Kulturpflege geistig zu sammeln und seine im Vertrag von Trianon garantierten Minderheitsrechte vor allem im Schulwesen zu verteidigen.

Der auf seine Initiative 1923 gegründete "Ungarländische Deutsche Volksbildungsverein" (UDV) setzte sich zum Ziel, durch Bildung von Ortsgruppen in deutschsprachigen Gemeinden, durch Errichtung von Bibliotheken, Veranstaltung von Volks- und Trachtenfesten, Musik- und anderen kulturellen Wettbewerben, Herausgabe von deutschem heimatgebundenen Schrifttum das kulturelle Zusammengehörigkeitsgefühl der ungarländischen Deutschen zu

stärken.

Der Wirkungsbereich des Volksbildungsvereins darf allerdings nicht überschätzt werden, so sehr er für die reine Volkstumspflege Gutes stiftete und von ihm auch mittelbar Anregungen ausgingen. Die passive Resistenz, vor allem der oft stark nationalistischen örtlichen Behörden, setzte seinem Bestreben, an die gesamte deutschsprachige Bevölkerung heranzukommen, Grenzen.

So blieb der Kreis der Anhänger und Mitglieder des "Ungarländischen Deutschen Volksbildungsvereins" Jakob Bleyers immer begrenzt; in der Zeit seiner größten Entfaltung zwischen 1938-40 wird seine Mitgliederzahl nicht über 15 000 hinausgegangen sein.

Hier trat geradezu eine Tragik in den Bemühungen Bleyers zutage, denn seine deutsche Volkstumspolitik wollte gerade nicht an der Zugehörigkeit des ungarländischen Deutschtums zu Ungarn, ja zur ungarländischen Staatsnation rütteln: "Das Deutschtum in Ungarn", schrieb er in einem über die Grenzen Ungarns hinaus bekanntgewordenen Aufsatz, "ging von jeher gerne auf die historische und juristische Terminologie des Ungarntums ein und so bekannte es sich in der Vergangenheit und bekennt sich auch in der Gegenwart ohne Umstände zur einheitlichen, politischen, ungarischen Nation.

Hier schwingen gerade bei dem Deutschtum hohe Gefühle und inhaltsschwere Erlebnisse mit: Die Erinnerung an eine vielhundertjährige, gemeinsame Vergangenheit, die Liebe zur schweißgedüngten Heimat, die Treue zum gemeinsamen blutgetränkten Vaterland, die innige Verwachsenheit nicht nur mit der deutschen Volkskultur, sondern auch mit der so vielfach deutsch beeinflussten ungarischen Staatskultur, wie diese sich im politischen, staatsbürgerlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben seit ungezählten Generationen herausgebildet hat.

All dies läßt den Deutschen aus Ungarn überall in der Welt sich Ungar oder doch Deutsch-Ungar nennen. Jedenfalls war es unter den Deutschen Ungarns nie Brauch, sich zur "deutschen Nation" zu bekennen und täten sie es, so kämen sie nicht nur mit dem Wortlaut der ungarischen Gesetze in Widerspruch, sondern würden auch bei dem Ungarntum durch Verneinung seiner eingewurzeltesten Ideen Mißtrauen, ja offenes Ärgernis hervorrufen. ...

Bei aller Zugehörigkeit zur "ungarischen Nation" sind wir natürlich - dieses "natürlich" im ursprünglichsten Sinne verstanden - gleichgeartete und gleichwertige Mitglieder des "deutschen Volkes". Es wäre niedrige Heuchelei und käme der Selbstverachtung gleich, wenn wir uns zu dieser unabänderlichen und unbestreitbaren Tatsache nicht frank und frei bekennen würden." Bleyer, der die deutsche "Nationalität" innerhalb der ungarischen Nation zusammenführen wollte, glaubte, damit ebenso der Erfüllung des ungarischen Staatsgedankens wie der Pflicht gegenüber dem gottgewollten Volkstum dienen zu können.

Mit Nachdruck trat er für einen Volksgedanken ein, der sich an objektiven Merkmalen, vor allem an der Muttersprache orientierte. Im Bereiche des Volkstums nahm er Gegebenheiten an, "die durch kein Bekenntnis und durch keine Absage verschwinden gemacht werden können".

Mit diesem Programm, das sich vor leeren Verallgemeinerungen hüten und die besonderen geschichtlichen Verhältnisse Ungarns zum Richtmaß nehmen wollte, ist Bleyer im wesentlichen gescheitert. Gescheitert einmal an den Schwierigkeiten, für seine Volkstumsidee in ihrem Verhältnis zu Staat und ungarischer Nation die Bereitschaft unter seinen Landsleuten zu wecken, gescheitert aber mehr noch an den Gegenkräften des madjarischen Nationalismus, der selbst die Minderheits-Nationalität im Sinne Bleyers ablehnte.

So hatte Jakob Bleyer selbst gegen Ende seines Lebens, noch vor dem nationalsozialistischen Umbruch in Deutschland, das Vertrauen an die Möglichkeit aufgegeben, "daß Ungarn von sich heraus die deutsche Frage lösen soll und lösen wird. Ich baute zu sehr auf das Recht und die Gerechtigkeit, auf die Einsicht und auf die nüchterne Erfassung der eigenen Interessen. In

diesem Sinne und diesem Glauben habe ich viele Jahre lang gekämpft und gearbeitet. Diesen Glauben habe ich vollständig verloren. Ungarn wird nie die deutsche Frage lösen, nämlich nicht aus sich selbst heraus. Die Madjarisierung war nie so rücksichtslos, so zielbewußt und so durchgreifend wie heute. Das ist eine Tatsache, über die gar nicht diskutiert werden kann." ...<<

18.11.1918

Lettland: Nach dem Sieg der deutsch-lettischen Landwehren gegen die Bolschewisten gründet man am 18. November 1918 die Republik Lettland (Hauptstadt = Riga).

Polen: Ein Dekret der polnischen Regierung vom 18. November 1918 für die Wahl des polnischen Parlaments umfaßt bereits Teile Ostpreußens (Masuren und Ermland) Westpreußen, Posen und Oberschlesien (x070/147).

Rumänien: Die rumänische Nationalversammlung vereinbart in Karlsburg (Alba Julia) am 18. November 1918 die sog. Karlsburger Beschlüsse.

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1957 über die Karlsburger Beschlüsse (x007/123E-124E): >>... Die Karlsburger Beschlüsse.

Die Beschlüsse der rumänischen Nationalversammlung in Karlsburg (Alba Julia) vom 18. November 1918.

I. Die Nationalversammlung aller Rumänen aus Siebenbürgen, dem Banat und Ungarn, die durch ihre beglaubigten Vertreter am 18. November (1. Dezember) 1918 in Karlsburg versammelt sind, beschließen die Vereinigung dieser Rumänen und aller von ihnen bewohnten Gebiete mit Rumänien. Die Nationalversammlung verkündet insbesondere das unveräußerliche Recht der rumänischen Nation auf den ganzen Banat, eingeschlossen von den Flüssen Maros, Theiß und Donau.

II. Die Nationalversammlung behält allen oben genannten Gebieten die provisorische Autonomie bis zum Zusammentritt der auf Grund des allgemeinen Wahlrechts gewählten Konstituanten vor.

III. Im Zusammenhang mit dieser als dem Grundprinzip für die Gestaltung des neuen rumänischen Staates verkündet die Nationalversammlung das folgende:

1. Die volle nationale Freiheit für alle mitbewohnenden Völker. Jedes Volk wird den Unterricht, die Verwaltung und die Rechtspflege in seiner eigenen Sprache durch Personen aus seiner Mitte erhalten, und jedes Volk wird das Recht der Vertretung in den gesetzgebenden Körperschaften und in der Regierung im Verhältnis der Zahl seiner Volkangehörigen haben.

2. Gleichberechtigung und volle autonome konfessionelle Freiheit für alle Konfessionen im Staate.

3. Volle Verwirklichung eines rein demokratischen Regimes auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens. Allgemeines, gleiches, geheimes, gemeindeweises Proportionalwahlrecht für beide Geschlechter im Alter von 25 Jahren für die Vertretung in Gemeinde, Bezirk oder Parlament.

4. Vollständige Presse-, Vereins- und Versammlungsfreiheit volle Gedankenfreiheit.

5. Durchgreifende Agrarreform. Aufstellung eines Katasters über den gesamten Grundbesitz und insbesondere über die großen Landgüter. Es soll auf der Grundlage dieser Kataster durch Auflösung der Majoratsgüter und das Recht, die großen soweit notwendig zu verkleinern, den Bauern ermöglicht werden, wenigstens so viel Land (Ackerland, Weide und Wald) zu erwerben, wie sie mit ihren Familienangehörigen bearbeiten können. Das leitende Prinzip dieser Agrarpolitik ist das des sozialen Ausgleichs bei gleichzeitiger Steigerung der Produktion.

6. Sicherstellung derselben Rechte und Vorteile für die Industriearbeiter, wie sie durch die Gesetzgebungen in den meisten fortschrittlichen Staaten des Westens gewährleistet wird.

IV. Die Nationalversammlung gibt ihrem Wunsche Ausdruck, der Friedenskongreß möge die Gemeinschaft der freien Nationen in solcher Weise zustande bringen, daß das Recht und die

Freiheit für alle Nationen, groß und klein, in gleicher Weise gesichert sei und daß in Zukunft der Krieg als Mittel für die Regelung der internationalen Beziehungen ausgeschaltet sei.

V. Die in der Nationalversammlung versammelten Rumänen begrüßen ihre Brüder aus der Bukowina, die von dem Joch Österreich-Ungarns befreit und mit dem Mutterland Rumänien vereinigt worden sind.

VIII. Für die weitere Führung der Angelegenheiten der rumänischen Nation aus Siebenbürgen, dem Banat und Ungarn beschließt die Nationalversammlung die Einsetzung eines großen rumänischen Nationalrates, der die volle Berechtigung haben wird, die rumänische Nation wann immer und überall allen Nationen der Welt gegenüber zu vertreten und alle Verfügungen zu treffen, die er im Interesse der Nation für notwendig halten wird.<<

28.11.1918

Niederlande: Kaiser Wilhelm II. dankt im holländischen Exil am 28. November 1918 ab, um anständige, gerechte Friedensverhandlungen nach den "Vierzehn Punkten" Wilsons zu ermöglichen.

Die handschriftlich unterzeichnete Abdankungsurkunde des Kaisers vom 28. November 1918 lautet wie folgt (x979/...): >>Ich verzichte hierdurch für alle Zukunft auf die Rechte an der Krone Preußens und die damit verbundenen Rechte an der deutschen Kaiserkrone.

Zugleich entbinde ich alle Beamten des Deutschen Reiches und Preußens sowie alle Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der Marine, des Preußischen Heeres und der Truppen der Bundeskontingente des Treueeides, den sie Mir als ihrem Kaiser, König und Obersten Befehlshaber geleistet haben.

Ich erwarte von ihnen, daß sie bis zur Neuordnung des Deutschen Reichs den Inhabern der tatsächlichen Gewalt in Deutschland helfen, das Deutsche Volk gegen die drohenden Gefahren der Anarchie, der Hungersnot und der Fremdherrschaft zu schützen.<<

29.11.1918

CSR: In Mährisch Trübau werden am 29. November 1918 fünf deutsche Demonstranten (3 Frauen und 2 Schüler) durch tschechische Sicherheitskräfte erschossen (x206/26).

01.12.1918

Jugoslawien: Am 1. Dezember 1918 entsteht aus dem Königreich Serbien, Montenegro und verschiedenen österreichisch-ungarischen Gebietsteilen das neue "Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen".

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1961 über das Deutschtum in Jugoslawien nach dem Ersten Weltkrieg (x006/3E-35E): >>... **1. Siedlungsgebiete und Bevölkerungszahl.**

Das am 1.12.1918 proklamierte und durch die späteren Friedensverträge und Abkommen in seinen Staatsgrenzen näher bestimmte Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen ... 1929 umbenannt in "Königreich Jugoslawien", vereinigte die früheren Königreiche Serbien, Montenegro und die vorwiegend von Kroaten und Slowenen besiedelten Gebiete Österreich-Ungarns, daneben aber auch Territorien dieses Reiches, in denen die drei staatstragenden Völker in der Minderheit waren, zu einem Staat.

Von der ungarischen Reichshälfte erhielt Jugoslawien im Vertrag von Trianon (4.6.1920) das westliche Banat, den größten Teil der Batschka, das Baranja-Dreieck, Slawonien und Kroatien, das Zwischen- und Übermurgebiet; von der österreichischen im Vertrag von Saint Germain (10.9.1919) die Untersteiermark, Südkärnten, Krain und Dalmatien, außerdem Bosnien und die Herzegowina; dazu gliederte es sich kleinere Gebiete von Bulgarien und Albanien an. Vielfältig und unterschiedlich war die historischpolitische, die kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung der einzelnen Territorien gewesen, die nun in dem neuen Staat zusammengefaßt wurden, allein dies hat ihn innen- und außenpolitisch mit einer schweren Hypothek belastet.

Zu den von der Neuordnung der politischen Verhältnisse betroffenen Nationalitäten zählten

als stärkste nationale Minderheit auch die deutschen Siedlungsgruppen, die vor allem im Banat, der Batschka und Baranja, in Syrmien, Slawonien und Krain (Gottschee) ansässig waren und bisher keinen näheren Zusammenhang untereinander gehabt hatten. Neben der städtischen deutschen Bevölkerung in Belgrad, Agram und Slawonien bestanden deutsche Streusiedlungen in Bosnien und der Herzegowina.

Die stärkste und bedeutendste deutsche Bevölkerungsgruppe lebte in den ehemals südungarischen Gebieten: Banat, Batschka, Baranja. Im Banat - der Landschaft zwischen Donau und Theiß, der Mieresch (Maros) und den Transsilvanischen Alpen -, dessen westlicher Teil 1920 an Jugoslawien fiel, lag der Schwerpunkt deutscher Siedlungen im Süden bei Pantschowa, Weißkirchen und Werschetz, im Mittelbanat zwischen Groß-Betschkerek und der rumänischen Grenze, im Norden um Groß-Kikinda.

In der Batschka, dem südlichen Ausläufer der ungarischen Tiefebene zwischen Donau und Unterlauf der Theiß, lebten Deutsche vorwiegend im südwestlichen Teil und um die Bezirkssorte Palanka, Neusatz, Hodschag und Kula, Apatin und Sombor. Das relativ kleine Gebiet der jugoslawischen Baranja im Drau-Donauwinkel, das sich westlich an die Batschka anschließt und zum deutschen Siedlungsgebiet der "Schwäbischen Türkei" gehörte, war bei Popovać und Beli Monastir, in den Verwaltungsbezirken Batina und Darda, von Deutschen besiedelt.

Das Deutschtum dieser drei Gebiete geht auf die Besiedlung nach den Friedensschlüssen von Karlowitz (1699) und Passarowitz (1718) zurück, durch die dieses Land an die Habsburger fiel. In die unter der Türkenherrschaft und durch die Kriege verödeten und verwilderten südungarischen Landesteile rief die kaiserliche Regierung Siedler aus fast allen Ländern des Reiches und versprach ihnen die Ansiedlung unter großzügigen finanziellen und materiellen Bedingungen. Diese staatliche Ansiedlung weist drei Höhepunkte auf.

Nachdem schon seit den 20er Jahren des 18. Jahrhunderts einige Gruppen deutscher Handwerker, später überwiegend Bauern, vor allem von dem Gouverneur Graf Mercy ins Banat gerufen worden waren, wurden unter Maria Theresia zwischen 1765 und 1771 jährlich durchschnittlich ca. 1.000 bis 1.500 deutsche Familien für das Banat angeworben, und auch unter Joseph II. zwischen 1784 und 1787 stellten hier wie in der Batschka deutsche Bauern und Handwerker an der Gesamtzahl der in dieser Zeit Angesiedelten den größten Anteil.

Neben Deutschen wurden Serben, Madjaren und Rumänen, kleinere Gruppen Bulgaren, Kroaten, Slowaken, Ruthenen, Tschechen und eine geringe Anzahl von Italienern, Spaniern, Elsässern und lothringischen Franzosen angesiedelt; die zuletzt genannten sind bereits nach wenigen Generationen vorwiegend im Deutschtum der Umgebung aufgegangen.

Die Neusiedlung der eroberten Gebiete beruhte indes neben der staatlichen auch auf der privaten Initiative der Grundherren, die, um die Prosperität ihrer Besitzungen zu heben, Bauern und Landarbeiter auf ihre Ländereien holten. Diese Siedlungsaktion wurde insbesondere in der Batschka begünstigt, in der ein großer Teil des Bodens ungarischen Magnaten gehörte und wo selbst der Kameralbesitz der Krone, der mit einer kurzen Unterbrechung (1740-44) der Ungarischen Hofkammer in Preßburg unterstand, privatwirtschaftlich verwaltet wurde.

Als unter Joseph II. nach 1779 der Kameralbesitz im Banat an private Grundherren verkauft wurde, erfaßte diese Siedlungsbewegung auch das Banat. Es waren vorwiegend Madjaren, die ins Land gerufen wurden, daneben aber auch eine Anzahl deutscher Familien und Angehörige anderer Völker. Durch das Anwerbungspatent Josephs II. von 1782 wurde erneut ein Zustrom deutscher Siedler ausgelöst. Trotz schwerer Rückschläge und wirtschaftlicher Schwierigkeiten erlebten die deutschen Siedlungen einen verhältnismäßig raschen Aufstieg.

Da die kinderreichen deutschen Siedlerfamilien im Gegensatz zu den Angehörigen anderer Nationalitäten keine Realteilung kannten, entschlossen sich viele Söhne deutscher Bauern zur weiteren Landsuche, um nicht als Landarbeiter ihr Dasein fristen zu müssen, wenn es ihnen

nicht gelang, in dem rein agrarischen Gebiet sich als Handwerker eine Existenz zu schaffen. Solange noch unbesiedeltes Land zur Verfügung stand, gründeten die von der Erbfolge ausgeschlossenen Bauernsöhne oft mit Unterstützung der Grundherren oder ihrer Heimatgemeinden neue, sogenannte Tochttersiedlungen in Gestalt einzelner oder mehrerer Kolonistendörfer. Nicht selten erwarben deutsche Familien durch Kauf Höfe in andersnationalen Siedlungen, die durch weitere Zusiedlung von Deutschen in den nächsten Generationen schließlich einen überwiegend deutschen Charakter gewannen oder aber eine starke deutsche Minderheit aufwiesen.

Weit weniger geschlossen als im Banat, in der Batschka und Baranja siedelten Deutsche in Syrmien, Slawonien und im Kronland Kroatien. In Syrmien, dem schmalen Landstrich zwischen der Donau und der Save, lag der Schwerpunkt deutscher Siedlungen im östlichen Teil: um Semlin, Neu-Pasua und Indjija, im westlichen um Ruma und Sremska Mitrovica. Deutsche Siedlungen gleicher Größenordnung gab es in Slawonien, der Landschaft zwischen dem Unterlauf der Drau und Save, die im Westen durch die Randgebirge des Agramer Beckens begrenzt ist, nur in Esseg, Vinkovci und Vukovar.

Zahlreiche kleinere Siedlungen befanden sich in der weiteren Umgebung von Djakovo und zerstreut in den Bezirken Garesnica, Daruvar und Virovitica im westlichen Teil des Landes. In Kroatien lebte nur in der Hauptstadt Agram eine nennenswerte Gruppe von Deutschen. Das Deutschtum in Syrmien, Slawonien und Kroatien wurde fast ausschließlich durch adlige Grundherren ins Land geholt, die schon während des ganzen 18. und in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts Siedler, darunter auch eine größere Anzahl Deutscher, herbeiriefen, um ihren Besitz rentabler zu machen.

Abgesehen von dieser Gruppe der Zuwanderer und einer Anzahl deutscher Beamten- und Handwerkerfamilien, die sich nach dem Abzug der Türken vorwiegend in den Städten, insbesondere in Esseg und Peterwardein, niedergelassen hatten, kam die Masse der deutschen Siedler erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und in dem Jahrzehnt vor dem ersten Weltkrieg in diese Landschaften, die durch Bodenbeschaffenheit und Klima, vor allem aber durch die Institution der "Militärgrenze" weniger Siedlungsmöglichkeiten boten.

Den äußeren Anstoß für die letzte Besiedlungswelle boten die Bauernbefreiung (1848), die Aufhebung des Einwandererverbots für Protestanten (1859) und die Auflösung der Militärgrenze (seit 1871). Die Siedler kamen zum überwiegenden Teil aus den Kolonisationsgebieten Südungarns, wo durch die wirtschaftliche Entwicklung die Bodenpreise hochgetrieben worden waren und es kaum noch Grund und Boden für größere Siedlerstellen gab. Viele Deutsche folgten daher dem Angebot von Grundherren in Syrmien und Slawonien, auf ihren Ländereien neue Bauernstellen zu errichten.

Ähnlich wie in der Batschka fanden sich häufig die Auswanderer aus einem Dorf oder mehreren Orten zusammen und gründeten eine Reihe von "Tochterkolonien". Weit mehr Siedler erwarben jedoch Grund und Boden in andersnationalen Dörfern und Gemeinden, wo noch Grundstücke und Äcker zu haben waren. Es kam vor, daß auch hier in Dörfern, die einst ausschließlich von Serben und Kroaten bewohnt gewesen waren, die Deutschen im Lauf der Generationen schließlich die Überzahl erlangten. In anderen, nicht selteneren Fällen gingen die deutschen Zuwanderer im fremden Volkstum auf.

Bosnien und Herzegowina waren auf dem Berliner Kongreß von 1878 dem Habsburgerstaat zur unbefristeten Okkupation überlassen worden; 1908 wurden durch die Annexionserklärung Österreich-Ungarns die Reste formaler türkischer Oberhoheit beseitigt und die Verwaltung und Stellung des österreichisch-ungarischen Reichslandes, das jetzt eine eigene Verfassung erhielt, staatsrechtlich fixiert.

In diesen Provinzen, begrenzt vom Mittellauf der Save, der Drina, dem süddalmatinischen Küstenland und den Dinarischen Alpen, lebte verstreut über das ganze Gebiet nur eine geringe

Zahl von Deutschen. Schwerpunkte deutscher Besiedlung hatten sich allein im nördlichen und nordöstlichen Bosnien in den Bezirken Bosanska Gradiska, Banja Luka, Prnjavor, Bijeljina und in den von der österreichisch-ungarischen Verwaltung angelegten Industriestädten Zepce, Zavidovići und Zenica, sowie in der Hauptstadt Sarajewo gebildet.

Die Deutschen in Bosnien und der Herzegowina, die jüngste Siedlungsgruppe unter den Jugoslawiendeutschen, waren erst nach der Besetzung beider Provinzen durch österreichisch-ungarische Truppen ins Land gekommen. Um das wirtschaftlich unerschlossene Land zu beleben, förderte die Wiener Regierung die Ansiedlung von Handwerkern und Bauern. Zu diesem Schritt wurde sie auch durch die von deutschen Trappisten gegründeten Siedlungen Windthorst und Rudolfstal angeregt, in denen sich rund 500 Familien aus dem Rheinland, Hannover und Oldenburg niederließen und in verhältnismäßig kurzer Zeit zwei blühende Dörfer schufen.

Bis 1905 wurden von der staatlichen Verwaltung 54 ärarische Siedlungen angelegt, in denen neben Polen, Ukrainern und Angehörigen anderer Völker der Anteil deutscher Siedler, zum überwiegenden Teil Galiziendeutscher, etwa zwanzig Prozent betrug. Die weitaus größte Zahl deutscher Siedler zog seit 1885 aus eigenem Antrieb nach Bosnien und in die Herzegowina. Es waren meist Landsuchende, die aus den südungarischen Siedlungsgebieten und jetzt auch schon aus Syrmien kamen.

Slowenien, das nordwestliche Grenzland zwischen Karawanken, Julischen Alpen und Uskokan, das sich ostwärts bis über den Unterlauf der Mur erstreckt, gehörte mit seinen Teilgebieten Untersteiermark, Südkärnten und Krain zu den südlichen Ausläufern des geschlossenen deutschen Sprachgebietes. Hier hatten sich im Laufe der Jahrhunderte einige Schwerpunkte deutscher Besiedlung gebildet, die in den Städten, insbesondere Marburg, Pettau und Cilli, ihre kulturellen und wirtschaftlichen Zentren besaß. In der Krain lebte eine homogene deutsche Gruppe allein in der Gottschee, dem Hochplateau im Krainischen Karst südöstlich von Laibach, und in der Stadt Laibach selber.

Wie in fast allen Siedlungsgebieten verdankten auch die Deutschen Sloweniens ihre Anwesenheit im Land zumeist obrigkeitlichen Maßnahmen. Sie waren seit dem Ende des 10. Jahrhunderts im Gefolge deutscher Grundherren ins Land gekommen, die auf ihre teilweise dünn besiedelten Besitzungen deutsche Bauern herbeiriefen. Auch die Erzbischöfe von Salzburg, zu deren Missionsgebiet Slowenien gehörte, versuchten die Erfolge der Christianisierung durch verstärkte Ansiedlung christlicher Bauern zu festigen.

Auf eine jahrhundertelange Geschichte konnte auch die nach Slowenien älteste Siedlung des Jugoslawiendeutstums, die deutsche Sprachinsel Gottschee, zurückblicken. Die Besiedlung des Gottscheer Ländchen geht auf die kärntnischen Grafen von Ortenburg zurück, die im 14. Jahrhundert deutsche Bauern zur Kultivierung des menschenleeren Waldgebietes ansetzten. Unter ihren Nachfolgern wurde das Werk fortgesetzt und erweitert. Seit dem 17. Jahrhundert rekrutierten sich die Siedler fast ausschließlich aus den ersten Gründungen, die sich trotz der Türkeneinfälle kräftig entwickelt hatten. -

Eine präzise zahlenmäßige Erfassung des vor dem zweiten Weltkrieg in Jugoslawien lebenden Deutstums ist kaum möglich, da zuverlässige Unterlagen fehlen. Die Ergebnisse der österreichisch-ungarischen Volkszählung von 1910 und der jugoslawischen von 1921 und 1931 geben für dieses Gebiet in dem die staatlichen Erhebungen im Zeichen eines heftigen Nationalitätenstreits standen, kein völlig zuverlässiges Bild. Die in diesen Volkszählungen verwendeten Erhebungsmerkmale: Muttersprache, nationales Bekenntnis und Religionszugehörigkeit, vermitteln nur annähernd mit der Wirklichkeit übereinstimmende Ergebnisse für die Bestimmung der Volkstumszugehörigkeit.

In einer Völkermischzone wie Jugoslawien, mit Gebieten unterschiedlicher politischer und kultureller Vergangenheit wurden die Umgangs-, Amts- und Hochsprachen oft nebeneinander

oder vermengt gebraucht, oder ihre Geltungsbereiche überschritten sich. Die enge Verzahnung der verschiedenen Siedlungsgebiete und die Durchmischung der Nationalitäten in einzelnen Landesteilen begünstigte den Volkstumswechsel, schuf in Grenzzonen ein schwebendes Volkstum, das sich je nach Opportunität für diese oder jene Nationalität entschied oder von dem jeweiligen Staatsvolk oder dem im betreffenden Gebiet vorherrschenden Volkstum assimiliert wurde.

Diesem Prozeß, dessen Wirkungen seit dem vorigen Jahrhundert im Zeichen des Nationalstaatsgedankens und des Nationalitätenkampfes nachhaltiger wurden, unterlag auch das Deutschtum, seitdem es nach dem Zusammenbruch der habsburgischen Monarchie keinen gesamtstaatlich-dynastischen Rückhalt mehr hatte.

Die letzte jugoslawische Volkszählung vor dem Zusammenbruch des Königreichs, die Zählung vom 31.3.1931, fragte nach der Muttersprache und der Konfession. Ihre Ergebnisse wurden jedoch von den jugoslawischen Behörden nur unvollständig bekanntgemacht und erst nach der Besetzung des Landes durch deutsche Truppen von deutscher Seite veröffentlicht. Die Zählung von 1931 bildet trotz den skizzierten allgemeinen Mängeln der Nationalitätenstatistik den einzigen praktischen Anhaltspunkt, um die Stärke des Jugoslawiendeutschtums zu Beginn der 30er Jahre und für die späteren Jahre zu berechnen.

Nach den Ergebnissen dieser Volkszählung lebten in Jugoslawien 499.969 Deutsche, die Mehrzahl von ihnen in den alten Kolonisationsgebieten des Banats, der Batschka, Baranja und Syrmiens. Im Banat gaben 120.450 Deutsch als Muttersprache an, d.h. zwanzig Prozent der Gesamtbevölkerung. In 33 von 174 Gemeinden und in der Stadt Weißkirchen stellten die Deutschsprechenden die Mehrheit, in sechs Dörfern und in der Stadt Werschetz bildeten sie die stärkste Minderheitengruppe.

Die Batschka wies mit 173.058 Deutschen, die auch hier zwanzig Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachten, die größte deutsche Bevölkerungsgruppe auf. In 36 von 110 Gemeinden siedelten Deutsche in absoluter, in vier weiteren in jeweils relativer Mehrheit. Die Deutschen in der Baranja, mit 15.751 Seelen oder dreißig Prozent der Gesamtbevölkerung eine verhältnismäßig kleine Gruppe, hatten in sieben Ortschaften die absolute Überzahl. Diese drei Gebiete wiesen die dichteste deutsche Besiedlung auf; im Banat und in der Baranja war das Deutschtum die stärkste nationale Minderheit, in der Batschka die zweitstärkste.

Von den rechts der Donau gelegenen Landschaften besaß allein Syrmien eine relativ große deutsche Minderheit von 49.345 Personen oder vierzehn Prozent der Gesamtbevölkerung. Obwohl in Slawonien und Kroatien 80.519 Deutsche lebten, stellten sie nur drei Prozent der Gesamtbevölkerung dar. Charakteristisch für das deutsche Siedlungsbild dieser beiden Landschaften war der vorherrschende Typus kleiner deutscher Gruppen inmitten größerer gemischtnationaler Siedlungen, insbesondere auf dem Lande.

Siedlungen, die ausschließlich oder doch fast ausschließlich von Deutschen bewohnt wurden, gab es nur wenige. In nicht mehr als elf Landgemeinden besaßen Deutsche die absolute Mehrheit, in 25 weiteren die relative. In einer Reihe von Städten lag jedoch der deutsche Bevölkerungsanteil, verglichen mit dem Landesdurchschnitt, höher, z.T. sogar beträchtlich höher. In Bosnien und der Herzegowina stellten die 15.500 Deutschen 0,6 Prozent der Gesamtbevölkerung. Nur vier Ortschaften besaßen eine deutsche Mehrheit, bzw. eine rein deutsche Bevölkerung.

Slowenien, das ehemals zur österreichischen Reichshälfte der Donaumonarchie gehört und wo das Deutschtum bis 1918 eine beherrschende Stellung innegehalten hatte, wies nach der Zählung von 1931 nur noch 28.998 Deutsche, das heißt 2,5 Prozent der Einwohnerzahl, auf. Mit Ausnahme der Orte in der Gottscheer Sprachinsel gab es nur in den Städten Marburg, Pettau und Cilli eine bedeutende deutsche Minderheit.

Der Vergleich mit den Ergebnissen der Zählungen von 1921 und 1910 zeigt einen Rückgang

des Deutschtums, dem in den einzelnen Siedlungsgebieten verschiedene Ursachen zugrunde lagen. In den ehemals südungarischen Gebieten war es vor allem die Madjarisierung, die mit der Apponyischen Schulgesetzgebung von 1907 und den Maßnahmen der ungarischen Verwaltung in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg ihren Höhepunkt erreicht und zur Folge hatte, daß sich zahlreiche Deutsche zum Madjarentum bekannten.

Dieser Prozeß wurde zwar unterbrochen, als das Gebiet an Jugoslawien fiel und die neuen Behörden das deutsche Element für den südslawischen Staat zu gewinnen und dem madjarischen Einfluß zu entziehen versuchten, um ungarischen Revisionsansprüchen zu begegnen. Das anfängliche Entgegenkommen ließ jedoch nach, als sich die außenpolitische Situation des jugoslawischen Staates gefestigt hatte und die Nationalisierung der ehemals südungarischen Gebiete in den Vordergrund des staatlichen Interesses trat, was sich auch in den Methoden und Ergebnissen der Volkszählungen niederschlug.

Diese Entwicklung kann jedoch ebenso wenig wie die Abwanderung österreichisch-ungarischer Beamter und Militärpersonen nach 1918 allein den Rückgang erklären. Weit stärker wirkte sich auf die Bevölkerungszahl der Geburtenrückgang unter den Deutschen aus. In den wirtschaftlich starken Familien, vor allem unter den Bauern der Batschka, herrschte wegen der fehlenden Realteilung das "Ein- oder Zweikinder-System" vor und griff auch auf die sozial schwächeren Bevölkerungsschichten über.

In den ehemaligen südungarischen Gebieten wurde mit der Eingliederung in Jugoslawien der Madjarisierungsprozeß, der neben dem Geburtenrückgang den Bestand des Deutschtums beeinträchtigt hatte, unterbrochen; dagegen setzte sich unter dem Streudeutschtum in Kroatien und Slawonien die Kroatisierung weiter fort, ja, sie verstärkte sich sogar.

Am unmittelbarsten waren ihr jene Gruppen ausgesetzt, die als schwache Minderheiten in kroatischen Dörfern lebten, wirtschaftlich abhängig und nicht in der Lage waren, eigene Schulen zu unterhalten. Ohne Kontakt zu ihren Landsleuten und einem harten Existenzkampf ausgesetzt, suchten sie sich ihrer Umgebung anzupassen und gingen schließlich im Kroatementum auf. Diese Entwicklung wurde erst eingedämmt, als in den 30er Jahren die kulturellen und wirtschaftlichen Organisationen der deutschen Minderheit ihre Erfassungs- und Betreuungsarbeit auch auf das Streudeutschtum auszudehnen versuchten.

Am auffallendsten war nach dem ersten Weltkrieg der Rückgang des Deutschtums in Slowenien, der, soweit der Vergleich der Volkszählungsergebnisse von 1910 und 1921 Schlüsse zuläßt, 62 Prozent betrug. Hier hatte bereits gegen Ende des vorigen Jahrhunderts das national erwachte Slowenentum sich von dem deutschen kulturellen und wirtschaftlichen Einfluß zu emanzipieren begonnen und auf Kosten des Deutschtums ausgebreitet.

Der völlige Umsturz der bestehenden politischen Verhältnisse nach dem Zusammenbruch Österreich-Ungarns gab den Slowenen freie Bahn, um ihre national-völkischen Ziele durchzusetzen. Ehe noch die Friedensverträge die staatspolitischen Veränderungen sanktionierten, hatten die Slowenen bereits begonnen, möglichst viel von dem zu beseitigen, was an die vielhundertjährige Verbindung mit Österreich erinnerte.

Tausende von Deutschen, insbesondere österreichische Beamte und Angehörige freier Berufe, wurden gezwungen, das Land zu verlassen. Viele andere wanderten ab, weil behördliche Anordnungen und Boykottmaßnahmen zum Verlust ihrer wirtschaftlichen Existenz führten. Nicht gering war aber auch die Zahl derer, die, um dies zu vermeiden und den politischen und wirtschaftlichen Repressalien zu entgehen, es vorzogen, von nun ab sich als Slowenen auszugeben.

Parallel zu dieser Rückwanderung von Deutschen nach Österreich in den ersten Nachkriegsjahren lief eine starke Auswanderung nach Übersee. Nach amtlichen Statistiken wanderten allein in den 20er Jahren 29.083 Deutsche nach Übersee aus. Wenn auch für die folgenden Jahre bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges keine amtlichen Unterlagen für die Abwan-

derung von Deutschen aus Jugoslawien zur Verfügung stehen, so darf doch angenommen werden, daß dieser Vorgang unvermindert anhielt, zumal da in der zweiten Hälfte der 30er Jahre zahlreiche Volksdeutsche aus Jugoslawien im Reich Arbeit fanden.

Berücksichtigt man einerseits den geringen Geburtenzuwachs, andererseits den Rückgang der Madjarisierung und Kroatisierung, so wird man die Zahl der Deutschen bei Ausbruch des Krieges mit rund 500.000 ansetzen dürfen.

2. Wirtschaftlich-soziale Struktur.

Als Bauern und bäuerliche Handwerker waren die Vorfahren der Jugoslawiendeutschen ins Land gekommen und bis 1944 lebten sie zum überwiegenden Teil von Landwirtschaft und Gewerbe, in denen ihr Anteil den an der Gesamtbevölkerung übertraf. In der Woiwodina, der zwischen Donau und der jugoslawisch-rumänischen Staatsgrenze liegenden Landschaft, die sich aus den 1918 von Ungarn abgetrennten Teilen des Banats, der Batschka und Baranja zusammensetzte, lebten 84 Prozent der donauschwäbischen Bevölkerung in Landgemeinden, und 65 Prozent der Land- und dreißig Prozent der Stadtbewohner waren in der Landwirtschaft tätig.

Es ist jedoch dabei zu berücksichtigen, daß davon nur eine Minderheit über genügend Boden verfügte, um eine Familie ernähren zu können. Zahlreiche Landwirte waren Zwergbesitzer mit Eigentum bis zu fünf Joch. Die häufig anzutreffende Klischeevorstellung von der Volksgruppe, die sich nahezu ausschließlich aus reichen Bauern zusammensetzte, ist daher durchaus irreführend. Die zunehmende Mechanisierung der Landwirtschaft und die steigende Bodenrente in der Hand des relativ kleinen Bevölkerungsteils der wohlhabenden Bauern führte allerdings zu einer gesellschaftlichen Vorrangstellung dieser Schicht in der Volksgruppe, woraus sich eine starke soziale Differenzierung ergab.

Der Anteil der Deutschen an Handel und Gewerbe, vor allem am Handwerk, war ebenfalls nicht gering. In den Städten zählten mehr als vierzig Prozent, auf dem Lande wenig unter dreißig Prozent der deutschen Bewohner zu diesen Wirtschaftsgruppen; übertroffen wurde dieser Anteil nur von der madjarischen Bevölkerung. Es entwickelte sich vor allem in den Städten ein gewerblicher Mittelstand, der zusammen mit dem wirtschaftlich erstarkenden Bauerntum die Voraussetzung dafür schuf, daß sich nach der Abwanderung der madjarischen Intelligenz in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg neben der serbischen auch eine deutsche führende Gesellschaftsschicht herausbilden konnte.

Erst jetzt begann der soziale Aufbau der Volksgruppe sich zu vervollständigen, nachdem die bisher mit dem gesellschaftlichen Aufstieg verbundene Madjarisierung eingedämmt war. Es waren vornehmlich freie Berufe, besonders die des Apothekers und Arztes, in denen sich Deutsche behaupten konnten. Der Anteil der deutschen Minderheit am Kommunal- und Staatsbeamtentum blieb dagegen verschwindend gering und gab Anlaß zu begründeten Beschwerden. Gering war auch die Zahl der Industriearbeiter, die auf rund 15.000 Personen geschätzt wurden. Sie waren vorwiegend in der Hanf-, Nahrungsmittel- und Textilindustrie sowie in Ziegeleien beschäftigt, d.h. in Industrien, die starken Konjunkturschwankungen unterlagen.

Das Rückgrat der wirtschaftlichen Organisation der Deutschen bildeten die Genossenschaften, von denen die 1922 (1.10.) gegründete landwirtschaftliche Zentralgenossenschaft mbH. "Agraria" in Neusatz die bedeutendste war. Mit Hilfe der Sparstockwirtschaft konnte das notwendige billige Betriebskapital für die Genossenschaften beschafft werden.

1927 wurde die "Agraria" geteilt. Die unter dem alten Namen weiterbestehende Institution blieb als Warenzentrale erhalten, während die aus der 1926 gegründeten Kreditabteilung der "Agraria" hervorgehende "Landwirtschaftliche Zentral-Darlehens-Kasse" den Geldverkehr übernahm und sich als Dachorganisation über den "Bauernhilfen", den lokalen Spar- und Darlehenskassen, erhob. 1927 zählte sie 76 örtliche Kreditgenossenschaften mit 6.097 Mitglie-

dern; das Geschäftsanteile-Kapital betrug 1.120.000 Dinar, während die Spareinlagen sich auf 29,5 und die Darlehensbeträge auf 35,3 Millionen Dinar beliefen.

Trotz der auch auf Jugoslawien einwirkenden Weltwirtschaftskrise machte diese genossenschaftliche Entwicklung weitere Fortschritte: Ende 1932 gehörten der Zentral-Darlehens-Kasse 154 Kreditgenossenschaften mit 20.228 Mitgliedern an, das Geschäftseinlage-Kapital war auf 3,13 Millionen Dinar, die Rücklagen waren auf 4,3 Millionen Dinar, die Sparbeträge auf 88,5 Millionen Dinar und die Darlehen auf 108 Millionen Dinar gestiegen. Im Jahre 1934 wurden schon 332 Ortsgenossenschaften mit 45.000 Mitgliedern gezählt.

Unter der energischen Leitung von Dr. Stefan Kraft, Johann Keks und erfahrenen Fachleuten entfalteten sich diese Organisationen der Selbsthilfe mit dem Schwergewicht in der Woiwodina und in Syrmien. Vergleichbar mit dem freilich noch umfassenderen "spoleczenstwo" der preußischen Polen vor dem ersten Weltkrieg, formte sich auch in Jugoslawien ein eigenes Gemeinwesen der deutschen Volksgruppe, in dem die wohlhabenden Bauern ein unverkennbares Übergewicht besaßen.

Bezeichnend für die fast völlig auf die Landwirtschaft ausgerichtete soziale Struktur der deutschen Minderheit und die Haltung ihrer führenden Männer war, daß die nicht in der Landwirtschaft Tätigen in den deutschen wirtschaftlichen Organisationen fast unbeachtet blieben, wenn es auch an Versuchen einzelner Männer nicht fehlte, gerade diesen Familien auf genossenschaftlichem Wege zu helfen.

Die deutsche Bevölkerung Syrmiens wies eine ähnliche gesellschaftliche Struktur auf wie die der benachbarten Woiwodina. Wenn auch 47 Prozent der deutschen Bewohner in Städten - fast ausschließlich in ausgeprägten Landstädten - wohnten, so war doch die Landwirtschaft der bedeutendste Erwerbszweig. Das Slawoniendeutschtum besaß zwar auch in der Landwirtschaft sein sozialstrukturelles Schwergewicht, verfügt jedoch über einen recht hohen Anteil der in Handel, Gewerbe und Industrie Beschäftigten und zeigte in seiner Struktur große Ähnlichkeit mit dem Deutschtum in Bosnien und der Herzegowina, von dem 57 Prozent in der Landwirtschaft und 28 Prozent in Industrie und Handwerk tätig waren.

Einen von den übrigen deutschen Siedlungsgruppen abweichenden sozialen Aufbau besaßen die Deutschen in Slowenien, jener Landschaft, die schon unter österreichischer Verwaltung über eine gut entwickelte Industrie verfügt hatte. Nach der Eingliederung in das Königreich Jugoslawien war zwar die wirtschaftliche und soziale Vorrangstellung der Volksdeutschen durch behördliche Maßnahmen eingeschränkt worden. Dennoch behielt das Deutschtum noch immer eine starke Position in Industrie, Handel, Handwerk und Gewerbe.

In der Gottscheer Sprachinsel herrschte zwar die Landwirtschaft als wichtigster Beruf vor, aber die durch Erbteilung bedingten Klein- und Zwergwirtschaften und der karge Karstboden reichten für den Lebensunterhalt der Familien nicht aus, so daß sich viele Gottscheer außerhalb der Sprachinsel in der Industrie, Land- und Forstwirtschaft verdingten oder aber den Hausierhandel als zusätzliche Erwerbsquelle betrieben. Der wirtschaftliche Notstand trieb aber auch viele zur Auswanderung, vorwiegend nach Nordamerika. Die Unterstützungen, die von dort aus in die Heimat flossen, waren beträchtlich.

3. Konfessionelle Gliederung, Deutsches Schulwesen und jugoslawische Kulturpolitik.

Von der deutschen Bevölkerung Jugoslawiens bekannten sich 1931 383.674 Personen zur katholischen Kirche und 100.806 zu protestantischen Kirchengemeinschaften, die übrigen zu anderen Konfessionen. Der größte Teil der Protestanten gehörte dem evangelisch-lutherischen Bekenntnis an und konstituierte sich auf Grund des Gesetzes vom 17.4.1930 zur "Deutschen Evangelischen Christlichen Kirche Augsburgischen Bekenntnisses im Königreiche Jugoslawien" unter einem Bischof mit dem Sitz in Agram.

Bis zum Zusammenbruch Jugoslawiens stand ihr der aus Bezanija bei Franztal stammende Bischof Philipp Popp vor, der nach 1945 zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde; weltli-

cher Kirchenpräsident war Dr. Wilhelm Roth aus Groß-Kikinda. Die stärkste Verbreitung besaß das evangelische Glaubensbekenntnis in der Batschka, dem Banat, in Bosnien und Slawonien, wo evangelische Deutsche unter Joseph II., und dann wieder nach der Aufhebung des Einwanderungsverbot für Protestanten von 1859 fast ausschließlich in geschlossenen Gemeinden angesiedelt worden waren.

Die deutsche Kirchensprache bildete eine wesentliche Stütze für die Erhaltung des Volkstums, gefördert durch die Ausbildung der Geistlichen auf deutschen Hochschulen. Die eigene Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche A. B. vom 20.12.1930 sicherte ihren deutschen Charakter.

Größere Schwierigkeiten, die deutsche Kirchensprache und ihr Volkstum zu erhalten, hatten die deutschen evangelisch-reformierten Gemeinden, die vorwiegend in der Batschka lagen. Sie gehörten der "Reformierten Christlichen Kirche Südslawiens" an, in der das Madjarentum das Übergewicht besaß. Der madjarische Einfluß wurde durch den Zusammenschluß der deutschen Gemeinden zu einem eigenen Seniorat in Neuwerbaß am Anfang der 30er Jahre eingeschränkt.

Für die deutsche katholische Bevölkerung wurden durch die Eingliederung der ehemals süd-ungarischen Gebiete Jugoslawiens kirchenpolitisch und -organisatorisch schwierige Probleme aufgeworfen. Das Banat, das zur Tschanader Diözese (Temeschburg) gehört hatte, wurde 1923 zur Apostolischen Administratur erklärt, ebenso wie die früher zum ungarischen Bistum Kalosza gehörende Batschka. Während die deutschen Katholiken innerhalb des Banater Administraturbezirks eine schwache Mehrheit besaßen, überwog in der Batschka das madjarische und slawische Element.

Die Pfarrer in den deutschen Mehrheitsgemeinden entstammten dem einheimischen Volkstum, doch sowohl im Banat und in der Batschka, als auch in der Baranja und in Syrmien, die zum Bistum Djakovo gehörten, nahmen vor allem die älteren Geistlichen in den volkspolitischen Fragen eine indifferente Haltung ein. Dies war eine Folge der konsequenten Madjarisierungspolitik der vergangenen Jahrzehnte, die alle im Bereich der Stephanskronen lebenden Nationalitäten unter Führung der madjarischen Kultur und Sprache zu vereinheitlichen und ihre Ziele durch das madjarisierte Schulwesen, aber auch durch die kirchlichen Institutionen zu erreichen suchte.

Daraus ergab sich ein kultureller und geistiger Abstand zwischen dem auf madjarischen oder kroatischen Hochschulen und Priesterseminaren ausgebildeten Klerus und der deutschsprechenden Bevölkerung, der sich z.T. auch nachteilig auf das religiöse Leben in den einzelnen Gemeinden auswirkte. Erschwerend trat hinzu, daß sich Klerus und Gläubige der aus den bisherigen staatlichen und kirchenorganisatorischen Bindungen gerissenen Gebiete einer neuen, lange ungeklärten kirchenpolitischen Situation gegenübersehen.

Dazu kamen nationalkirchliche Tendenzen und Kroatisierungsbestrebungen, denen das katholische Deutschtum ausgesetzt war. Die auch gegen kirchlichen Grundbesitz rigoros durchgeführte Agrarreform entzog zahlreichen Kirchengemeinden und kirchlichen Institutionen den wirtschaftlichen Rückhalt. Die Vereinstätigkeit im kirchlichen und sozialen Bereich wurde durch die jugoslawischen Behörden behindert, was von den deutschen Gemeinden als ungerechtfertigte und unbegründete Maßnahme empfunden wurde.

Als Ausbildungsstätten der katholischen Geistlichen standen nur kroatische Anstalten in Djakovo, Sarajevo und Split, sowie das Priester-Seminar in Agram zur Verfügung. Nur wenige Geistliche, z.B. Ende der 20er Jahre acht aus dem Banat, hatten die Möglichkeit, an deutschen Hochschulen zu studieren.

Dennoch wurde die Haltung der deutschstämmigen katholischen Geistlichen vor allem in der jüngeren Generation zunehmend volksbewußter; eine aktive Mitarbeit an der Pflege und Erhaltung des Volkstums zeigte sich allerdings erst in späteren Jahren, dann vielfach als Gegen-

bewegung gegen die Bestrebungen der "Erneuerer" und den Einfluß nationalsozialistischer Ideen auf die Volksgruppenorganisation der Vorkriegsjahre.

Die jahrelange Zurückhaltung und das Mißtrauen der katholischen Geistlichkeit gegenüber der zentralisierten Volkstumsarbeit des "Schwäbisch-Deutschen Kulturbundes", in dem sie protestantisierende Tendenzen wahrzunehmen glaubte, hat sie in eine gewisse Isolierung gegenüber der Volkstumsbewegung geführt, aus der sie sich erst in den letzten Jahren vor der Vertreibung zu lösen begann. Nur in der Gottschee betätigte sich der Klerus aktiv in den volkspolitischen Institutionen dieser Siedlungsgruppe. Spannungen zwischen ihm und den Volkstumsorganisationen traten dort kaum auf.

Mit Ausnahme von Slowenien, das ehemals zur österreichischen Reichshälfte gehört und beim Übergang dieses Gebietes an Jugoslawien über eine hochentwickelte deutsche Schulorganisation mit Kindergärten, Volks-, Mittel- und Fachschulen, Lehrerseminaren und Privatschulen verfügt hatte, konnte in den anderen Gebieten von einem ausgebauten deutschen Schulwesen kaum die Rede sein. Im Zug der vor dem Ersten Weltkrieg konsequent betriebenen Madjarisierungspolitik war in den südungarischen deutschen Siedlungsgebieten das seit der Ansiedlung bestehende deutsche Schulwesen aufgelöst worden.

Nur eine Anzahl konfessioneller Volksschulen, vorwiegend in den evangelischen Gemeinden, blieb erhalten. Das gleiche traf auch für die deutschen Siedlungen in Kroatien zu, wo die autonome kroatische Schulgesetzgebung zwar von der Tendenz nicht frei war, die Andersnationalen zu assimilieren, aber die deutschen Schulen nicht ganz unterdrückte.

Gegenüber diesen in den einzelnen Gebieten verschiedenen Schulverhältnissen war die Schulpolitik der neuen jugoslawischen Behörden keineswegs einheitlich. In der Wojwodina wurde von den Behörden, bald nach der Besetzung dieses Gebietes durch serbische Truppen die Umwandlung aller von deutschen Kindern besuchten Schulen in deutsche gefördert; an den früher deutschen Gymnasien in Neuwerbaß und Werschetz wurde wieder die deutsche Unterrichtssprache eingeführt, in Hatzfeld die Errichtung eines deutschen Realgymnasiums gestattet.

Vertreter der Volksgruppe konnten mit den zuständigen Behörden über die Berufung geeigneter deutscher Lehrer aus Österreich und Deutschland verhandeln, um den großen Lehrermangel zu beheben.

Dieses im Vergleich zu den anderen Siedlungsgebieten ungewöhnliche Entgegenkommen der jugoslawischen Behörden entsprang weniger dem Willen, die berechtigten Wünsche der Deutschen auf kulturellem Gebiet zu befriedigen, als vielmehr der Absicht, die Gefahr einer madjarischen Irredentabewegung im nördlichen Grenzgebiet zu bannen und die deutsche Minorität für die eigenen politischen Ziele und Gebietsansprüche zu gewinnen.

Während in Kroatien und Slawonien die Zustände unverändert blieben, setzte in Slowenien sofort nach der Beseitigung der österreichischen Verwaltung eine vor Willkürmaßnahmen nicht zurückschreckende Kampagne gegen das deutsche Element ein. Binnen kurzem wurde die gut ausgebaute deutsche Schulorganisation zerstört. Selbst private Anstalten gingen in slowenischen Besitz über. Das Deutschtum hatte in Slowenien fast alle seine Schulen verloren, noch bevor durch die Verordnung des Unterrichtsministers Pribičević vom Sommer 1922 das gesamte Schulwesen in Jugoslawien verstaatlicht wurde.

Von nun ab gab es nur noch serbische, kroatische und slowenische Schulen, an denen für die Minderheiten auf Antrag der Erziehungsberechtigten von mindestens 30 Kindern Parallelabteilungen errichtet werden sollten. Doch selbst die Errichtung dieser Klassen suchten die Behörden vor allem mit dem Mittel der fragwürdigen Namensanalyse zu unterdrücken, derzufolge entgegen dem Wunsch der Erziehungsberechtigten die Kinder mit slawischen Namen, oft auch dann, wenn nur ein Großelternanteil einen slawischen Namen trug, zum deutschen Unterricht nicht zugelassen und den slawischen Schulen zugewiesen wurden.

Obwohl nach wiederholten Protesten der deutschen Abgeordneten dieser Erlaß zunächst für die Wojwodina und später auch für Slowenien aufgehoben wurde, hielten die subalternen Behörden vor allem in Slowenien und Slawonien-Kroatien ihre Praxis aufrecht. Nicht minder nachteilig für die Schulbildung erwies sich der für die Parallelklassen angeordnete Lehrplan: nach ihm wurde die Staatssprache bereits vom 1. Schuljahr ab gelehrt und rückte nach dem 4. Schuljahr zur Unterrichtssprache auf.

Außerdem wurde nach der Verstaatlichung der Schulen die Übernahme der Lehrer in den Staatsdienst davon abhängig gemacht, daß sie eine Sprachprüfung in der Staatssprache innerhalb eines kurzen Zeitraumes ablegten. Zahlreiche deutschstämmige Lehrer wurden in den Ruhestand oder an andersnationale Schulen versetzt. Durch alle diese Maßnahmen vergrößerte sich der ohnehin beträchtliche Lehrermangel für die deutschen Parallelklassen. Serbische oder kroatische und slowenische Lehrkräfte, die oft die deutsche Sprache nur mangelhaft beherrschten, wurden für den Unterricht der deutschen Kinder herangezogen.

Die schulpolitische Situation der deutschen Minderheit wurde noch dadurch verschlechtert, daß bis zum Jahre 1929 - mit Ausnahme von Altserbien - eine gesicherte Rechtsordnung des Schulwesens fehlte und dieses ausschließlich auf ministeriellen Verordnungen beruhte. Diese waren nicht selten von parteipolitischen und persönlichen Erwägungen beherrscht.

Zugeständnisse des einen Ministers, die oft erst nach mühsamen Verhandlungen durch die Abgeordneten oder kulturpolitischen Organisationen der Minderheit erwirkt worden waren, wurden von anderen wieder aufgehoben. Von einem Schulrecht der deutschen Minderheit konnte unter diesen Bedingungen genau so wenig die Rede sein wie von dem einer anderen Minorität.

Erst nachdem das Volksschulwesen durch das Gesetz über die Volksschulen vom 5.12.1929 gesetzlich geregelt war, konnten auf Grund von vier Verordnungen des Unterrichtsministeriums vom 1.9.1930, 14.2.1931, 24.1. und 3.4.1933, welche die Vertreter der deutschen Minderheit nach langwierigen Verhandlungen erzielten, die Voraussetzungen für den Aufbau eines deutschen Volksschulunterrichts geschaffen werden. Damit waren die im Minderheitenschutzvertrag vom 10.9.1919 garantierten nationalkulturellen Rechte wenigstens teilweise in die schulpolitische Praxis umgesetzt.

Durch diese Verordnungen wurde die Namensanalyse verboten, die Berücksichtigung der Familiensprache vorgeschrieben, das Deutsche in den ersten vier Klassen als Unterrichtssprache belassen und nur vier Stunden Unterweisung in der Staatssprache vom 3. Schuljahr ab vorgeschrieben. In der 5. und 6. Klasse mußten zusätzlich die sogenannten nationalen Fächer, Geschichte und Geographie, in serbokroatischer Sprache gelehrt werden. Das vertrug sich nicht mit den Vorschriften des § 45 des Volksschulgesetzes, in dem festgesetzt worden war, daß "der Unterricht ... in der Muttersprache der Schüler erteilt" werden müsse.

Ebensowenig ließ sich der Fortfall des deutschen Unterrichts im 7. und 8. Schuljahr und die Tatsache, daß noch immer Kinder aus Mischehen, deren Väter südslawischer Nationalität waren, allein in Schulen mit staatlicher Unterrichtssprache eingeschrieben wurden, mit dem Minderheitenschutzgesetz vereinbaren; denn seine Artikel 8 und 9 garantierten den Angehörigen der verschiedenen, nicht zu den drei Staatsvölkern gerechneten Nationalitäten den freien Gebrauch ihrer Muttersprache im Unterrichtswesen.

Im Rahmen dieser im ganzen jedoch nicht ungünstigen Ordnung des Volksschulwesens gelang es, die Zahl der deutschen Parallelabteilungen an den Volksschulen zu erhöhen. Dem Lehrermangel wurde durch die Errichtung einer privaten deutschen Lehrerbildungsanstalt in Groß-Betschkerek im Oktober 1931, die im Herbst 1933 nach Neuwerbaß verlegt wurde, abgeholfen. Zugleich genehmigte die Verordnung vom 1.9.1930 die Errichtung von privaten deutschen Kindergärten und die Organisation von Analphabetenkursen.

Um alle diese privaten Anstalten zu unterhalten, gründeten die Kultur- und Wirtschaftsorgani-

sationen der deutschen Minderheit im Jahre 1931 die "Schulstiftung der Deutschen des Königreichs Jugoslawien", die allerdings erst 1933 von Unterrichtsminister R. Stanković genehmigt wurde. Sie übernahm den Hauptanteil an der Finanzierung der privaten deutschen Schulen und der übrigen kulturellen Einrichtungen und erhielt sich durch Beiträge der gesamten Minderheit.

Damit - waren wesentliche Fortschritte erzielt, sogar von der Bestimmung des jugoslawischen Gesetzes über die Lehrerausbildung vom 27.9.1929, die die Eröffnung privater Lehrerbildungsanstalten verbot, wurde zugunsten der deutschen Minderheit eine Ausnahme gemacht. Überhaupt konsolidierte sich zu Beginn der 30er Jahre auf kulturpolitischem Gebiet die Lage der Volksgruppe, wenn auch weiterhin die Schulfrage die volle Aufmerksamkeit der politischen Repräsentanten der deutschen Volksgruppe erforderte.

Bezeichnenderweise wurden Zugeständnisse im Schulwesen meist erst durch Wahlabsprachen und den Beitritt der deutschen Abgeordneten zur Regierungspartei ermöglicht. Dadurch konnte der Rückhalt bei der Belgrader Zentralregierung verstärkt werden; gelegentlichen Willkürmaßnahmen und Schikanen der lokalen und regionalen Behörden konnte nicht zuletzt aus außenpolitischen und wirtschaftlichen Rücksichten auf das Deutsche Reich die Spitze abgebrochen werden.

Wenn sich so die Lage im Schulwesen ganz beträchtlich verbesserte, so ist es doch nicht gelungen, die prinzipielle Spannung zwischen dem großserbischen Unifizierungswillen im jungen südslawischen Staat und den selbstbewußter vertretenen national-kulturellen Ansprüchen der deutschen Minderheit zu beseitigen und eine beide Teile auf die Dauer befriedigende Lösung zu erreichen.

4. Politische Struktur des Deutschtums und sein Verhältnis zum Staat bis zur Zerschlagung Jugoslawiens.

Mit Ausnahme der slowenischen Gebiete und der vom gemeinsamen österreichisch-ungarischen Finanzministerium verwalteten Provinzen Bosnien und Herzegowina gehörten die deutschen Siedlungsgebiete, die in den neuen südslawischen Staat eingegliedert wurden, der ungarischen Reichshälfte an. Ihre Bewohner, die ihrer Herkunft nach nicht einheitlich waren, wurden unter dem Namen der Donauschwaben zusammengefaßt. Ohne ein politisch bewußtes nationales Zusammengehörigkeitsgefühl betrachteten sie sich als loyale Staatsbürger dem ungarischen Staat verbunden und traten zunächst entschieden der Zerstückelung der Monarchie entgegen.

Dem Beispiel der anderen Nationalitäten folgend, bildeten sie nach der Proklamation der ungarischen Republik einen "Schwäbischen Nationalrat" unter Dr. O. Roth, der in einem Manifest vom 8.12.1918 in Temeschburg die Forderung des Serbischen Nationalrats in Neusatz und des rumänischen in Karlsburg, das Banat von Ungarn abzutrennen, ablehnte. Diese Haltung bewahrten die Donauschwaben auch in den folgenden Jahren bis zur endgültigen Grenzregelung; sie trat nur zeitweilig zugunsten der Forderung nach einer Autonomie der südongarischen Gebiete zurück.

Da für diese Deutschen, im Gegensatz zu den umwohnenden Rumänen und Slawen, nicht die Möglichkeit gegeben war, staatlichen Anschluß an ihr Muttervolk zu finden, stand ihnen allein die unsichere Aussicht vor Augen, den Staat, der ihnen zum Vaterland geworden war, gegen einen anderen, fremden vertauschen zu müssen. Seinen drei Staatsvölkern die Superiorität zuzuerkennen, mußte ihrem Selbstbewußtsein schwerfallen.

Andererseits lag es für eine Minderheit, die sich ihres deutschen Volkstums bewußt war, nahe, die Separationsbestrebungen der Rumänen und Serben zu unterstützen; denn nur eine Loslösung vom ungarischen Staat konnte die Masse des Deutschtums dem madjarischen kulturellen Einfluß entziehen. So wurden unter der Parole "Los von Ungarn" in den Städten und Dörfern "Deutsch-schwäbische Klubs" gegründet, in denen ein kulturelles Deutschbewußtsein geweckt

werden sollte; manche Kreise des Deutschtums zeigten sich dem Werben von rumänischer und serbischer Seite zugänglich, die beide Anspruch auf das Banat erhoben.

Die Mehrheit der donauschwäbischen Bevölkerung blieb jedoch ungarfreundlich und lehnte dieses Vorgehen ab. Überbrückt wurde der Gegensatz erst durch den Protest, den die deutsche Bevölkerung der Woiwodina gegen die auf der Pariser Friedenskonferenz beschlossene Teilung des Banats erhob. Diese Grenzziehung zerstückelte das Banat zwischen Jugoslawien, Rumänien und Ungarn, sie schlug außerdem die Batschka und das Baranjadreieck zu Jugoslawien, das damit einen großen Teil der donauschwäbischen Siedlungsgebiete erwarb.

Die Deutschen in diesem Gebiet wurden, in ihrer überwiegenden Zahl widerstrebend, aus alten politischen Bindungen gerissen und in völlig veränderte Verhältnisse gestellt. Von ihren Landsleuten in der nächsten Nachbarschaft wurden sie getrennt; mit anderen deutschen Gruppen zusammen, mit denen sie kein Zusammengehörigkeitsgefühl verband, sahen sie sich als nationale Minderheit in einen neuen Staat versetzt, der selbst mit einer Fülle außen- und innenpolitischer Probleme belastet war und bis zu seinem Ende im Jahre 1941 sich niemals ganz konsolidieren konnte.

Das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen faßte die drei ethnisch nahe verwandten südslawischen Völker zu einem Staat zusammen, ohne aber in den beiden folgenden Jahrzehnten die Verschiedenheiten und Gegensätze überwinden zu können, die sich aus der bisher unterschiedlichen historischen Entwicklung dieser Völker und ihrer Siedlungsgebiete ergaben. Der Führungsanspruch der Serben, die für einen zentralistischen Aufbau des Staates eintraten, ihn an die mittelalterliche Tradition des serbischen Zarenreiches binden und diese auch den neuen Gebieten zu vermitteln suchten, stieß auf den entschiedenen Widerstand der Kroaten und auf deren Forderungen nach einem föderativen Staatsaufbau.

Während sich außenpolitisch die Stellung Jugoslawiens durch die vertragliche Sicherung der neuen Grenzen und den Abschluß eines Bündnissystems festigte, blieben die von dem serbisch-kroatischen Gegensatz überschatteten innenpolitischen Probleme größtenteils ungelöst. Die jeweilige außen- und innenpolitische Konstellation wirkte sich auch auf das Verhältnis der drei Staatsvölker zu den in ihren Siedlungsgebieten lebenden Minderheiten und auf deren Behandlung durch die lokalen und zentralen Behörden aus.

Die deutsche Bevölkerung, die in geschlossenen oder verstreuten Siedlungsgebieten in Jugoslawien lebte und sich, soweit sie der Doppelmonarchie angehörte, bis zu deren Zerfall als Glied des Staates gefühlt hatte, wurde nun zu einer über die neue staatliche Ordnung enttäuschten Minderheit, die ein Gruppenbewußtsein erst mühsam gewinnen mußte.

Die gegen sie gerichteten Maßnahmen zunächst in den slowenischen, dann auch in den ehemals süngarischen Gebieten, erschwerten ihre Hinwendung zum SHS-Staat, dem sie sich gleichwohl loyal unterstellten. Gerade die gegen das Deutschtum gerichteten Maßnahmen haben die Entstehung eines Gemeinschaftsbewußtseins der über das ganze Land verstreuten deutschen Bevölkerungsgruppen gefördert.

Von seinen bisherigen kulturellen und wirtschaftlichen Verbindungen durch die neuen Grenzen abgeschnitten oder wie in Slowenien durch politische Maßnahmen seiner organisatorischen und kulturellen Institutionen beraubt, richtete das Streudeutschtum seinen Blick auf das zusammenhängende deutsche Siedlungsgebiet der Woiwodina mit dem Zentrum in Neusatz. Dieses wurde der Ausgangspunkt der Bestrebungen, die deutsche Bevölkerung organisatorisch zu erfassen, sie kulturell und wirtschaftlich zu stützen und in ihr ein Bewußtsein volklicher Eigenart zu wecken. Dieser Prozeß vollzog sich allerdings nur allmählich und war noch nicht abgeschlossen, als der deutsche Angriff im Frühjahr 1941 die Zerschlagung Jugoslawiens einleitete.

Die Entfaltung einer solchen Initiative unter den Deutschen der Woiwodina war deshalb möglich, weil hier die jugoslawischen Behörden die deutsche Bevölkerung für den neuen jugosla-

wischen Staat zu gewinnen und dem madjarischen Einfluß zu entziehen trachteten. So gewährte sowohl die in Neusatz errichtete Provisorische Provinzialregierung wie auch die Zentralregierung in Belgrad den Deutschen in der Woiwodina wesentliche Zugeständnisse auf kulturpolitischem Gebiet, vor allem im Schulwesen.

In den von deutschen Kindern besuchten madjarischen Schulen wurde die deutsche Unterrichtssprache eingeführt, neue Volks- und Bürgerschulen wurden errichtet, deutsche Zeitungen gegründet, die für die Erhaltung des Volkstums eintraten. Gerade im Zeitungswesen ist dem Deutschtum auch fortan ein Bereich relativ unbehelligten Wirkens erhalten geblieben.

Der Anstoß für die volkspolitische Arbeit ging von einer kleinen Gruppe deutscher Akademiker aus, die meist der jüngeren Generation angehörten. In Verhandlungen mit den regionalen und zentralen jugoslawischen Behörden suchten sie die bisherigen kulturpolitischen Erfolge zu sichern und gründeten am 20.6.1920 den "Schwäbisch-Deutschen Kulturbund" mit dem Sitz in Neusatz.

Ziel des Kulturbundes war laut seinen Satzungen die Pflege der Volkstumsüberlieferung, die Verbreitung von Büchern, Kunstwerken, Musikalien und Filmen, die Einrichtung und Förderung von Bibliotheken und anderen, der Volksbildung dienenden Institutionen, die Veranstaltung von Vorträgen und künstlerischen Darbietungen, die Ausbildung deutscher Lehrer und Geistlicher und die Förderung der sozialen Fürsorge und von wirtschaftlichen Einrichtungen. In den Jahren bis 1924 gelang es, während der ersten Aufbauphase in der Woiwodina und in Syrmien 128 Ortsgruppen mit insgesamt 55.000 Mitgliedern zu errichten.

Wegen der Schwierigkeiten, die dem Kulturbund sowohl aus den Behinderungen durch die lokalen Behörden wie aus der nationalen Indifferenz der deutschen Bevölkerung bei seiner Arbeit erwuchsen, breitete er sich zuerst nur über die Woiwodina und einzelne deutsche Siedlungen Syrmiens aus, ohne daß er zugleich in Slawonien, Kroatien und in Slowenien Fuß fassen konnte.

In dem Maße, wie sich die außenpolitische Position des jugoslawischen Staates gegenüber Ungarn festigte, empfanden Regierungskreise die Herausbildung einer geschlossenen deutschen Gruppe in der Woiwodina als störend und suchten ihre Aktivität vor allem im Bereich der Kulturpolitik zu unterbinden.

So wurde das aufblühende deutsche Schulwesen durch die Verstaatlichung sämtlicher Schulen im Jahre 1922 zerstört, die Einschreibungen in die deutschen Schulabteilungen wurden durch die Namensanalyse behindert, schließlich der Kulturbund aufgelöst und sein gesamtes Vermögen im Frühjahr 1924 beschlagnahmt. Auch nach der Aufhebung des Verbots im Oktober des gleichen Jahres blieb das Vermögen des Kulturbundes konfisziert und seine Tätigkeit durch die Behörden unterbunden, bis er 1927 erneut zugelassen wurde und seine Organisation in einer zweiten Phase ausgebaut werden konnte.

Unbeeinträchtigt in seinem Wirkungskreis blieb das deutsche Genossenschaftswesen. Die "Agraria" wurde der Ausgangspunkt für den Ausbau eines umfangreichen Systems von Wirtschafts- und Kreditgenossenschaften, das der bäuerlichen deutschen Bevölkerung einen starken wirtschaftlichen Rückhalt gab, als sie sich nach den schweren Einbußen des Deutschtums durch die Agrarreform umorientieren mußte.

Außerdem wurde durch das Genossenschaftswesen unter den donauschwäbischen Bauern, die in starkem Maße einem wirtschaftlich-materiellen Denken zugewandt waren, auch das Interesse für Volkstumsfragen geweckt. In der wechselvollen innenpolitischen Entwicklung, die zeitweilig zum Verbot sämtlicher deutschen kulturellen und politischen Institutionen führte, blieb das deutsche Genossenschaftswesen oft die einzige organisatorische Zusammenfassung des Deutschtums überhaupt.

Andererseits krankte es an den Mängeln, die die Arbeit in den deutschen Siedlungsgruppen überhaupt erschwerten. Die der bäuerlichen Mentalität angepaßte Form der Volkstumsarbeit

brachte es mit sich, daß ein beträchtlicher Teil der nichtbäuerlichen deutschen Bevölkerung, vor allem die Industriearbeiter, oft nicht auf seine Rechnung kam. Das galt in gewissem Grade auch für Arbeit der Genossenschaften.

Einzelne Jugoslawiendeutsche versuchten zwar, durch sogenannte Wohlfahrtsgenossenschaften, d.h. Sparvereine, Krankenkassen usw. auch die sozial schwächeren deutschen Bevölkerungsschichten in die Volkstumsarbeit einzubeziehen und durch eine Verklammerung mit ähnlichen Genossenschaften der Staatsvölker eine wirtschaftliche, politische und soziale Isolierung des Deutschtums zu unterbinden. Sie fanden aber bei den maßgebenden Männern der deutschen Minderheit nicht viel Verständnis, noch weniger die notwendige Unterstützung.

Das anfänglich entgegenkommende Verhalten der jugoslawischen Behörden im Schulwesen gegenüber den Deutschen der Woiwodina förderte die Erwartung der deutschen Führungsschicht, daß der deutschen Minderheit auch die vollen politisch-staatsbürgerlichen Rechte gewährt werden würden, um sie am Aufbau des neuen Staates nicht nur in der Selbstverwaltung, sondern auch in den staatlichen Gremien zu beteiligen.

Bald trat jedoch die Tendenz zutage, die Minderheiten von jeder Mitwirkung am politischen Leben, ja auch aus der kommunalen Selbstverwaltung fernzuhalten. Die führenden Persönlichkeiten der Minderheit mußten daraus die Folgerung ziehen, daß sie ohne eine politische Vertretung im Belgrader Parlament, der Skupschtina, ihre Ziele nicht durchsetzen könnten.

An die Tradition der seit 1905 bestehenden "Ungarländischen Deutschen Volkspartei" anknüpfend, gründeten die führenden Männer der deutschen Minderheit die "Partei der Deutschen im Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen", die bei der ersten Parlamentswahl 1923 insgesamt acht Mandate erringen konnte und sich dem Regierungsblock anschloß.

Bis zur Auflösung der "Deutschen Partei" durch das königliche Diktatorialregime im Januar 1929 konnte sie bei den beiden Wahlen von 1925 und 1927 mit 45.172, bzw. 48.032 Stimmen zuerst fünf, dann sechs Mandate behalten. Trotz dieser Vertretung im Parlament blieb die kulturelle und politische Situation der deutschen Minderheit weiterhin angespannt.

In serbischen und auch slowenischen politischen Kreisen war die Herausbildung einer politisch aktiven deutschen Minderheit im Grunde nicht erwünscht, wie die Wahlpropaganda gegen die "Partei der Deutschen" im Jahre 1925 und die von den regionalen und lokalen Behörden behinderte politische und kulturelle Betätigung der deutschen Minderheit zeigte.

Besonders ungünstig war die Lage in der Woiwodina während der 20er Jahre. Hier wurden auf dem durch die Bodenreform enteigneten Land meist madjarischer und deutscher Großgrundbesitzer vor allem Dobrowolzen angesiedelt, während die deutsche landlose Bevölkerung unberücksichtigt blieb.

Dazu kam die Einsetzung meist ortsfremder serbischer Beamter. Erst nach oft wiederholten Interventionen der deutschen Abgeordneten wurden 1927 in der Woiwodina, in der die Gemeindeverwaltung bis dahin in den Händen von ernannten Beamten gelegen hatte, die ersten Kommunalwahlen abgehalten; dadurch erhielt die deutsche Bevölkerung einen stärkeren Anteil an der Selbstverwaltung.

In den hauptsächlich von Kroaten besiedelten Gebieten wurde jede von deutscher Seite unternommene kulturelle oder parteipolitische Betätigung von den Behörden mit doppeltem Mißtrauen beobachtet, da die dort lebenden Deutschen meist die in scharfer Opposition zur Regierungspolitik stehende "Kroatische Bauernpartei" wählten und einzelne Deutsche sogar für diese Partei kandidierten. Auf kroatischer Seite blieb hingegen der Verdacht bestehen, daß die die serbische Regierungspartei unterstützende "Partei der Deutschen" im großserbischen Fahrwasser segle.

Der seit der Gründung des Staates schwelende Antagonismus zwischen Serben und Kroaten, der, mit dem Attentat auf den kroatischen Parteiführer Radić in der Skupschtina (20.6.1928) seinen Höhepunkt fand, drohte zum Zerfall des Staates zu führen. Daher hob König Alexander

durch den Staatsstreich vom 6.1.1929 die Verfassung auf und setzte ein Militärkabinett unter General Zivković ein. Die Königsdiktatur brachte ein Verbot aller Parteien mit sich, die ausschließlich auf der Grundlage einer Nationalität aufgebaut waren.

Das richtete sich zwar vornehmlich gegen die kroatischen Autonomiebestrebungen und schuf unter den Kroaten nachhaltige Erbitterung. Ebenso aber bedeutete dieses Verbot das Ende der "Partei der Deutschen", die nicht wieder zugelassen wurde. Auch der Kulturbund, der im Jahre 1927 wenigstens in der Woiwodina seine Tätigkeit wieder aufnehmen konnte, mußte unter diesem Gesichtspunkt seine Satzungen überarbeiten und erneut zur Genehmigung einreichen, die endlich 1931 erteilt wurde.

Trotz dieser Verschlechterung der Gesamtlage für die Minderheitenpolitik gelang es den Führern des Deutschtums in Jugoslawien, vor allem dank der Initiative von Dr. Kraft, unter dem königlichen Diktaturregime wesentliche Zugeständnisse für die deutschen Schulen, ja sogar die Gründung einer Schulstiftung in zähen Verhandlungen zu erwirken, obwohl auch in der oktroyierten Verfassung von 1931 die Rechte der nationalen und religiösen Minderheiten nicht gewährleistet waren.

Die jahrelange Verletzung der Minderheitenrechte und die Aussichtslosigkeit, diese Rechte auf innerstaatlichem Wege durchzusetzen, bewog schließlich die Wortführer des Deutschtums in Slowenien, das sich dem stärksten Druck ausgesetzt fühlte, wegen der Beschlagnahme des "Deutschen Hauses" in Cilli Klage beim Völkerbund zu erheben.

Dadurch sollte die Weltöffentlichkeit auf die Minderheitenproblematik in Jugoslawien aufmerksam gemacht werden. Eine Erörterung dieser Frage, die zwangsläufig auch die mit einem demokratischen System unvereinbare innenpolitische Praxis des südslawischen Staates aufge- rollt hätte, kam den verantwortlichen Politikern äußerst ungelegen, und sie versuchten, die Petenten zur Rücknahme ihrer Beschwerde zu bewegen. Zu diesem Schritt fanden sich diese auch bereit, nachdem sich die Regierung zur Zahlung einer Entschädigung und zu Zugeständnissen auf kulturpolitischem Gebiet bereitgefunden hatte. ...<<

06.12.1918

Deutsches Reich: Als alle deutschen Truppen ihre Waffen niedergelegt haben, verstärken die Siegermächte am 6. Dezember 1918 die Seeblockade auch im Ostsee-Raum, um das Deutsche Reich systematisch auszuhungern.

Als die wahren Absichten der Siegermächte bekannt wurden, mußten die Deutschen bestürzt und verzweifelt zur Kenntnis nehmen, daß man sie arglistig getäuscht hatte, denn fast alle Vereinbarungen und verbindlichen Zusagen des Waffenstillstandsvertrages blieben später unberücksichtigt. Vor allem für die deutschen Siedler in Ost- und Mitteleuropa sollte sich diese völkerrechtswidrige "Friedenspolitik" schon bald verheerend auswirken.

12.12.1918

Österreich: Die provisorische österreichische Regierung schreibt am 12. Dezember 1918 an US-Präsident Wilson (x028/44): >>Aus einer Mitteilung der tschechoslowakischen Regierung ist zu ersehen, daß die alliierten Mächte angeblich die Absicht haben, die großen, zusammenhängenden Gebiete Böhmens und Mährens, die von mehr als 3 Millionen Deutschen bewohnt werden, dem tschechoslowakischen Staat einzuverleiben.

Über den deutschen Charakter der in Rede stehenden Gegenden kann kein Zweifel obwalten. Ihre Bevölkerung hat bei verschiedenen Gelegenheiten ihren heißen Wunsch zu erkennen gegeben, ihre Freiheit aufrechtzuerhalten und vom tschechoslowakischen Staat unabhängig zu bleiben. ...

Sollten die alliierten Mächte in dieser Hinsicht jedoch Zweifel hegen, so schlägt die deutsch-österreichische Regierung vor, die Lage unverzüglich durch eine unter neutraler Aufsicht stattfindende Volksabstimmung, die nicht nur unter Gewährleistung freier Stimmabgabe, sondern auch unter Inachtnahme anderer Garantien stattfinden müßte, zu klären.

In jedem Fall ersucht die deutsch-österreichische Regierung die alliierten Mächte, über das Schicksal der fraglichen Bevölkerung nicht anders als auf Grund einer solchen Volksabstimmung entscheiden zu wollen. ...<<

19.12.1918

Deutsches Reich: Am 19. Dezember 1918 stimmt der Reichskongreß der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin über die Streitfrage ab: "Rätestaat oder demokratische Republik?"

Der Kongreß entscheidet sich schließlich am 19. Dezember 1918 mit 400 gegen 50 Stimmen für die Einberufung einer Nationalversammlung (x059/49).

Nach der Abstimmungsniederlage versuchen die Spartakisten, ihren diktatorischen Rätestaat gewaltsam durchzusetzen.

20.12.1918

Frankreich: Die französische Regierung lehnt am 20. Dezember 1918 die geforderte Volksabstimmung im Sudetenland ab. England schließt sich im Januar 1919 an.

30.12.1918

Deutsches Reich: Unter Leitung des deutsch-sowjetischen Politikers Karl Radek beschließen die Delegierten des Spartakusbundes am 30. Dezember 1918 die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD). Den KPD-Vorsitz übernimmt Wilhelm Pieck (1876-1960, später Präsident der DDR).

Die KPD verfolgt von Anfang das Ziel, jegliche parlamentarische Ordnung zu zerstören. Naturgemäß nutzt man das bestehende Chaos und die große Massenverelendung konsequent aus. Mit ihren bekannten Parolen ("Proletarier aller Länder, vereinigt euch" etc.) gaukeln die Kommunisten den verzweifelte Deutschen ein "Arbeiter- und Bauernparadies" vor, daß angeblich mit Lenins Hilfe im Deutschen Reich entstehen soll.

Dezember 1918

Deutsches Reich: Polnische Truppen besetzen im Dezember 1918 die preußische Provinz Posen. Die polnischen Aufstände in West- und Ostpreußen sowie Oberschlesien scheitern zunächst (x064/126).

Der spätere Außenminister Walther Rathenau kündigt bereits im Dezember 1918 in einem offenen Brief den Zweiten Weltkrieg an (x337/150): >>Wer Deutschland in 20 Jahren besuchen wird, das Deutschland, das er als eines der schönsten Länder der Erde gekannt hatte, wird fühlen, wie sein Herz in Trauer und Scham versinkt. ...

Die deutschen Städte werden nicht gerade Ruinen sein; sie werden halbtote Steinblöcke sein, die zum Teil noch von verelendeten, verhärmten Wesen bewohnt werden. ... Das Land wird unter Füßen zertrampelt, die Wälder umgehauen sein, die wenigen Felder werden eine miserable Ernte aufweisen, Häfen, Eisenbahnen, Kanäle werden ruiniert und verfallen sein, und überall werden noch mächtige Bauten aus der Vergangenheit stehen, zerbröckelnde Erinnerungen an das Zeitalter der Größe. ...

Der deutsche Geist, der einst für die Welt gesungen und gedacht hatte, wird der Vergangenheit angehören, und das Volk, das heute immer noch jung und stark und von Gott für das Leben geschaffen ist, wird nur noch im Zustand lebender Toter existieren. ...<<

Herbert Ludwig berichtet am 4. August 2014 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die politische Einflußnahme der britischen Freimaurer Cecil Rhodes und Alfred Milner vor dem Ersten Weltkrieg (x968/...): >>**Wie einflußreiche Kreise in England zum Ersten Weltkrieg trieben**

Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts hatte sich in Englands Oberschicht ein Netzwerk von lockeren Kreisen, Gruppen und Clubs gebildet, die aus dem Anspruch gottgewollter Überlegenheit der englischen "Rasse" intensiv für eine imperialistische Ausbreitung des Britischen Empire wirkten und einen Krieg mit dem aufstrebenden Deutschen Reich für unausweichlich hielten.

Im Mittelpunkt dieses Netzes stand eine von Cecil Rhodes, Alfred Milner und anderen gegründete geheime Gesellschaft, die nach Rhodes Tod im Jahr 1902 von Milner dominiert wurde. Dieser war Zentrum einer "Armee von Milianern", wie ein Freund formulierte, die allesamt von seiner Führung und Inspiration abhingen.

Spiritismus und Prophezeiungen des kommenden Krieges

Viele, wie Cecil Rhodes und Alfred Milner, die einer Freimaurer-Loge angehörten, hatten ernstes Interesse an okkulten, spiritistischen Phänomenen und erhofften sich von dort Rat und Hilfe für ihre politischen Pläne. Zu ihnen zählte auch der zur Rhodes/Milnerschen Geheimgesellschaft gehörende Arthur J. Balfour (1848-1930; Premierminister 1902-1905, Marineminister 1915-1916, Außenminister 1916-1919).

Seit dem Tod seiner Verlobten Mary Lyttelton im Jahr 1875 befaßte er sich mit dem Spiritismus, "um der Geliebten im Jenseits nachzuforschen." (Markus Osterrieder: Welt im Umbruch, Stuttgart 2014, S. 873) 1880 trat er der Metaphysical Society bei und wirkte 1893/94 als Präsident der Society für Psychical Research, aus der sich zahlreiche Anhänger Alfred Milners rekrutierten. "Schließlich empfing er am Palmsonntag des Jahres 1912 mit Hilfe des Mediums 'Mrs. Willet' ... und ihrer Fähigkeit des automatischen Schreibens das erste Skript von Mitteilungen 'Mary Catherine Lytteltons'; die 'Korrespondenz' bestand fortan bis zu Balfours Tod 1930.

Balfours Nichte und Biographin merkte an: Niemand kann Arthur Balfour verstehen, der vergißt, daß das Interesse für spekulative Gedanken Teil des Gefüges seiner alltäglichen Existenz war, wo auch immer er war, was auch immer er tat." (A.a.O.)

1916, als er Außenminister des Kriegskabinetts unter Lloyd George wurde, erhielt Arthur Balfour von Arthur Conan Doyle, Spiritist und Erfinder der Romanfigur Sherlock Holmes, die Nachricht, der 1912 beim Untergang der Titanic ums Leben gekommene W. T. Stead (ein enger Freund Rhodes, Milners und Balfours) lasse ihm ausrichten, daß er mit Cecil Rhodes an seiner Seite "in die Augen Christi geblickt habe". Und er habe gesagt: "Richte Arthur aus, daß seine Arbeit auf Erden heilig und göttlich ist - daß seine Botschaft die Meine ist." (Osterrieder, S. 873-74)

Osterrieder stellt fest, daß sich seit den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts in England "im Verlauf von spiritistischen Séancen Erscheinungen manifestierten, die über einen kommenden europäischen Krieg prophezeiten." So erfolgte eine solche "Geistmitteilung" im Kreis des Spiritualisten William Oxley in Manchester, die 1885 veröffentlicht wurde.

Darin war "von einem mächtigen Kampf, einem schrecklichen Blutvergießen" die Rede, das nach Ablauf von vierzehn Jahren eintreten werde, von "einer Entthronung der Könige, einem Umsturz der Mächte. "Die wichtigste Frage ist: Wird Britannien für immer verloren sein?" Dies wurde in der Mitteilung durchaus für möglich gehalten, wenn nicht eine große spirituelle Macht interveniere. Aber um es retten zu können, müsse Britannien "sein bestes Blut lassen." (S. 874)

"Das Medium Leonora Piper (1857-1950) wiederum, welches (den Physiker) Oliver Lodge, den Philosophen William James und Richard Hodgson (prominentes Mitglied der englischen wie amerikanischen Societies for Psychical Research) vom Spiritismus überzeugte, kündete um 1898 von der neuen Geistesoffenbarung im 20. Jahrhundert, doch solle dem ein schrecklicher Krieg in verschiedenen Teilen der Welt vorangehen, in dem 'die ganze Welt geläutert und gereinigt werden' müsse."

Auch die Ehefrau des Politikers Alfred Lyttelton, Dame Edith, "hielt in ihren seit 1913 praktizierten automatischen Aufzeichnungen fest, daß ein großer Krieg unweigerlich kommen müsse, und präziserte zwischen dem 9. Und 21. Juli 1914, daß der erwartete Moment nun eingetreten sei." Sie hatte 1901 die Victorian League mitbegründet, um die von Alfred Milner vertretene Zukunftsvision des Empire zu verbreiten.

Im Februar 1914 meldete sich der mit der Titanic untergegangene "Geist" des Milner-Freundes William T. Stead auf einer spiritistischen Sitzung im Little Theatre im australischen Sydney und prophezeite über das bekannte Medium Mrs. Foster Turner den fast tausend versammelten Menschen: "Obwohl nun gegenwärtig kein Zeichen eines großen Europäischen Krieges auszumachen ist, warne ich euch dennoch, daß bevor das Jahr 1915 zur Neige geht, Europa von Blut überschwemmt wird.

Unsere geliebte Nation Großbritannien wird in den schrecklichsten Krieg gezogen werden, den die Welt jemals gekannt hat. Deutschland wird der große Gegenspieler sein und wird andere Nationen mit sich ziehen. Österreich wird sich zugrunde richten. Könige und Königreiche werden fallen. Millionen von wertvollen Leben werden hingeschlachtet, aber Britannien wird schließlich triumphieren und siegreich hervorgehen." (S. 878)

Wer diese Dinge als privaten Humbug betrachtet, der doch mit der Politik nichts zu tun habe, verschließt sich vor geschichtlich wirksamen Tatsachen. Daß zahlreiche hoch angesehene Wissenschaftler und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in England nach vielfältigen ernsthaften Prüfungen die Echtheit spiritistischer Phänomene anerkannten und davon in ihrem Handeln beeinflusst wurden, ist eine Realität.

Das schließt nicht aus, daß es auch Unsinn und Täuschungen gab. Rudolf Steiner, der als zeitweiliger Leiter der deutschen Sektion der von der Britin Anni Besant geführten Theosophischen Gesellschaft die spiritistische Szene auch in England gründlich studiert hatte, stand dem Spiritismus äußerst kritisch gegenüber und hielt ihn für eine materialistische Verirrung. Er wies aber darauf hin, daß durch ihn gleichwohl allerlei geistige Tatsachen zum Vorschein kämen, bei denen jedoch im Dunkeln bliebe, welche okkulten Kräfte mit welchen Intentionen diese Erscheinungen inszenierten. (R. Steiner dazu in Gesamtausgabe Bd. 52)

Der Einfluß okkulten Logen

Es ist naheliegend, daß nicht nur in kleinen Kreisen, sondern auch in den okkulten Logen Englands, in denen zahlreiche führende Politiker Mitglied waren, über Medien versucht wurde, geistige Richtlinien für die Politik Englands zu gewinnen. Dies wird auch von Rudolf Steiner aus seinen Forschungen bestätigt. "Dasjenige, was wichtig ist, ist, daß nun, nachdem der ernsthafte Okkultismus sich zurückgezogen hat von dem Spiritismus, ... daß dann alle möglichen Strömungen und okkulten Bruderschaften und einzelne Menschen, ... versucht haben, die ganze Mediumschaft immer im einzelnen in die Hand zu bekommen, um dadurch gewisse Sonderzwecke zu verfolgen." (Vortrag 27.11.1916, GA 172, S. 222)

Mit Sonderzwecken ist gemeint, daß ein zentraler okkulter Grundsatz verlassen und nicht zum Wohl der ganzen Menschheit gearbeitet wird, sondern für egoistische Ziele einer Gruppe, der englischsprechenden Völker.

Wenn man verfolgt, was selbst bei sogenannten ganz aufklärerischen Geschichtsschreibern und Politikern Englands und Amerikas als Weltideen verbreitet wird, so wird man finden, daß selbst bei diesen aufklärerischen Leuten in ihre Ideen überall etwas hineinspielt, was irgendwie von übersinnlichen Erkenntnissen über den Gang der Welt beeinflusst ist.

Das gewinnt man innerhalb der angloamerikanischen Welt durchaus, seit der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts insbesondere, auf eine Art medialem Wege. ... Und aus solchen medialen Persönlichkeiten heraus hat man insbesondere im Laufe des neunzehnten Jahrhunderts in der anglo-amerikanischen Welt die Prinzipien erfahren, durch die man politisch gegen Europa und gegen Asien die Erfolge hat erringen können, die man errungen hat.

Zwar gab es spiritistische Sitzungen und Mitteilungen auch im mitteleuropäischen Raum, doch seien "die Menschen der anglo-amerikanischen Welt ... viel zu gescheit, um es so zu machen wie die Mitteleuropäer, die einfach nicht glauben, was auf diese Weise aus Untergründen des Daseins heraus geoffenbart wird" (R. Steiner, Vortrag 29.7.1919, GA 192, S. 301 ff.).

Zu der neuzeitlichen Strömung der Demokratie mit den Idealen der Französischen Revolution gehe im Westen eine verborgene Strömung parallel, die Steiner "die geistige Aristokratie der Loge" nennt. Elitäre westliche Bruderschaften benutzten vorrevolutionäre aristokratische Impulse des 18., 17., 16. Jahrhunderts, die dadurch unbemerkt gemacht werden, daß sie sich mit den Phrasen der Revolution, der Demokratie umkleiden, deren Maske annehmen, um auf diesem Wege möglichst viel Macht zu erlangen.

Es gehe ihnen darum, "den Wenigen die Herrschaft zu verschaffen durch die Mittel, die man im Schoß der Loge hat, dem Ritual und seiner suggestiven Wirkung." Vor 1850 hätten die Historiker im Gegensatz zu später noch auf den Zusammenhang der Französischen Revolution und aller folgenden Entwicklung mit den westlichen Logen hingewiesen.

In den Zeiten, die als vorbereitend für die Gegenwart in Betracht kommen, hat sich die westliche geschichtliche Entwicklung, die westliche Welt, niemals von den Logen emanzipiert. Immer war der Einfluß der Logen stark wirksam, das Logentum wußte die Kanäle zu finden, um den Gedanken der Menschen gewisse Richtungen einzuprägen. Und wenn man ein solches Netz gesponnen hat, wovon ich Ihnen nur einzelne Maschen angegeben habe (im 18. Jahrhundert von London aus über ganz Europa gegründete Freimaurer-Logen), dann braucht man nur auf den Knopf zu drücken und die Sache wirkt weiter. (R. Steiner, Vortrag 8.1.1917, GA 174, S. 90)

Wir müssen die von Cecil Rhodes initiierte "Geheimgesellschaft" und das von Alfred Milner geknüpfte Netzwerk von Clubs, Zirkeln und, um einen modernen Ausdruck zu gebrauchen, "Think Thanks" angesichts der starken personellen Verflechtung als Ausläufer der englischen okkulten Logen betrachten.

Coefficients, der "Kindergarten" und Round Table

Zunehmenden Einfluß auf die britische Außenpolitik gewannen die Coefficients, die sich 1902 als ein parteiübergreifender Debattierclub und brain trust bildeten. Ihm gehörten u.a. an: Edward Grey (Außenminister 1905-1916), W. A. S. Hewins (1917-1919 Unterstaatssekretär für die Kolonien), Viscount R. B. Haldane (Kriegsminister 1905-1912), Alfred Milner (ab 1916 Minister ohne Geschäftsbereich, Kriegsminister, Kolonialminister), der Geopolitiker Halford J. Mackinder (einer der geistige Väter der modernen geostrategischen Studien). "Einig war man sich über den zu erwartenden Großkrieg mit Deutschland, das ... als einzig mögliche, weil existentielle Bedrohung dienen sollte, die nötig erschien, um die English minds aus ihrer Lethargie zu neuen Anstrengungen zu befreien.

Der erste Schritt hierzu sei ein Bündnis mit Rußland mit Hilfe von Konzessionen in der Orientpolitik, wie der spätere Außenminister Edward Grey betonte - nicht zuletzt, um zwischen Deutschland und Rußland einen Keil zu treiben." Der Philosoph Bertrand Russel verließ den Club aus Protest gegen die Kriegsabsichten wieder. (Osterrieder, S. 879 f.)

Alfred Milner hatte sich während seiner Tätigkeit in Südafrika (Krieg gegen die Buren) ab 1902 mit einer Schar junger, frisch gebackener Absolventen der Universität Oxford umgeben, die ihm treu ergeben waren und zu ihm als einer Vaterfigur, Führer und intellektuellem Inspirator aufblickten. Sie wurden unter dem Namen Milners Kindergarten bekannt. "Die Mitglieder dieses 'Kindergartens' arbeiteten in den folgenden Jahren an der Errichtung der Südafrikanischen Föderation, die 1910 Wirklichkeit wurde." (Osterrieder, S. 884 f.)

Die meisten spielten später in der britischen Politik, der Presse oder im Hochschulwesen eine große Rolle. "Begeistert von der Gedankenwelt ihres Mentors und 'geistigen Vaters' Milner, erklärten sich die zumeist jungen Männer des 'Kindergartens' nach ihrer Rückkehr auf die britische Insel bereit, unter seiner Anleitung den Dienst am Empire fortzuführen, um für den Fall eines kommenden Krieges den Zusammenhalt des Weltreiches zu garantieren. So entstand nach dreijähriger Vorbereitung 1909 ein informeller Kreis mit dem Namen The Round Table, der vielsagend und sicherlich mit Bedacht an die 'Ritter der Tafelrunde' von König Artus an-

knüpfte." (S. 187)

Mit der Zeit fanden sich an den regelmäßigen Moots neue, ebenfalls einflußreiche Politiker und Gelehrte ein. Zum engeren Kreis der voll in die Ideen und Impulse Eingeweihten rechnet der bedeutende amerikanische Historiker Carrol Quigley folgende Personen: Lord Milner, Lord Esher, Earl Albert Grey, A. J. Balfour, W. T. Stead, Philip Kerr, Lionel Curtis und weitere 9 Mitglieder.

Um sie herum bestand ein weiterer Kreis, der nicht mit allen Aspekten der Sache vertraut gewesen sein dürfte. Dann kam noch ein äußerer Kreis von Helfern hinzu, der eine relativ große Zahl von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens umfaßte, zu denen auch Sir Edward Grey gehörte. "Zur geistigen Heimat des Kreises wurde die Universität Oxford, speziell die Colleges Balliol und New College sowie die beispiellose Einrichtung des All Souls College, das Leo Amery einmal als den geistigen Kern des Britischen Empire bezeichnet hat." (S. 892 f.)

Methoden des Wirkens

"Milner übte ... seinen Einfluß nach englischer Manier indirekt aus, freilassend, der Initiative des einzelnen vertrauend, aber doch mit gewaltiger Suggestionskraft, verborgen hinter der beiläufigen Betonung eines Wortes oder der bloßen Erwähnung eines Gedankens, mit der ganzen Macht seines geistigen Potentials wie seiner moralischen und gesellschaftlichen Stellung. Der Einfluß wurde dadurch verstärkt, daß in verschiedenen Bereichen des öffentlichen Lebens 'loyale' Fellows und Logenbrüder wirkten, die scheinbar unabhängig voneinander zur selben Zeit den gleichen Impuls in die Welt setzten." (Osterrieder, S. 896)

Beispielsweise verkündet ein Staatsmann (und Mitglied der Gruppe) eine politische Entscheidung. Ungefähr zur selben Zeit veröffentlicht das Royal Institute of International Affairs eine Studie über dasselbe Thema, und ein führender Akademiker aus Oxford, ein Fellow aus All Souls (und Mitglied der Gruppe) veröffentlicht ebenfalls einen Band über das Thema ... Die politische Entscheidung des Staatsmanns wird in einem Leitartikel von 'The Times' einer kritischen Analyse unterzogen und schließlich gutgeheißen, während die beiden Bücher in einer einzigen Rezension in 'The Times Literary Supplement' besprochen werden.

Sowohl der Leitartikel wie die Buchbesprechung sind anonym, aber von Mitgliedern der Gruppe verfaßt. Und schließlich tritt, ungefähr gleichzeitig, ein anonymes Artikel in (der eigenen Hauszeitschrift) 'The Round Table' für die gleiche politische Entscheidung ein." (Carrol Quigley, zitiert von Osterrieder, S. 896 f.)

Die Einflußnahme auf das englische Pressewesen zur Prägung des öffentlichen Bewußtseins war vielfältig. Das Mitglied Geoffrey Dawson war Herausgeber der Times und damit der führende Zeitungsmann in Großbritannien geworden. Philip Kerr (Lord Lothian) schrieb in der Times, in Christian Science Monitor, Spectator, Nation and Athenaeum, International Conciliation und Contemporary Review. Edward Grigg publizierte in den National und Fortnightly Reviews sowie im Observer. Vier Round Tablers gehörten zu den Direktoren der Nachrichtenagentur Reuters.

Auf diese Weise gelang es der Round-Table-Gruppe immer mehr, wesentlichen Einfluß auf die Gestaltung der britischen Außenpolitik zu nehmen. Bereits in der ersten Nummer der Hauszeitschrift The Round Table im Herbst 1910 "wurde deutlich, daß der Kreis einen Krieg gegen Deutschland für wahrscheinlich hielt, ja daß die Eindämmung des deutschen Einflusses zum Kernprogramm des Round Table gehörte." Der 1905 Außenminister gewordene Insider Edward Grey war das geeignete ausführende Organ. Einen Tag nach der Kriegserklärung Englands an Deutschland, am 5.8.1914, schrieb F. S. Oliver an seinen Freund Milner: "Was für eine Erlösung ist Montagabend gewesen!" (Osterrieder, S. 903)

Schon in einer preisgekrönten Untersuchung des Schweizer Historikers Jacob Ruchti von 1916 *Zur Geschichte des Kriegsausbruches* (Neuaufgabe Basel 2005) wird gezeigt, wie Andreas Bracher in der Schweizer Monatsschrift *Europäer* Juli/August 2014 resümiert, "daß die

behauptete Friedensliebe und selbstlosen Vermittlungsversuche der englischen Regierung in den Tagen vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges eine Maske waren, hinter der sich bei den entscheidenden Akteuren Kriegswille und eine fixierte Feindschaft gegen das Deutsche Reich verbanden."

Ruchti weist z.B. nach, daß der deutsche Botschafter Lichnowsky noch am 1. August 1914 den englischen Außenminister Grey nach dessen eigener Notiz eindringlich gefragt hat, "ob, im Falle Deutschland verspräche, die Neutralität Belgiens nicht zu verletzen, Großbritannien seinerseits das Versprechen, neutral zu bleiben, geben würde." Doch Grey lehnte das ab. "Der Botschafter", so berichtet Grey weiter, "drang in mich, ob ich die Bedingungen, unter welchen wir neutral bleiben würden, nennen könne.

Er meinte sogar, daß es möglich wär, die Integrität Frankreichs und seines Kolonialgebiets zu gewährleisten." Grey sagte nur, "daß wir unsere Hände frei behalten müßten." Ruchti zieht das Fazit, "daß England im Sinne hatte, unter allen Umständen an einem Kriege gegen den deutschen Rivalen teilzunehmen." Dazu brauchte es die deutsche Neutralitätsverletzung Belgiens als eigenen Kriegsvorwand vor der britischen Öffentlichkeit, der Grey die deutschen Angebote verschwieg (a.a.O. S.78 f.).

Die wahren Vorgänge werden, führt Bracher weiter aus, in einem bemerkenswerten Buch des Briten John P. Cafferky: *Lord Milners Sekond War* bestätigt, das 2013 erschienen ist:

In Cafferkys Band ist der Erste Weltkrieg das Produkt einer Intrige einer Clique britisch-englischer Politiker, die seit ca. 1902 darauf hinarbeiteten, ... Deutschland im internationalen System zu isolieren, eine anti-deutsche Koalition zu schmieden und diese ... auf einen Krieg gegen das Deutsche Reich vorzubereiten. Diese Politik wurde in der britischen Regierung von einigen Kabinettsmitgliedern getragen, die ein ganzes Jahrzehnt lang das weitere Kabinett und die britische Öffentlichkeit über die Reichweite und eigentliche Natur dieser Politik betrogen und belogen.

Abgestützt wurde sie aber auch durch eine Pressepolitik, mit der ein zunehmend anti-deutsches Klima in Großbritannien und im weiteren Europa geschaffen wurde. Wichtig dafür war besonders die Londoner Times, die damals angesehenste Zeitung der Welt, deren europäische Korrespondenten nach Maßgabe dieses anti-deutschen Kurses ausgewählt wurden.

2013 erschien eine weitere erstaunliche englische Publikation von Gerry Docherty und Jim MacGregor: *Hidden History - The Secret Origins of the First World War**, die ebenfalls im genannten Europäer-Heft besprochen wird. Der Rezensent, der Engländer Terry Boardman, zitiert aus der Einleitung:

Ein sorgfältig gefälschtes Geschichtsbild wurde nur zum Zweck verbreitet, um die Tatsache, daß England und nicht Deutschland für den Krieg verantwortlich war, zu kaschieren. Wäre nämlich die Wahrheit nach 1918 in weiten Kreisen bekannt geworden, wären die Folgen für die herrschende englische Klasse verheerend gewesen. ...

Wir zeigen, wie die unvorbereitete Welt - weit entfernt von schlafwandlerischem Hineintappen in den Weltkrieg - von unerkannt bleibenden Kriegstreibern in London in eine Falle gelockt wurde.

Wir entlarven die Absicht, Deutschland eines heimtückischen Verbrechens an der Menschheit zu bezichtigen oder die Meinung, daß Belgien eine unschuldige, neutrale Nation war, die vom deutschen Militarismus überrascht wurde.

Wir belegen klar, daß der deutsche Überfall auf Belgien nicht ein unüberlegter und willkürlicher Angriff, sondern eine Reaktion darauf war, daß Deutschland kurz vor der Vernichtung stand. ... Dieses Buch will beweisen, wie skrupellose Engländer einen Krieg ausdachten und die dazu nötigen Schritte einleiteten, um Deutschland zu zerstören.

Die britische Regierung erklärte am 4. August 1914, heute vor 100 Jahren, Deutschland den Krieg.

*Gerry Docherty/Jim Macgregor: Verborgene Geschichte. Wie eine geheime Elite die Menschheit in den Ersten Weltkrieg stürzte, Kopp Verlag. ...<<

Österreich: Tschechische Truppen marschieren 1918/1919 in die sudetendeutschen Gebiete ein und vertreiben die deutsch-böhmisch-mährische Regierung (x184/19).